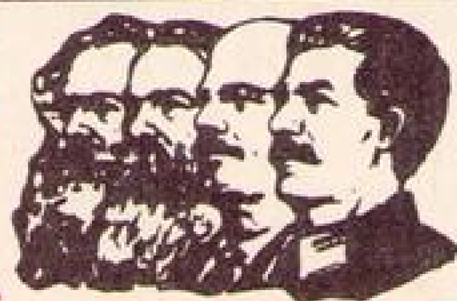
Die geplante Rhein-Ruhr-Stahl AG und die Folgen — Seite 4

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 34 vom 27. August 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Erklärung des ZK der KPD

Stoppt den Kahlschlag bei AEG!

In einer Erklärung des Zentralkomitees der KPD „Stoppt den Kahlschlag bei AEG" (die wir auf Seite 3 veröffentlichen) ruft die Führung unserer Partei zum konsequenten Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze im AEG-Konzern auf. Und in der Tat — je mehr Zeit nach dem Vergleichsantrag verstreicht — wird es immer deutlicher, daß in jedem Falle ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen Ziel der Maßnahmen der AEG-Bosse ist.

Die Namen AEG-Brunnenstraße, Neff-Bretten, Zanker-Tübingen und Küppersbusch-Gelsenkrichen stehen als Beweis für diese Behauptung: Betriebe, deren Vernichtung Bestandteil der AEG-Strategie ist. Die Belegschaften werden mit allen Mitteln hingehalten: ob es das Märchen vom Interessenten aus der Schweiz ist, mit dem Herr Ringwald die Belegschaft in Tübingen „erfreut" (das ist eine aktualisierte Fassung des reichen Onkels aus Amerika) oder ob um Landesbürgschaften zur Weiterführung der bisherigen Unternehmen gestritten wird oder als Sparmaßnahme Kurzarbeit eingeführt wird (die wie im Falle Zanker erst nach einer Kampfabstimmung im Betriebsrat nachträglich genehmigt wurde, auf Wink der sonst so markigen Bezirksleitung der IGM hin): Alles dies sind keine Maßnahmen, um Arbeitsplätze zu sichern. Sie dienen dazu, daß zuerst einmal das zu Ende produziert wird, was noch da ist, zur Aufrechterhaltung von künftigem Kundendienst und Markennamen usw.

Der Widerstand zur Sicherung von Arbeitsplätzen, der bisher da war — beispielsweise der Versuch, eine Betriebsbesetzung bei Zanker in Tübingen zu organisieren, beispielsweise die große Aktivität der Lehrlinge bei Neff in Bretten — wurde nach wie vor von der IG Metall nicht aufgenommen, nicht organisiert.

Auch in Berlin, wo die Nachricht der Vernichtung von mindetens 2300 Arbeitsplätzen im Werk Brunnenstraße wie ein Hammer einschlug, überlegt man von seiten der IG-Metall-Führung her in alle Richtungen über „juristische Möglichkeiten", so wie es auch in Baden-Württemberg der Fall ist. Nur: Prozesse und sonstiges sind jetzt nicht aktuell. Bis so etwas ins Laufen kommt — selbst wenn Grundlagen für Erfolge da wären —,ist alles andere schon gelaufen.

Jetzt kommt es eben darauf an, ob man die AEG-Belegschaften der Resignation überläßt, ihnen stets beibringt, man könne eh nichts machen, oder ob man zum Widerstand mobilisiert, um die Arbeitsplätze kämpft, sich im schlechtesten Fall so teuer wie möglich verkauft. Verschiedene Aktionskomitees wurden gebildet, um diesen Kampf zu unterstützen, doch es bleibt dabei, wie es ein Tübinger Zanker-Betriebsrat sagte: „Die IG Metall ist die einzige Autorität hier", womit er, der kampfbereit ist, ausdrücken wollte, daß es an der IG Metall liegt, ob Widerstand geleistet wird oder nicht.

Ob es einem gefällt oder nicht: Der Weg von Aktionen, Streiks und Betriebsbesetzungen ist der einzig gangbare Weg, wenn man die Arbeitsplätze wirklich verteidigen will, so wie es auch in der Erklärung des ZK der KPD dargestellt wird. Bloße Gerüchte über eine „Große AEG-Demonstration" helfen wenig weiter.



Libanon-Demonstration in Frankfurt —

am Samstag, den 21. August. Die Solidaritätsdemonstration mit der PLO gegen die israelische Aggression im Libanon, an der sich rund 5000 Menschen beteiligten, war die bisher größte in der Bundesrepublik zu diesem Thema. Auf der Abschlußkundgebung sprach auch der Vertreter der PLO in Bonn, Abdallah Frangi, sowie Vertreter der isarelischen Opposition. Neben Israel standen auch die USA und die Bundesrepublik wegen der entscheidenden Hilfeleistung an den Aggressor am Pranger. KPD und KJD beteiligten sich an der Demonstration mit einem eigenen Teilnehmerblock.

Neuordnung im Libanon?

Gemayel — Staatspräsident mit Bürgerkrieg als Programm

Israel raus aus dem Libanon!

Während der von US-Unterhändler Habib nach israelischem Willen arrangierte Abzug der PLO-Kämpfer noch stattfindet (siehe auch Seite 11), hat im Libanon die Präsidentenwahl stattgefunden. Beschir Gemayel, der Führer der Kaeteb-Banden, gewann diese „Wahl" unter israelischen Kanonenrohren. Das war nach dem Willen Begins und Scharons!

Denn: Dieser Gemayel nicht irgendwer. Selbst die bürgerliche Presse kann nicht verschweigen, daß er sich die Führung der libanesischen Christen mit Mord und Totschlag errang. Die blutige Ausschaltung der beiden konkurrierenden Clans, der Chamounsippe und den Frandschiehs, geschah durch dutzendfachen Meuchelmord, ausgeführt durch von Gemayel gedungenen Killern.

Während die westdeutschen Rundfunkreporter noch über alle Sender verbreiteten, wie freudig die Wahl aufgenommen worden sei, meldeten sich schon die Vertreter der moslemischen und drusischen Organisationen — die die große Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren — zu Wort, um Gemayel in die Schranken zu weisen. Denn sie wissen, daß gerade die nichtchristlichen Gruppen jetzt dasselbe Schicksal erfahren sollen, wie einst die christlichen Konkurrenten Gemayels. Und dies mit der Präsenz der israelischen Aggressionstruppen im Lande, über deren Abzug all die großen Friedensstifter kein Wort verlieren, geschweige denn, daß dem Aggressor ein Ultimatum für seinen Abzug gestellt würde.

Gemayel, dessen Einsetzung als Staatspräsident von vornherein eines der Ziele einer israelischen Neuordnung des Libanons war, rechnet denn auch fest mit Scharons Unterstützung für ein neues Blutbad, in das er den Libanon stürzen will. Um dies zu verhindern, muß an der Forderung nach einem sofortigen israelischen Rückzug aus dem Libanon erst recht festgehalten werden!

LÜTGENDORTMUND
Marienbornplatz
Dortmund
DIE KPD LÄDT EIN:
Sa. 25.9.
So. 26.9.
PRESSEFEST
ROTER MORGEN
15 Jahre
KJD Musik-Abend
Kotten-Blues-Band
Fl... aus Hamburg
NACHT-SCHICHT ROCK-THEATER
Bruno Eck
Spiel & Spaß an beiden Tagen
Kundgebung im Großzelt
Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit
Sa. 14.00
Ernst Aust: Sozialismus hat Zukunft
Großveranstaltung der KPD
Essen und Trinken aus allen Regionen
Politik & Unterhaltung
Information & Kultur
So. 15.00
Lieder zur Lage
Schmetterlinge
Abschlußkonzert
Außerdem: Informationsstände aus allen Regionen der BRD und Westberlin • Stellung: Die Lage in der Stahlindustrie, auf den Werften, bei AEG • Kommunisten nehmen Stellung • Diskussionsrunden und Fragestunden • Kommunistische Opposition gegen das Honecker-Regime • Friedensbewegung: wie weiter? • Frauen in den Betrieben • Arbeitslosigkeit und Sozialabbau: Was tun? • Wir stehen Rede und Antwort — KPD • Wir stehen Rede und Antwort — KPD

„Sieg über Sowjetunion ist möglich"

Washington entwickelt konkrete Pläne für Atomkrieg

Die amerikanische Zeitung „Los Angeles Times" veröffentlichte in der vergangenen Woche Teile eines strategischen Plans, den US-Präsident Reagan persönlich bei seinen Experten im Pentagon in Auftrag gegeben hatte. Der Plan geht davon aus, daß die USA die sowjetische Supermacht in einem mehrere Monate dauernden Atomkrieg besiegen könnten.

In völliger Umkehr der sogenannten Abschreckungs-Doktrin heißt es dort, die Treffsicherheit der modernsten amerikanischen Raketen, die Weiterentwicklung der Kommunikationssysteme und andere Faktoren machten es möglich, die sowjetischen Kommandozentralen gezielt zu zerstören. Offenbar enthält der Plan auch detaillierte Angaben darüber, wie ein solcher Schlag zu führen sei.

Während Washington offiziell auf diese Enthüllungen bislang nicht reagierte, gab die Bundesregierung eine ausweichende Stellungnahme zu den Atomkriegsplänen ab. Man habe noch keine amtlichen Informationen, erklärte Bundespressesprecher Rühl; außerdem müßten die USA ihre strategischen Vorstellungen im nuklearen Planungsstab der NATO einbringen und dort mit den „Bündnispartnern" erörtern.

Was diese Erörterungen betrifft, sei hier nur daran erinnert, daß etwa die Bundesregierung nicht das geringste Mitspracherecht über den möglichen Einsatz der in unserem Land stationierten amerikanischen Atomwaffen hat. Und gerade diese Waffen bilden einen der wesentlichen Bestandteile der jetzt bekannt gewordenen Kriegspläne aus Washington. Ihre Veröffentlichung unterstreicht in aller Deutlichkeit, daß es für uns nur einen Schutz vor den amerikanischen „Beschützern" gibt: den NATO-Austritt der BRD zu erkämpfen. Gerade bei den Aktionen zum Antikriegstag muß das klar herausgestellt werden. (Siehe auch Kommentar auf Seite 2.)



US-Waffen für den Atomkrieg

Kommentar der Woche

An Signalen aus den USA hat es wirklich nicht gefehlt. Da war beispielsweise jene Studie in der Zeitschrift „Foreign Affairs", in der errechnet wurde, daß der Sieg in einem Atomkrieg möglich sei und auf amerikanischer Seite „nur" 20 Millionen Todesopfer fordern würde. Das mochte man vielleicht noch für ein perverses Hirngespinst irgendwelcher Außenseiter halten. Aber dann waren da auch die immer wiederkehrenden dunklen Andeutungen eines Caspar Weinberger, die in die gleiche Richtung zielten.

„Atomkrieg ist machbar"

Und nun ist es also offiziell: Wie die „Los Angeles Times" in der vergangenen Woche berichtete, liegt Reagan inzwischen ein Plan aus Weinbergers Ministerium vor, wonach die USA in die Lage versetzt werden sollen, einen längeren Atomkrieg gegen die Sowjetunion gewinnen zu können. Dieser Plan geht davon aus, daß ein nuklearer Krieg nicht mit massiven Atomschlägen, sondern mit gezielten Schlägen gegen militärische Ziele und politische Kommandozentralen beim Gegner geführt würde. Am Ende eines solchen sich über Monate hin erstreckenden Atomkrieges könne diejenige Seite den Sieg davon tragen, deren Ressourcen und Bevölkerung „noch so weit intakt sind, daß sie weiter existieren kann."

Und weil die Reagan-Leute in Sachen „Sicherheitspolitik" bekanntlich schnelle Entscheidungen lieben, sind inzwischen schon 18 Milliarden Dollar in den Rüstungsplanungen für die Verwirklichung eines Teils dieses Plans reserviert worden — damit sollen Nachrichtensysteme aufgebaut werden, die auch nach einem gegnerischen Atomangriff noch weiter funktionieren.

Mit den Enthüllungen der „Los Angeles Times" ist das Lügengebäude der sogenannten atomaren Abschreckung endlich eingestürzt. Diese angeblich gültige NATO-Doktrin ist uns jahrelang als die einzige Chance zum Überleben verkauft worden. Immer wieder haben uns die Bonner Parteien die „Logik" dieser Doktrin heruntergebetet: Je mehr unser Land mit Atomwaffen aller Art vollgestellt wird, desto stärker wird die Sowjetunion davor abgeschreckt, einen nuklearen Krieg vom Zaun zu brechen. Das gewaltige Vernichtungspotential der anderen Seite vor Augen, würde keine der Supermächte ohne die Gefahr des atomaren Selbstmords den ersten Schlag führen können. Keine dauerhafte Friedenssicherung also sei möglich ohne ein beiderseitig ausgewogenes Arsenal von Vernichtungswaffen aller Art.

All das hat der Pentagon-Plan nun weggewischt. Er macht in aller Deutlichkeit klar, daß die wirkliche NATO-Doktrin nicht Abschreckung heißt, sondern: „Atomkrieg ist machbar". Mit ihm bestätigen die Strategen in Washington jetzt ganz offiziell, was wir immer schon gesagt haben. Nicht zur Verteidigung sind die neuen Mittelstreckenwaffen, die MX-Raketen und all die anderen Wunderwerke modernster Rüstungstechnik entwickelt worden, sondern für jenen Erstschlag, mit dem die amerikanischen Imperialisten die Kommandozentralen der anderen Supermacht ausradieren wollen, um sich so in eine Position zu bringen, von der sie sich den Sieg in einem atomaren Krieg versprechen.

Die Pentagon-Studie wird in unserem Land all diejenigen, die bislang das Märchen von der Abschreckung erzählt haben, in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Man darf nicht zulassen, daß sie sich in irgendwelche Ausflüchte retten. Es muß in aller Unerbittlichkeit klargemacht werden: Wer uns weiter in das vielbeschworene „Bündnis mit den amerikanischen Freunden" zwingen will, der tritt aktiv und wissentlich für die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges ein; eines Krieges, für den sich die Wall-Street-Bosse und auch das westdeutsche Finanzkapital ganz offenbar inzwischen die Chance eines Sieges ausrechnen, dessen Verlierer aber in jedem Fall die Völker in Mitteleuropa wären.

Und selbstverständlich muß der im Pentagon entwickelte Angriffsplan auch in der Friedensbewegung zu einer Überprüfung der bisherigen Strategie führen. Denn was könnte deutlicher machen als dieser Plan, daß es nicht die angehäuften Waffen sind, sondern die imperialistischen Interessen und deren politische Vertreter, von denen die Gefahr eines Atomkriegs ausgeht? Solange es aber — wie am 5. Juni in Bonn — einflußreichen Kräften innerhalb dieser Bewegung noch gelingt, eine Demonstration gegen den Kriegstreiber Reagan und sein „Bündnis" in eine allgemeine Friedensbekundung umzuwandeln, wird die Bewegung keine große Gefahr für diejenigen sein, die heute vor unseren Augen den dritten Weltkrieg vorbereiten.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Chemische Kampfstoffe in der Bundesrepublik

Neue Beweise für Existenz eines US-Giftlagers bei Fischbach

Nachdem erst vor wenigen Wochen eine „Aktionsgemeinschaft" Fotos vorgelegt hatte, die eindeutig beweisen, daß in dem im Viernheimer Wald gelegenen US-Depot chemische Munition gelagert wird, wurden in der vergangenen Woche neue und beweiskräftige Belege für die Existenz eines amerikanischen Giftlagers bei Fischbach veröffentlicht.

Daß es solche Lager auf dem Boden der BRD gibt, ist zwar seit längerem bekannt — so nannte etwa das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI schon 1980 die genauen Standorte: je zwei Lager bei Pirmasens (darunter Fischbach), je eines bei Hanau und Viernheim. Trotzdem ist es schwierig, einen schlüssigen Beweis für die Existenz dieser Lager zu führen. Denn offiziell existieren sie nicht. Sowohl die amerikanischen Besatzer, die diese Depots unterhalten, wie auch die Bundesregierung hüllen sich über die in der BRD stationierten C-Waffen in totales Schweigen. Und als es letztes Jahr zu ersten größeren Protesten gegen das Fischbach-Depot kam, bestritt der pfälzische Ministerpräsident Vogel kategorisch, daß dort chemische Kampfstoffe gelagert würden und nannte das ganze eine Propagandalüge Moskaus.

Die erwähnten Veröffentlichungen der vergangenen Woche (vom „Stern", der Fernsehsendung „Monitor" und der DKP Rheinland-Pfalz) stützen sich vor allem auf Aufnahmen von Foto-Amateuren, die im Juni schon von der französischen KPF-Zeitung „Humanité" gebracht worden waren. Man erkennt auf diesen Fotos beispielsweise eine Abfüllanlage, die dazu dient, chemische Kampfstoffe in Raketen, Granaten, Bomben oder Flugzeug-Absprühtanks zu bringen. Ebenfalls deutlich erkennbar sind zahlreiche Giftgascontainer. Andere Fotos zeigen Soldaten in Schutzanzügen, die mit Chemiekalien zur Entgiftung besprüht werden.

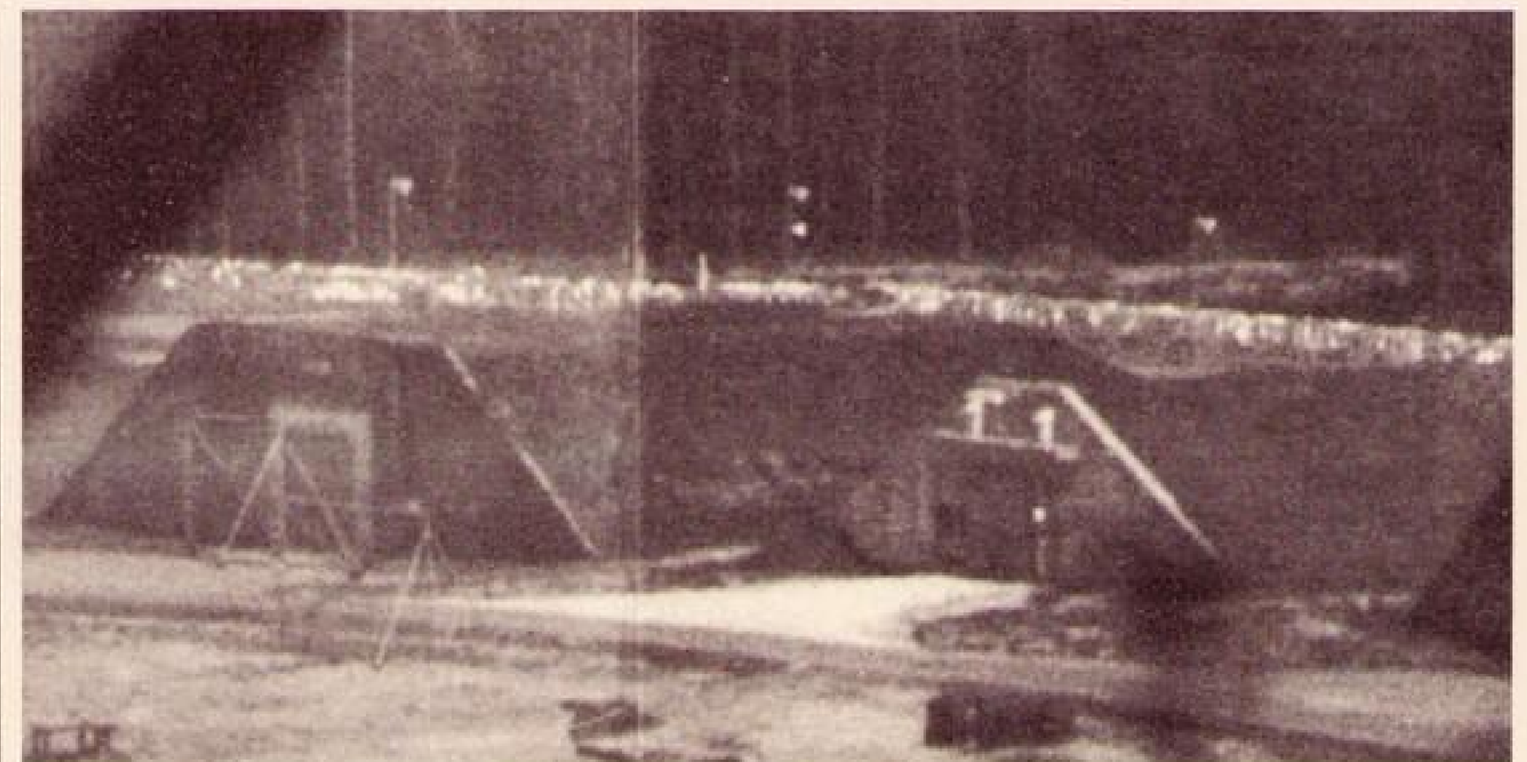
Bemerkenswert sind auch andere Beobachtungen, die von den Fotografen während ihrer Arbeit gemacht wurden. Drei Tage lang waren Bulldozer damit beschäftigt, auf einem Teil des Depots das gesamte Erdreich abzutragen — was darauf hindeutet, daß dieses Erdreich bei einem Giftunfall verseucht wurde. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jung hat inzwischen die Bundesregierung um Aufklärung über einen möglichen Unfall im Fischbach-Depot gebeten. Daß er darauf eine Antwort bekommt, ist allerdings nicht zu erwarten. Denn Bundessprecher Rühl hat sich auch nach den Enthüllungen der vergangenen Woche geweigert, die Existenz des Giftlagers in Fischbach auch nur zu bestätigen.

Dabei sind die Fotos nur der letzte Beleg gewesen. Denn mittlerweile sind auch Inventarlisten des US-Finanzministeriums bekannt geworden, aus denen hervorgeht, daß Fischbach insgesamt 122 Bunker umfaßt. Zwei interne Lager sind in den Listen als Lager für „Sondermunition" ausgewiesen. Eines davon enthält Atomwaffen. Und das andere ist nach dem Bericht von „Monitor" für eine Kapazität von 10000 Tonnen chemischer Kampfstoffe ausgelegt, eine Menge, die zur Vernichtung sämtlichen Lebens in Europa ausreicht.

Selbst angesichts dieser neuen Enthüllungen hatte Pressesprecher Rühl letzte Woche die Stirn, seine Regierung als Vorkämpferin gegen die chemischen Waffen anzupreisen. Bonn bemühe sich, so Rühl, um ein umfassendes Verbot aller C-Waffen. Erst im März dieses Jahres hätten Vertreter der Bundesregierung im Abrüstungsausschuß der UNO einen entsprechenden „Vorstoß" unternommen.

Welchen Charakter solche „Vorstöße" jedoch haben, machte Rühl dann selbst deutlich. Er verwies darauf, daß die Sowjetunion in der DDR beträchtliche Mengen an C-Waffen gelagert hätte und daß Truppen des Warschauer Paktes deren „offensiven" Einsatz üben würden. So könnte eine „Lösung" in der Frage der Giftwaffen nur dadurch erreicht werden, daß sie überall in Europa gleichzeitig eliminiert würden. Wie bei der Stationierung der Atomwaffen, so wird also auch hier wieder mit dem üblen Trick gearbeitet, daß man jeden Schritt einer wirklichen Abrüstung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit irgendwelcher globalen Lösungen blockiert und das Problem auf die Ebene der „Abrüstungsverhandlungen" zwischen den Supermächten verschiebt. Was dann dabei herauskommt, haben wir ja in den 70er Jahren bei SALT erlebt.

Und so soll es nach dem Willen Washingtons und Bonns jetzt auch bei den chemischen Vernichtungswaffen laufen. Getreu dem Wahlspruch Reagans, daß — bevor „verhandelt" würde — erst einmal kräftig aufgerüstet werden müsse, plant die US-Regierung jetzt die Einrichtung von fünf weiteren Lagern für C-Waffen der „neuen Generation" auf dem Boden der Bundesrepublik.



Bunker im Giftgas-Depot Fischbach.

Milliarden-Loch im Bundeshaushalt

Neue Einschnitte ins „soziale Netz"?

Während in den Gewerkschaften die Forderungen nach Kampfmaßnahmen gegen die unsozialen Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung immer lauter werden, mehren sich in Bonn die Stellungnahmen von Politikern aller drei Parteien, in denen noch für dieses Jahr weitere, über die Regierungsbeschlüsse hinausgehende Sparmaßnahmen gefordert werden.

Vorreiter dieser Kampagne sind — wie sollte es auch anders sein — die Leute um Strauß und die Führungsgruppe der FDP. Als Anlaß für ihre neuen Attacken gegen den sozialen Besitzstand der Werktätigen dient ihnen die Tatsache, daß die Ansätze im Haushaltsentwurf der Bundesregierung inzwischen schon überholt sind. Nahezu alle wirtschaftlichen Faktoren — wie etwa die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, das Steueraufkommen usw. — waren von der Regierung zu positiv eingeschätzt worden. Ergebnis: Bereits jetzt ist abzusehen, daß im Bundeshaushalt für 1983 eine Lücke von etwa sechs bis zehn Milliarden Mark klaffen wird.

Die CDU/CSU fordert, daß die Bundesregierung ihren Haushaltsentwurf umgehend zurückziehen und noch vor den für September im Bundestag angesetzten Beratungen einen neuen, „realistischen" Entwurf vorlegen soll. Und darüber, wie die Milliardenlöcher gestopft werden müßten, hat die Union eindeutige Vorstellungen: durch weitere Kürzungen bei den Sozialausgaben. Während der Möchtegern-Kanzler Kohl sich gerade bei den Gewerkschaften anbiedert und deren Kritik an den Haushaltsbeschlüssen der Regierung heuchlerisch als „berechtigt" bezeichnet, stellt seine Partei schon die Weichen für eine erneute Umverteilungsaktion zugunsten des Kapitals. Der Stuttgarter Ministerpräsident Späth, einer der engsten Parteigänger F.J. Strauß', hat in diesem Zusammenhang letzte Woche noch einmal die Forderung nach einer generellen Kürzung aller Sozialleistungen um 5 Prozent bekräftigt.



SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz.

In die gleiche Kerbe haben auch die Lambsdorff und Genscher gehauen. Während Kanzler Schmidt und sein Finanzminister Lahnstein — nicht zuletzt mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen — die CDU-Forderungen nach einer sofortigen Änderung des Haushaltsentwurfs abgelehnt haben, sprach sich Lambsdorff eben für diese Forderungen aus und betonte, die Lücken dürften nicht durch eine neue Kreditaufnahme, sondern nur durch weitere Sparmaßnahmen im sozialen Bereich gestopft werden. Die gleichen Töne kamen auch von Genscher. Und der FDP-Boß drohte bei dieser Gelegenheit wieder einmal damit, daß notfalls „neue Mehrheiten" gesucht werden müßten, wenn die SPD nicht bereit sei, einen weiteren Schnitt in das „soziale Netz" mitzutragen.

Dieser Drohung aber hätte es offenbar nicht bedurft. Denn die SPD-Führer sind gegenwärtig nicht nur damit beschäftigt, durch massiven Druck auf den DGB gewerkschaftliche Kampfaktionen abzublocken (siehe Artikel auf Seite 5). Sie bereiten darüber hinaus offenbar schon jetzt einen neuen „Kompromiß" mit der FDP vor, durch den im Herbst weitere Sparmaßnahmen — wie von Genscher und Lambsdorff gewünscht — eingeleitet werden könnten. So schlug etwa der Sozialexperte der SPD-Bundestagsfraktion Glombig eine Gesamtreform der sozialen Sicherungssysteme vor, bei der die Werktätigen zu „schmerzlichen Eingriffen" bereit sein müßten.

Im gleichen Sinn äußerte sich auch Bundesgeschäftsführer Glotz, der eine neue Theorie der Sozialpolitik forderte. Worauf die hinauslaufen soll, kann man sich ausmalen, wenn man hört, daß Glotz unverhohlen einen Abbau der Sicherungssysteme und eine verstärkte „Selbsthilfe" der arbeitenden Menschen verlangt. Solche Töne konnte man bislang nur aus dem Lager der Unternehmer und aus dem Umkreis von Strauß und Genscher hören.

Diese Äußerungen sollten auch dem letzten klarmachen, daß die SPD-Spitze nicht nur keinerlei Bereitschaft zeigt, der Gewerkschaftskritik an den Haushaltsbeschlüssen nachzugeben, sondern daß sie darüber hinaus auch bereit ist, den Kahlschlag am sozialen Besitzstand der Werktätigen weiter voranzutreiben.

Wer sind die Gewinner der AEG-Pleite?

Hatte AEG im Jahre 1974 noch 170000 Beschäftigte, so sind es jetzt nur noch 118000. Ein Großteil der Arbeitsplätze verschwand durch Stillegungen ganzer Werke, durch Rationalisierungen mit modernen Fertigungen, aber auch mit reinen Entlassungsprogrammen, deren Ziel es war, daß jeder Arbeiter einfach die Arbeit der Entlassenen mitmachen mußte. Gerade in der letzten Zeit unter Dürr wurde rücksichtslos die Leistung des einzelnen gesteigert, so daß trotz eines Minus von fast 30000 Arbeitsplätzen die Leistung jedes Einzelnen bezogen auf den Umsatz um 22 Prozent stieg. An den Beschäftigten von AEG kann es also nicht gelegen haben, daß es zu diesem Zusammenbruch gekommen ist. Im Gegenteil: Sie mußten zusätzlich zu dieser enormen Profitauspressung noch eine 60prozentige Kürzung der Betriebsrente hinnehmen, der letzten übriggebliebenen Sozialleistung bei AEG.

Während aber die Leistungsschraube bei den Arbeitern bis zum letzten angezogen wurde, wurde an anderer Stelle im Konzern fleißig kassiert. Durch die hohen Finanzschulden von AEG, mittlerweile ist man bei einer Summe von offiziell 7,2 Milliarden Mark, kassierten die Kreditgeber enorme Zinszahlungen. Allein in den Jahren seit 1974 waren es fast 3,5 Milliarden Mark. Die drei deutschen Großbanken, die Dresdener Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank als die Hauptkreditgeber und mittlerweile auch die Hauptaktionäre von AEG mit einem Aktienanteil von 50 Prozent kassierten hier Gelder, die sie als Eigentümer in Form von Dividenden niemals hätten kassieren können. Außerdem sollen die Banken bereits über eine Milliarde dadurch kassiert haben, daß sie fast alle ihre Zins- und Kreditverzichte, die sie in der Öffentlichkeit gern als Opfer zur Lebensrettung von AEG hinstellen, bis zu 75 Prozent abgeschrieben haben. Sie haben sich also noch zusätzlich an öffentlichen Steuergeldern bereichert. Selbst bei einem Konkurs von AEG würden die Banken noch einen Löwenanteil der in die AEG gesteckten Gelder wieder herausholen. Die Banken sind die unmittelbaren Gewinner bei der AEG-Pleite.

Konkurrenz unter Monopolen!

Doch dieses Spiel läßt sich nicht endlos treiben; denn es endet eines Tages im Abgrund, wie man jetzt bei AEG sehen kann. Warum haben die Banken dieses Spiel mit AEG getrieben, denn ihre Vertreter waren es doch, die im Aufsichtsrat saßen und die Konzernpolitik maßgeblich bestimmten? Sie haben sich als die Eigentümer von AEG ja selbst die Kredite gegeben. Der Weg in den Abgrund bei AEG begann im Jahre 1974 offensichtlich zu werden. AEG hatte sich durch den Aufkauf von fast 50 Firmen Ende der 60er Jahre einer enormen Verschuldung ausgesetzt. Die damalige Konzernführung wollte zum entscheidenden Sprung ansetzen, um den ewigen Konkurrenten Siemens zu überholen und die Nummer 1 in der Elektrobranche zu werden. Die sich verschärfende Krise Anfang der 70er Jahre traf die AEG darum umso härter. Hinzu kamen Schwierigkeiten im Kernkraftwerksgeschäft, die AEG Verluste von Milliardenhöhe brachten.

Erklärung des Zentralkomitees der KPD

Stoppt den Kahlschlag bei AEG-Telefunken

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit Montag, dem 9. August, befindet sich der AEG-Konzern im Vergleich. Es droht das endgültige Aus für Tausende, wenn nicht sogar für Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Selbst eine erfolgreiche Durchführung des Vergleichs nach den Vorstellungen des AEG-Vorstandes würde einen weiteren radikalen Aderlaß der Belegschaften bei AEG bedeuten. Die bisher durchgeführten Stillegungsvergleiche bei den beiden Tochterfirmen von AEG, NEFF in Bretten und ZANKER in Tübingen, sprechen hier eine sehr deutliche Sprache. Weitere Schließungen von Werken, unter anderem der Großmaschinenfabrik und der Kleinmotorenfabrik in Westberlin, sind Bestandteil des sogenannten Sanierungsvergleiches.

Die AEG soll auf den Technikbereich beschränkt werden und sich vom Hausgerätebereich und von Telefunken mehr oder weniger schnell trennen. Was aber genau übrig bleiben soll, darüber schweigt sich der Vorstand bisher aus. Und dies läßt auch begründeten Zweifel aufkommen, ob am Ende dieses Notschlachtens überhaupt noch eine AEG übrigbleibt. Laut Herrn Dürr, dem AEG-Vorstandsvorsitzenden, soll der Vergleich die letzte Chance zur Sanierung der AEG sein. Doch gerade die letzten Jahre bei AEG zeigen sehr deutlich: Bei AEG wird schon seit langem nicht mehr saniert, hier wird brutal auf dem Rücken der Belegschaften ein Konzern zerlegt und ausverkauft.

Siemens nutzte diese Situation von AEG aus und drängte die AEG aus dem Computergeschäft, kaufte die Anteile der Kraftwerk Union von AEG, zwang die AEG aber dazu, die Verluste zu tragen. Ebenso übernahm sie von AEG die Anteile an Osram, der Glühbirnenfirma. Die Trafo-Union mußte AEG ebenfalls Siemens überlassen. Und dies alles, um die anfallenden Zinsen für die Kredite zu zahlen und um die Verluste im Kernkraftwerksgeschäft auszugleichen. Von da ab ging es bei AEG bergab. Der angeschlagene Riese erholte sich nie mehr von diesem Schlag seines Hauptkonkurrenten. Die Wirtschaftskrise verschärfte die Lage vor allem im Konsumgüterbereich durch verschärfte internationale Konkurrenz, aber auch durch das Sinken der Kaufkraft der Bevökerung, die gerade in den letzten zwei Jahren einen empfindlichen Reallohnverlust hinnehmen mußte. Die Zinssätze stiegen, und so wurde AEG von seinen Hauptkonkurrenten gezwungen, weitere profitable Bereiche seines Konzerns abzugeben, um die Jahr für Jahr steigenden Zinszahlungen erfüllen zu können.

So mußte die Tochterfirma Hartmann und Braun, ein eigener Konzern im Bereich der zukunftsträchtigen Meß- und Regeltechnik tätig, verkauft werden. So mußten Anteile von Telefonbau und Normalzeit verkauft werden, und so mußten zuletzt Anteile des gewinnträchtigen Werks von AEG, der Bereich Kommunaltechnik, abgegeben werden. Diesmal waren es Bosch und Mannesmann, die sich diese Rosinen an Land zogen. Spätestens ab hier wurde klar, daß dieser Konzern nicht mehr saniert wurde. Man bot mittlerweile sämtliche Teile des Konzerns zum Verkauf oder zur Kooperation an, und zwar an sämtliche Elektrokonzerne der Welt.

Hier waren und sind die führenden Industrie- und Bankgruppen der Bundesrepublik angetreten, um den Elektromarkt neu unter sich aufzuteilen. AEG soll hierbei auf der Strecke bleiben. Man hat die Kuh gemolken, solange sie Milch gab. Jetzt führt man sie auf die Schlachtbank. Daß hierbei Tausende von Arbeitsplätzen und die Existenzen ganzer Familien vernichtet wurden und noch werden, interessiert diese Herren einen Dreck. Ihnen geht es dabei nur um eines: Sie wollen ihr Kapital möglichst profitträchtig anlegen. Ist dies bei AEG nicht mehr möglich, dann lassen sie sie sterben.

Wer glaubt, daß mit dem Vergleichsantrag und dem neuem Konzept der AEG die Zeit der Angst und Unsicherheit um die Arbeitsplätze vorbei sei, irrt. Die Rationalisierung wird in den Betrieben der Elektrobranche nicht zu Ende sein. Sei es nun bei Siemens, bei Bosch oder der AEG. Die Bereinigung des Marktes, wie die Kapitalisten vornehm die Vernichtung von Produktionskapazitäten nennen, ist nur der Auftakt für ein weiteres Kräftemessen mit anderen Monopolen, im Land selbst und international. Das wird weitere Arbeitsplätze kosten. Aber nicht nur das. Es



Demonstration der Brettener Neff-Belegschaft, die von den AEG-Bossen auf die Straße geworfen werden soll.

vergeht kein Tag, ohne daß die Kapitalisten ultimativ verlangen, daß die Löhne gesenkt werden müssen, da die Produktionskosten angeblich zu hoch seien, daß die Sozialgesetzgebung geändert werden müsse, weil sie angeblich schnelle Anpassung verhindert. Im Klartext heißt das: Alle mühselig erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung sollen liquidiert werden, um den Monopolen und Banken in der Krise ihre Profite zu sichern.

Gibt es einen Ausweg aus der Krise?

Den Ausweg, den die Kapitalisten praktizieren, haben wir ja nun schon zur Genüge kennengelernt: Massenarbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, Staatsverschuldung und Aufrüstung — wir Arbeiter sollen die Krise zahlen.

Die Frage stellt sich doch, ob wir uns dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem überhaupt noch leisten können. Ein System, das uns immer näher an den Rand des Abgrunds bringt, ein System, in dem die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, wo der Staat nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt, sondern im Interesse der Monopole handelt.

Erinnert sei daran, daß bei der Gründung der BRD von den Herrschenden behauptet wurde, daß die soziale Marktwirtschaft die Gebrechen des Kapitalismus wie Arbeitslosigkeit und Krieg nicht kenne. Jahrelang konnte dieses Traumbild auch aufrecht erhalten werden. Die Krise hat den Nebelschleier zerrissen, und heute zeigt sich, daß die „soziale Marktwirtschaft“ und der „Sozialstaat“ nichts anderes sind als eine wohlverpackte Diktatur der Kapitalisten. Sie haben das Sagen, sie bereichern sich und stürzen in ihrer maßlosen Jagd nach Profiten ganze Völker ins Elend. Deshalb haben wir Kommunisten auch nicht das geringste übrig für diesen Staat.

Was wir wollen, ist ein sozialistischer Staat, in dem nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, planvoll und ohne Krisen. Ist es denn nicht absurd, daß einige Kapitalmagnaten bestimmen können, daß Millionen Menschen arbeitslos werden?

Im Staat der Arbeiter wäre das undenkbar. Natürlich wissen wir: Es wird nicht leicht sein, den Sozialismus zu erreichen und auch nicht leicht, dann tatsächlich eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu schaffen, wir haben das negative Beispiel der DDR und der Sowjetunion vor Augen. Beim Aufbau des Sozialismus wurden so schwere Fehler gemacht, daß sich dort eine neue Ausbeuterklasse aus der Bürokratie entwickeln konnte. Aber aus diesen Erfahrungen kann man lernen. Auch wenn die Propagandisten der Kapitalisten natürlich das Gegenteil behaupten — der Sozialismus ist möglich, und für uns Arbeiter wird er mit jedem Tag notwendiger.

Der Kampf um jeden Arbeitsplatz kann nur kompromißlos geführt werden

Uns nützt es nichts, wenn wir entlassen werden. Die Banken aber haben ihren Profit gemacht. Uns nützt es nicht, wenn wir weniger Lohn bekommen. Der Profit der Kapitalisten aber steigt. Zwischen uns und unseren Interessen und denen der Kapitalisten liegen offensichtlich Welten.

Dennoch fordern uns immer wieder auch Arbeitervertreter, Gewerkschaftsführer auf, gemeinsam mit den Unternehmern nach einer Lösung zu suchen.

Die Geschichte der AEG zeigt aber nur allzu deutlich, was bei dieser Sozialpartnerschaft herauskommt. Mit Stillhalten oder zähneknirrschender Zustimmung wurde es den Monopolen leicht gemacht, Zehntausende von Arbeitsplätzen zu vernichten. Die Krise hat das weder bei AEG noch sonst aus der Welt geschafft. Zehntausende Arbeitsplätze werden folgen, wenn nicht endlich den Banken und Monopolen die Grenzen aufgezeigt werden.

Was nützt es der Belegschaft, wenn ein Betriebsratsvorsitzender erklärt, daß er den Kampf für die Erhaltung des Werkes für aussichtslos hält? Nichts! Die Banken werden sich freuen, daß der Widerstand gegen die Schließung abnimmt. Was nützt es den AEG-Arbeitern, wenn die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ihre Bereitschaft bekunden, an einem Sanierungsvergleich mitzuwirken? Wieder nichts. AEG wird zerschlagen.

Was aber zweifellos von großem Nutzen wäre, ist:

- Der Vorstand der IG Metall soll sein Mauscheln mit Regierung und Konzernleitung einstellen und stattdessen den Widerstand in den Betrieben organisieren. Dringend notwendig wäre dabei die seit langem geforderte Vertrauensleutekonferenz aller AEG-Betriebe.
- Grundlage jeglicher Verhandlungen von seiten der Gewerkschaft mit dem AEG-Vorstand muß die Haltung sein, daß keiner Entlassung, keiner Betriebsschließung zugestimmt werden darf. Alle Kollegen müssen weiter beschäftigt werden.
- Da von den Arbeitern in der Elektroindustrie (und nicht nur dort) in 40 Wochenstunden so viel produziert wird, daß es nicht mehr abgesetzt wird, wird gefordert, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen.
- Von den Banken, die nun lange genug von der Ausbeutung der Arbeiter der AEG profitiert haben, muß ein Zins- und Forderungsverzicht verlangt werden.
- Staatliche Gelder, Bürgschaften etc. dürfen nur bei Garantie der Arbeitsplätze durch die Kapitalisten gegeben werden.
- Eine Aufteilung der AEG unter die gierige Konkurrenz bringt die Vernichtung momentan unrentabler Produktionen (Hausgeräte, Motoren) und nur scheinbare Sicherheit für den Rest. Rationalisierung und Vernichtung von Überkapazitäten in den neu fusionierten Bereichen ist die zweite Phase. Deshalb lehnen wir die Aufteilung des Konzerns ab und fordern den Erhalt von AEG.

Mancher wird denken: Was nützen noch so richtige Forderungen, wenn man sie nicht durchsetzen kann. Ein Streik würde die AEG-Bosse doch gar nicht treffen. AEG macht doch Verluste. Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche fassen. Über jeden Streiktag würden die sich doch nur freuen, weil sie auch noch die Lohngelder sparen.

Oft kann man solche Auffassungen hören, leider auch von höheren Gewerkschaftsfunktionären. So plausibel es klingt, so falsch ist es. In Wahrheit reiben sich die Herren der Banken und ihre Interessenvertreter in Bonn voller Freude die Hände über jeden Tag, an dem bei AEG **nicht** gestreikt wird. Denn sie wissen: Solange die Arbeiter und Gewerkschaften stillhalten, solange sieht es gut für sie aus, daß sie ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Nur eins kann ihnen einen Strich durch die dreckige Rechnung machen: Der geschlossene Widerstand der Arbeiter und Angestellten von AEG. Ein Streik kann das AEG-Ding der Banken politisch undurchsetzbar machen. Darauf kommt es jetzt an. Einen anderen Weg, unsere Arbeitsplätze zu verteidigen, gibt es nicht.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 19,** Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

„Rhein-Ruhr-Stahl AG?“

Folgen der Stahlkonzentration

Konsequenzen der Zusammenlegung der Stahlaktivitäten (außer Edelstahl von Krupp und Thyssen, außer Grobblechseite von Thyssen) der bisherigen Firmen Thyssen (Unternehmensbereich Stahl), der Krupp Stahl AG und der Hoesch Hüttenwerke AG.

Den folgenden Artikel entnehmen wir einem Flugblatt der KPD/Ruhr, das in dieser Woche vor den Stahlbetrieben in Duisburg, Bochum, Dortmund und Hattingen verbreitet wurde. Auf diesem Flugblatt ist die Erklärung der Landesbezirksleitung Ruhr der KPD „Stoppt den Kahlschlag in der Stahlindustrie“, in dem die jüngsten Ereignisse (Streit um Bonner Zuschüsse an Hoesch; Pläne der Zusammenlegung der Edelstahlbereiche Krupp und Thyssen) kommentiert werden und die Stahlarbeiter zum konsequenten Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze aufgerufen werden. Ergänzend wird auf dem Flugblatt die im folgenden abgedruckte Untersuchung veröffentlicht: Was für genaue Auswirkungen hätte eine Zusammenarbeit von Thyssen, Krupp und Hoesch? In acht verschiedenen Punkten wird dies konkret untersucht, was wir gerade für diejenigen unserer Leser, die nicht „stahlerfahren“ sind aus Informationsgründen übermitteln wollen.

1. Roheisen, Rohstahl

1. Im Roheisen- und Rohstahlbereich (siehe Bild 3) ersatzlose Stillegung folgender Werke: Werk Phönix, Dortmund, Hoesch Hüttenwerke; Sinteranlage, Hochöfen Werk Westfalenhütte, Dortmund, Hoesch-Hüttenwerke.

2. Strangguß

2. Im Bereich der Erzeugung von Brammen über Stranggußanlagen, haben Krupp und Thyssen in Rheinhausen folgende Kapazitäten / Produktionszahlen:

	Kapazität	Erzeugung	freie Menge für Hoesch
Thyssen:	7,4 Mio To	5,0 Mio To	2,4 Mio To
Krupp:	3,6 Mio To	2,8 Mio To	0,8 Mio To

Die derzeige Leistung der Hoesch-Stranggußanlagen beträgt 2,4 Millionen Tonnen der Maximalbedarf des Warmbreitbandwalzwerkes 3,4 Millionen Tonnen. Einer Belieferung innerhalb relativ kurzer Zeit stände also nichts entgegen. Nimmt man noch hinzu, wie durch das sinkende Masseneinkommen sich insbesondere auch im Automobilsektor — siehe Kurzarbeit VW — die künftige Produktion im Bereich Warmbreitbanderzeugnisse entwickeln wird, wird klar, warum den Kapitalisten die Stillegung der Stranggußanlagen in Dortmund am profitabelsten erscheint.

3. Warmbreitbandstraßen

3. Im Bereich der Warmbreitbandstraßen ist, unserer Einschätzung nach, folgende Entwicklung zu erwarten:

Wie „Der rote Greifer“, die Betriebszeitung der KPD bei Thyssen in Duisburg, schon vor längerer Zeit enthüllte, plant die Thyssen AG die Stillegung des Warmbreitbandwerkes in Bruckhausen. Die Planungen gingen bisher dahin, einen Teil — insbesondere Exportanteile — auf der Klöckner-Hütte in Bremen zu walzen. Die jetzigen Pläne ermöglichen eine volle Auslastung des Warmbreitbandwerkes in Duisburg-Beeckerwerth, sowie der Anlagen in Dortmund und Bochum. Langfristig würde eine Ersatzinvestition für die beiden Werke in Bochum (Krupp) bzw. Dortmund (Hoesch) in Duisburg vorgenommen. Denn, „der Gedanke, die deutsche oder zumindest die ‚Ruhrstahl‘-Stahlkapazität am Rhein zu konzentrieren, ist in sehr langer Sicht sicherlich nicht unberechtigt (...), eine event. Verlagerung der in Dortmund und Bochum jetzt verbleibenden Anlagen zur Rheinschiene kann dagegen frühestens in Betracht kommen, wenn sie zum Ersatz anstehen.“ (Ruhrstahl-Investitionsanträge zum 30.6. 1982, S. 42)

4. Kaltwaltzwerke

4. Im Bereich der Kaltwalzwerke würde es unserer Analyse nach eine ähnliche Entwicklung geben:

Die Thyssen AG plant seit längerem die Schließung des Kaltwalzwerkes in Hüttenheim (KW III). Die dortige Produktion — 1981 rund 400000 Tonnen kann auf den anderen beiden Anlagen in Duisburg bzw. in Dortmund und Bochum mitgewalzt werden.

Die Punkte 3 und 4 zeigen also deutlich, daß im Rationalisierungskonzept der Stahl- und Bankbosse jeder Bereich dran glauben soll — jede Belegschaft soll zur Ader gelassen werden.

5. Profile

5. Profilbereich — hier gibt es seit längerer Zeit Versuche von Thyssen, den Anforderungen der Bundesbahn zu genügen, Schienen aus Stranggußmaterial herzustellen. Gleichzeitig hat es offenbar Gespräche zwischen Krupp und Thyssen gegeben, über einen eventuellen Austausch von Quoten in diesem Bereich: die neue Rhein-Ruhr-Stahl AG — mit gemeinsamer Kasse — gibt natürlich die Möglichkeit, die Produktion auf einer Straße zu konzentrieren: auf der Thyssen-Straße, die moderner ist und auch für das Walzen von 60-Meter-Schienen geeignet ist. Damit wäre der Tod der schweren Straße in Rheinhausen vorprogrammiert, deren Hauptprodukt die Schienen sind — im Jahre 1980 rund 200000 Tonnen.

Für die Feinstraße in Dortmund, Westfalenhütte, haben die Monopole ebenfalls den Tod vorgesehen, da die dort in Zukunft angepeilten höheren Qualitäten (Federstahl etc.) schon im neuen Konzern auf Thyssen-Straßen erzeugt werden.

6. E-Stahlbereich

6. Im Bereich der geplanten Deutschen Edelstahl AG (siehe Bild 1) ergäben sich insbesondere im Feinstahlbereich, u.a. Hagen, sowie im Schmiedebereich zwischen den bisherigen Krupp- und Thyssen-Betrieben solche Überschneidungen, daß die Kapitalisten sogenannte Rationalisierungsreserven in einem großen Umfang erwarten. Die beantragte neue Langschmiedemaschine z.B. für den Bochumer Schmiedebereich ist in weite Ferne zu rücken, haben doch die Thyssen-Betriebe bereits mehrere solcher Anlagen. Also auch hier Konzentration auf die „rentabelsten Anlagen“ — zwecks Profitsanierung.

7. Grobblech

7. Grobblechbereich — hier ist unsere Einschätzung so, wie sie „Der rote Greifer“ im Mai dieses Jahres äußerte:

„Thyssen ist jetzt schon der größte Produzent von Grobblech neben Peine/Salzgitter und der Dillinger Hütte (ARBED), und zwar bei den Sorten, die für die Rüstungsproduktion eine Rolle spielen (Kriegsschiffe und Panzer). Der Ehrgeiz des Thyssen-Vorstands geht offensichtlich dahin, diesen Sektor weitestgehend zu beherrschen.

Thyssen setzt auf ein neues Pferd

Bedroht sind die Arbeitsplätze nicht etwa, weil keine Aufträge mehr da sind, denn z. Zt. wird in den betroffenen Betrieben noch voll gearbeitet, sondern weil der Thyssen-Vorstand seine strategische Planung umorientiert hat:

Weg von der krisengeschüttelten Automobilindustrie, von der für die Zukunft keine profitversprechenden Wachstumsraten mehr zu erwarten sind, hin zum todsicheren Geschäft mit der Rüstung.

Aber Thyssen kennt den Ausweg

Die Bundesregierung pumpt mit zunehmendem Ehrgeiz Milliardensummen in die Rüstungsproduktion (‚Bei der Verteidigung darf nicht gespart werden‘), und erst vor wenigen Tagen wurde der Rüstungslobby ein weiteres Geschenk zuteil: Der Sicherheitsrat hat die Bestimmung, wonach keine Waffen in Spannungsgebiete exportiert werden durften, aufgehoben und durch neue Beschlüsse ersetzt, die selbst der SPD-Abgeordnete Gansel als ‚Triumph der Grundsatzlosigkeit‘ und ‚Sieg kurzfristiger Interessen der Rüstungslobby (...)‘ bezeichnete (WAZ, 5.5.82).

Dem Export ‚hochwertiger‘ deutscher Rüstungsgüter sind von nun an keine Grenzen mehr gesteckt, und Thyssen will an diesem ‚Aufschwung‘ teilhaben.“

Deshalb plant die Thyssen AG, diesen Bereich aus der neuen Rhein-Ruhr-Stahl AG herauszuhalten — die Profite will sie selbst einstreichen.



Die 35-Stunden-Woche: gerade bei Stahl dringend nötig!

8. Rhein-Ruhr-Stahl-AG-Konzernstruktur

8. Struktur der neuen Gesellschaft:

Nach der Ausgliederung der Edelstahlbereiche aus der Krupp Stahl AG und der Thyssen AG, sowie des Grobblechbereichs aus dem bisherigen Stahlbereich der Thyssen AG, waren die Umsätze der neuen Gesellschafter in der Rhein-Ruhr-Stahl AG etwa folgendermaßen verteilt:

Rest Thyssen Stahlbereich:	ca. 6,5 Mrd. DM Umsatz	Basis 1980/81
Rest Krupp Stahl AG:	ca. 3,1 Mrd. DM Umsatz	Basis 1980/81
Hoesch Hüttenwerke AG:	ca. 3,4 Mrd. DM Umsatz	Basis 1980/81

Damit wäre unter der Führung von Thyssen — das heißt, mit einer Mehrheitsbeteiligung, sowie Minderheitsbeteiligung von Hoesch Werke AG und Krupp GmbH — die neue Gesellschaft die alleinige Versorgerin der Weiterverarbeitungsbetriebe der übrigbleibenden Konzernteile. Eine ähnliche Lösung, wie sie z.B. im Saarland derzeit durchgeführt wird für den Bereich der Kokereien und der Roheisenversorgung, die gemeinsam von den ARBED-Betrieben an der Saar sowie der AG der Dillinger Hütte betrieben wird. Damit wird von den Stahl- und Bankmonopolen in der derzeitigen Krisenlage der kapitalistischen Gesellschaft Westdeutschlands versucht, durch die Ausschaltung der Konkurrenz bis zu einer bestimmten Produktionsstufe die Profite zu sichern — durch Konzentration der Erzeugung von Stahlerzeugnissen auf den profitabelsten Anlagen.

Konsequenz ist beschleunigte Vernichtung von weiteren Tausenden von Arbeitsplätzen in allen Standorten, die bisher bestehen!



Protestdemonstration in Dortmund.

Bild 1



Bild 2

Erzeugung 1980 (bzw. 1981) + %-Anteil an der Gesamterzeugung aller drei Stahlkonzerne:

	Thyssen		Krupp		Hoesch	
	Mio t	%	Mio t	%	Mio t	%
Roheisen	11,00	60	3,5	19	3,8	21
Rohstahl in Grund- und Qualitätsgüten	10,50	60	3,1	18	3,9	22
Grobblech	1,25	100	-	-	-	-
Warmbreitband	6,4	59	1,9	17	2,5	24
Profile	1,9	63	0,3	10	0,8	27
Bleche (Kaltwalzwerke)	2,00	40	1,0	20	1,9	40
Blechveredelung	0,95	44	-	-	1,2	56

Bei diesen beiden letzten Positionen ist zu berücksichtigen, daß Thyssen jeweils große Beteiligungen an der Rasselstein AG (Kaltwalzwerk GmbH) und der Stahlwerke Bochum AG hält (50 % bzw. 48,5 %). Beide Firmen sind Spezialblech- bzw. Blechveredelungsfirmen.
Nicht enthalten sind die Erzeugungen an Rohstahl, Profilen usw. in Edelstahlgütern.

Bild 3

Die folgende Tabelle zeigt die vorhandenen Kapazitäten verschiedener Produktionsstufen, die nach kapitalistischer Logik besonders günstig an der Rheinschiene zu erzeugen sind — also in den Duisburger Thyssen- und Krupp-Betrieben.
Dazu die derzeitige Produktion dort und die Produktion dieser Erzeugnisse bei Thyssen, Krupp und Hoesch zusammen — Schlußfolgerung: Die ersatzlose Stillegung der entsprechenden Dortmunder Anlagen ist — wenn es nach den Plänen der Bank- und Stahlbarone geht — nur eine Frage der Zeit!

	Kapazität Thyssen	Kapazität Krupp	Krupp / Thyssen zus.	Erzeugung Krupp, Thyssen, Hoesch
Roheisen	15 Mio t	5,0 Mio t	= 20,0 Mio t	18,3 Mio t
Rohstahl	18 Mio t	5,4 Mio t	= 23,4 Mio t	17,5 Mio t

Es sind also für diese Produktionsstufen in Duisburg genügend Kapazitäten vorhanden. Wenn man weiß, daß zwischen den Vorstandsvorsitzenden von Thyssen — Spethmann, dem von Krupp — Schneider, dem von Hoesch — Rohwedder, schon seit längerem intensive Kontakte unter Einschaltung Bonns und der Banken geführt werden, ist klar, warum sich die Bundesregierung weigert, für das schon lange beschlossene neue **Hoesch-Stahlwerk** Bürgschaften zu übernehmen, warum die Banken es ohne eine solche Bürgschaft nicht finanzieren wollen — für sie liegt der Maximalprofit in einer besseren Ausnutzung der vorhandenen Anlagen in Duisburg.
Daß der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Duisburg, Wiecorek, das genauso vertritt, wird insbesondere dann verständlich, wenn man weiß, daß er Leiter der Abteilung Arbeitssicherheit bei der Firma Thyssen ist.

Erpressungsversuche aus Bonn

Der DGB soll zurückstecken

In den letzten Tagen und Wochen verstärkt sich eine Propagandakampagne, die als ihren Mittelpunkt die mehr oder minder deutlich ausgesprochene Frage „Stürzt der DGB die Regierung" hat. Betrieben wird sie nicht nur von den Zeitungen und im Fernsehen, sondern auch und vor allem von der Bonner SPD-Baracke. Herbert Wehner persönlich gab mit einem Brief dazu das Auftaktsignal. Das Treffen zwischen DGB und Regierung am 2. September soll wohl der Abschluß dieser Kampagne sein, die dazu dient, echte Beschlüsse über Widerstandsmaßnahmen am 8. September zu verhindern, wenn die entsprechende DGB-Sitzung ist.

Der Inhalt dieser Kampagne ist eindeutig: trifft der DGB echte Maßnahmen zum Kampf gegen die Politik des Sozialabbaus, die von der Bonner Regierung betrieben wird, dann, so lautet die zentrale Behauptung, macht er sich des Sturzes der Regierung Schmidt verantwortlich, hebelt die SPD aus dem Regierungssattel und hilft der CDU hinein. „Das Bündnis" dürfe nicht in Frage gestellt werden, die Bonner Politik heute sei eben das kleinere Übel gegenüber einer denkbaren Regierung Kohl/Genscher und richte sich eigentlich auch gar nicht gegen die Arbeiterschaft.

Diese müsse eben heute die Opfer bringen, um morgen „wieder" sozusagen in Saus und Braus leben zu können. Die Sachzwänge lägen nun einmal so. Und weil man bereits einmal bei dieser Argumentation ist, setzen die selbsternannten „Experten" wie Glotz und Glombig gleich noch einen drauf, geben eine alte SPD-Entschuldigung auf: Es sei nicht wegen der FDP, daß man solche Maßnahmen treffen müßte, sondern auch eine SPD-Alleinregierung hätte keine andere Möglichkeit gehabt. Gerade deshalb sei grundsätzliche Solidarität jetzt erst recht nötig.

Nun, so sehr es stimmt, daß die SPD alleine keine wesentlich andere Politik gemacht hätte — und dort, wo sie alleine regiert, wie in NRW auch nicht macht — als mit der FDP, so wenig stimmt es, daß es ein übernatürlicher Sachzwang ist, der die Regierung zu so einer Politik bringt.

Um davon abzulenken setzte Schmidt persönlich dann noch einen drauf: Man müsse auch sehen, daß die heftige Kritik an der Regierung etwas damit zu tun habe, daß es auch innerhalb des DGB Streit und Machtkämpfe gäbe, schließlich solle zum Beispiel ein neuer ÖTV-Vorsitzender gewählt werden, da sei Profilierungssucht am Werk.

Was ist dazu zu sagen? Ist es die Aufgabe des DGB, die Interessen seiner Mitglieder und die der Werktätigen überhaupt zu vertreten oder nicht? Wer sich gegen die unsoziale Politik Schmidts wehrt, wird der zum Kanzlermacher Kohls? Und was bedeutet die Auseinandersetzung innerhalb des DGB wirklich?

Um mit dem letzten Punkt zu beginnen: Schmidts Versuch, gerade diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, die die heftigste Kritik geäußert haben, die signalisiert haben, daß sie auch zu Aktionen bereit sind in die Ecke der Wichtigtuer und Karrieristen zu stellen, ist eine Unverschämtheit.

Natürlich: Einem Kanzler Schmidt sind Gewerkschaftsführer wie der IG-BE-Boß Schmidt und sein Vize-Major Niggemaier lieber, die jede antisoziale Politik zu tragen bereit sind und stets vorne dabei in der Hetze gegen alles Linke und speziell alles Arabische. Oder auch solche wie der IGM-Boß Loderer, die markige Worte finden und diese nicht einmal mit kraftlosen Taten ergänzen, sondern folgenlos lassen. Daß die ÖTV für den 7. September zu Protestaktionen aufgerufen hat, das geht dem SPD-Kanzler schon zu weit. Und gerade die Bonner Politiker sollten sich eigentlich hüten, auch im Zusammenhang mit Gewerkschaftswahlen das Thema „Wahlversprechungen" oder ähnliches anzusprechen, sonst könnte man sich in der Öffentlichkeit daran erinnern, wie sich Helmut Schmidt noch vor zwei Jahren, im Wahlkampf „profiliert" hat — mit Versprechungen die einen Tag nach der Wahl schon in die Mottenkiste gelegt wurden.

Sicherlich: Es gibt eine Auseinandersetzung innerhalb der DGB-Führung. Zwischen jenen, denen ausschließlich an Machterhaltung gelegen ist, den etablierten Bonzen, die in Aufsichtsräten, staatlichen und kommunalen Organen zu Hauf sitzen und „dazugehören". Und jenen, die die Interessen der arbeitenden Menschen — auf welche Weise auch immer — vertreten wollen.

Sicherlich gibt es dazwischen auch Leute, die angesichts der Lage zu taktischen Winkelzügen greifen, bis dahin, sich abzusichern um später als „schon immer dagegen gewesen" darstellen zu können. Aber dies ändert nichts daran, daß es eine solche Auseinandersetzung gibt und daß sie gerade um diese Frage kreist: Mitgliederinteressen oder Regierungsinteressen.

Wird der Widerstand gegen den Sozialabbau, gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten auf dem Altar der „traditionellen Verbundenheit" mit der SPD geopfert? Das soll nach Bonner Willen geschehen. Loderer beispielsweise hat mit seiner Antwort auf seinen Vorstandskollegen Janzen sofort dementsprechend reagiert.

Es soll alles getan werden, um von dem Gedanken an einen Widerstand gegen eine bestimmte Politik abzulenken, um alle Überlegungen auf das übliche parlamentarische Kräftespiel zu reduzieren. Es soll nicht so sein, daß Widerstand gegen jede unsoziale Politik geleistet wird, von wem immer sie auch im Interesse der Kapitalisten betrieben wird, sondern eine solche Politik soll dann hingenommen werden „zähneknirschend, Fäuste ballend" oder sonst wie, wenn sie von der SPD gemacht wird.

Für die sozialdemokratischen Würdenträger und Amtsinhaber ist dies von großer Wichtigkeit: Denn für die Kapitalisten wird diese Partei immer mehr uninteressant, je mehr sie es nicht mehr schafft, den DGB durch eben diese Propaganda an sich und ihre Politik zu binden. Für die Arbeiter und alle arbeitenden Menschen aber geht es darum, ihre Lebensumstände, Lohn, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung zu verteidigen und die Unternehmer und die Reichen dazu zu zwingen, die Folgen der Krise ihres Systems zu tragen. Unabhängig davon, wer gerade an der Regierung ist, muß es für den Deutschen Gewerkschaftsbund darum gehen, eben dies zu verteidigen.

Die Bonner Erpressungsversuche werden aber auch einen anderen Effekt haben, als das Zurückstecken einiger lautstarker Bonzen: Sie werden dazu beitragen, klare Verhältnisse zu schaffen, zu zeigen, wer sich mehr mit der Regierung verbunden fühlt als mit den werktätigen Menschen.



Die Großdemonstration Ende letzten Jahres in Stuttgart zeigte, wie sehr bei der Masse der DGB-Mitglieder der Willen zum Widerstand gewachsen ist — seine Organisierung soll verhindert werden.

Unternehmer bilden „Ablehnungsfront"

Lohnrahmentarif-Forderungen heftig attackiert

Die Forderungen, die der IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler in der letzten Woche für die Verhandlungen um einen neuen Lohnrahmentarif in den Tarifgebieten Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden erhob, sind auf die massive Ablehnung der Unternehmer gestoßen. „Diese Forderungen sind für uns nicht kompromißfähig", unterstrich der Geschäftsführer der Metallkapitalisten, Jagenlauf.

Steinkühler habe, so begründete Jagenlauf die Weigerung, über diese Forderungen überhaupt zu sprechen, politische Forderungen erhoben, die in Bonn nicht durchsetzbar seien und die man jetzt deshalb über den Weg eines Tarifvertrags erreichen wolle. Hier gehe es um grundsätzliche gesellschaftspolitische Entscheidungen, die Unternehmen in die Hände der Gewerkschaften und Betriebsräte bringen würden. Die Forderungen würden unweigerlich zur Planwirtschaft führen.

Nun ist es ja immer so, daß, sobald die Gewerkschaften Forderungen aufstellen, die Unternehmerverbände aufheulen und den Weltuntergang heraufziehen sehen. Und daß man sich von vornherein weigert, über etwas zu reden, ist auch nicht neu — der Chef bestimmt, das ist die übliche Haltung der Kapitalisten.

Aber in diesem Ausmaß und in dieser Tonart und Schroffheit ist es dann doch nicht alltäglich. Daß Steinkühler sozusagen als Agent es Kommunismus dargestellt wird, der klammheimlich die Planwirtschaft einführen wolle — solche Behauptungen gab es zu letzten Mal bei den Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlungen bei Krankheit, als die Unternehmer Bundesdeutschland untergehen sahen.

Der Kern der Sache ist denn auch der, daß in diesem Forderungskatalog Änderungen gefordert werden, die den Kapitalisten ganz direkt an den Profit gehen: die Frage der Erhöhung der Taktzeiten bei der Akkordarbeit.

Was schon vor acht Jahren im Lohnrahmentarif 2 in Nordwürttemberg eine zentrale Rolle spielte, nämlich eine Veränderung der Arbeitsmethoden und Neuregelung grundsätzlicher Entlohnungsfragen, wird jetzt wieder in den Mittelpunkt gestellt. Massiver noch als damals, deshalb auch die noch massivere Reaktion. Die auch noch aus einem anderen Grund massiver ist: Schließlich regnet ja täglich auf die Arbeiter ein ganzer Schwall von Propagandatiraden herab, man könne jetzt nur über Streichungen, aber keinesfalls über neue Forderungen reden. Da passen solche Dinge den Kapitalisten insgesamt nicht in die Landschaft.

Und das wird auch gesagt: die Erfüllung solcher Verlangen, gerade in einer solch schweren Zeit (!), würde nur dazu führen, daß noch mehr Unternehmer aufgeben würden, noch mehr Arbeitsplätze vernichtet würden. Die gängige Argumentation also: Wenn ihr nicht zu schlechteren Bedingungen arbeitet, dann wird es keine Arbeit mehr geben.

Daß ein Schutz der Arbeiter vor der immer größeren Steigerung der Ausbeutung auch für die Sicherung von gerade solchen Arbeitsplätzen dienlich sein kann, die ansonsten neuen Rationalisierungsplänen zum Opfer fallen würden, das erwähnt man in der Unternehmerpropaganda lieber nicht: Denn das könnte ja an die eigene Kasse gehen, und das ist verboten..

Und es klingt in der Unternehmerreaktion auch schon deutlich an, daß diese Haltung nicht nur Forderungen zum Lohnrahmen gilt in zwei kleineren Tarifgebieten. Sie gilt auch und erst recht für Forderungen, so wurde in der offiziellen Reaktion gesagt, die der gesamten Wirtschaft schwere Belastungen aufladen würden: das geht gegen die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche, wird auch als Vorgefecht dazu verstanden.

CWH-Brunsbüttel

Wird das Werk stillgelegt?

Daß die Chemischen Werke Hüls der Teil des Chemiekonzerns Veba sind, der am meisten von der krisenhaften Entwicklung auch in dieser Branche betroffen ist, ist seit längerem bekannt — entsprechende Meldungen aus Marl gingen durch die überregionale Presse. Auch im „Roten Morgen" hatten wir Berichte dazu. Anfang August fand nun im erst vier Jahre alten Brunsbütteler CWH-Werk eine Informationsveranstaltung statt, um die Belegschaft, die seit Juli immer mehr in Unruhe gekommen war, von seiten der IG Chemie aus zu informieren.

Eine besonders erregte Atmosphäre entstand nach dem Bericht eines Kollegen, der daran teilnahm, vor allem aus zwei Gründen. Zum einen wurde bekannt, daß die Aktionäre von der Veba eine Dividende von 15 Prozent zugestanden bekamen — zur selben Zeit, da über die Schließung dieses neuen, stark geförderten Werkteils gesprochen wird. Und zum zweiten eben deshalb: weil keine klare Information gegeben wurde über das, was zu erwarten ist noch gar über Widerstand dagegen gesprochen wurde.

Auf der Informationsveranstaltung waren neben Mitgliedern des schleswig-holsteinischen Landtags auch „Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat" — die genauso viel Unmut erregten wie es Mitglieder der Geschäftsleitung hätten tun können — da sie auch die selben Gedanken machten.

Der Betriebsratsvorsitzende Reichensperger und der Stellvertreter Trzepacz stellten alle möglichen negativen Auswirkungen dar — die sich die Kollegen auch schon überlegt hatten, ohne etwas weiteres dazu zu sagen. Die Politiker betonten alle, sie wären auch besorgt und wollten sich einsetzen. Und der IG Chemie Vorsitzende des Bezirks Nordmark, Baumhöver, sagte zwar unter anderem: „Wir lassen uns nicht beschwichtigen" — aber als aus der Belegschaft Rufe kommen „Was sollen wir Tun?", da redet er eine halbe Stunde lang über Wenn und Aber, um damit zu schließen: „Wir warten jetzt auf eine Antwort".

Die Kollegen von CWH-Brunsbüttel, die in der Vergangenheit sehr gut bezahlt wurden, haben bereits unter der jetzigen Kurzarbeit stark zu leiden, da viele von ihnen Häuser gebaut haben oder dabei sind und deshalb stark verschuldet sind. Eine Schließung des Werks, die nach wie vor als Möglichkeit im Raum steht, würde nach Schätzungen Eingeweihter rund 400 der 500 Beschäftigten in die Dauerarbeitslosigkeit entlassen.

Das Besondere an dieser Veranstaltung und der Rolle, die die Funktionäre der IG Chemie dabei gespielt haben, ist, daß es jetzt zum ersten Mal seit längerem wieder zu Widersprüchen mit der Belegschaft eines größeren Werks gekommen ist. Die IG Chemie, deren Führung als besonders rechts, staatstragend und sozialpartnerschaftlich bekannt ist, wird es bei einer Vertiefung der Krise im Chemiebereich sicherlich schwer haben, so weiter zu machen wie bisher.

Folgen der Automobilkonjunktur

Kurzarbeit bei Autozulieferern

Im Bosch-Werk in Stuttgart-Feuerbach ist Kurzarbeit angesagt: für die Produktion von Diesel-Einspritzpumpen. Etwa 1300 Arbeiter im Feuerbacher Stammhaus des Elektromultis sind davon betroffen — die bisher deutlichste Auswirkung des Rückgangs in der Automobilindustrie.

Nachdem im letzten Jahr viel die Rede davon war, das „Auto läuft gegen die Konjunktur", da die Zahlen im Verhältnis zum krisenhaften Vohrjahr wieder angestiegen waren, ist nun in diesem Jahr in allen Bereichen ein deutlicher Rückgang zu spüren. Ein Sechstel weniger betrug im Juli der Verkauf neuer Pkws im Inland. Aber auch der Auslandsverkauf, im letzten Jahr „Rettungsanker", sinkt ab.

Und während in verschiedenen Autofirmen die Entwicklung noch unterschiedlich weit ist — VW beispielsweise hat schon Kurzarbeit — begann der Absatzrückgang sich in den letzten Wochen schon auf zahlreiche Zulieferer auszuwirken.

Und nun eben auch auf einen so großen Brocken wie Bosch. Wobei der Betriebsratsvorsitzende des Gesamtkonzerns, Richard Rau, sich in von ihm altbekannter Manier als Fast-Sprecher der Geschäftsleitung betätigte und über notwendige Maßnahmen philosophierte — wobei seine Zustimmung zu solchen Maßnahmen stets vorausgesetzt werden kann.

Eine weitere Verschärfung des Rückgangs in der Autobranche — der sich durch immer weiter sinkende Realeinkommen anzeigt — würde bekanntlich Abertausende von kleineren Betrieben ebenfalls in den Strudel reißen.

Die zahllosen Verflechtungen mit den Autoriesen sind ja allgemein bekannt. Für die IG Metall an sich ein Ansporn, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche energisch zu vertreten — was allerdings von solchen Funktionären wie Rau bestimmt nicht zu erwarten ist.

Besetzergespräche

Leserbericht aus Reutlingen

Samstag, den 7. August 82. Es regnet in Strömen, als wir Großengstingen erreichen. Schon unterwegs waren wir Mannschaftswagen der Polizei begegnet, die zurück nach Reutlingen fuhren. Uns war klar, daß soeben die Blockade vor dem Atomwaffenlager geräumt worden war. Als wir ankamen, hatten die Kriegsgegner den Eingang schon wieder blockiert. In mehreren Reihen saßen sie, mit Planen notdürftig vom Regen geschützt vor dermit S-Drahtrollen bewehrten Einfahrt zum Atomwaffenlager. Trotz Räumung und Regen war die Stimmung gut, und wir machten uns daran, für die Leser des „Roten Morgen", die nicht die Möglichkeit haben, hier dabei zu sein, ein bißchen von der Stimmung einzufangen und die Meinung einiger Blockade-Mitglieder wiederzugeben. Unter der Plane kamen wir dann mit Angelika und Gerd ins Gespräch.



So hatte die Bundeswehr „vorgesorgt".


Auch das schlechte Wetter hinderte nicht.

RM: Seit wann blockiert ihr hier das Atomwaffenlager und was versprecht ihr euch von dieser Aktion?

A.: Seit letzten Sonntag blockieren wir hier die Einfahrt, um die Bevölkerung auf die hier gelagerten Atomsprengköpfe aufmerksam zu machen.

Wieviel Kriegsgegner sind daran beteiligt?


Das Zeltlager in dem sich die Besetzer während ihrer einwöchigen Aktion aufhielten.

A.: Ca. 700. Organisiert in Bezugsgruppen sind wir hier auf mehrere Zeltlager verteilt.

Haben die Bauern, die euch Zeltplätze zur Verfügung gestellt haben, Schwierigkeiten bekommen?

A.: Ganz genau weiß ich das nicht. Es gab aber Bauern, die ihre Wiese zur Verfügung gestellt haben. Die Gemeinden haben aber dagegen Terror gemacht. Es wurden Anzeigen in die Zeitung gesetzt, daß diese Bauern sich mal mit dem Bürgermeister in Verbindung setzen sollen. Mehrere Bauern haben daraufhin ihre Genehmigung zurückgezogen. Der Platz reicht aber trotzdem.

Die Einfahrt zum Atomwaffenlager wird mehrmals pro Tag von der Polizei geräumt. Wie läuft das ab?

A.: Wir haben uns hingesetzt und wurden dann von der Polizei weggetragen. Das lief alles sehr friedlich ab. Dann wurden von jedem die Personalien aufgenommen und Fotos gemacht. Viele haben sich mehrmals hingesetzt und sind dann auch mehrmals weggetragen worden. Nach einer viertel Stunde konnten dann die Militärfahrzeuge durchfahren.

Ihr habt also die Militärfahrzeuge passieren lassen und euch dann wieder hingesetzt?

A.: Ja, es bleibt halt nichts anderes übrig, wenn man das gewaltfrei machen will.

Dennoch müßt ihr aber mit einer Anklage rechnen?

G.: Ja, auf jeden Fall. Diejenigen, die erfaßt sind. Denen ist das auch vorher von der Polizei angedroht worden. Am Anfang, also vor der ersten Räumung, dreimal, zum Schluß jetzt nur noch einmal, dann wurde gleich weggeräumt.

Habt ihr 'ne Vorstellung, was für Strafen dabei für euch herauskommen können?

A.: Für Nötigung gibt's maximal 30 Tagessätze. Für Studenten und Schüler sind das ca. 300 Mark.

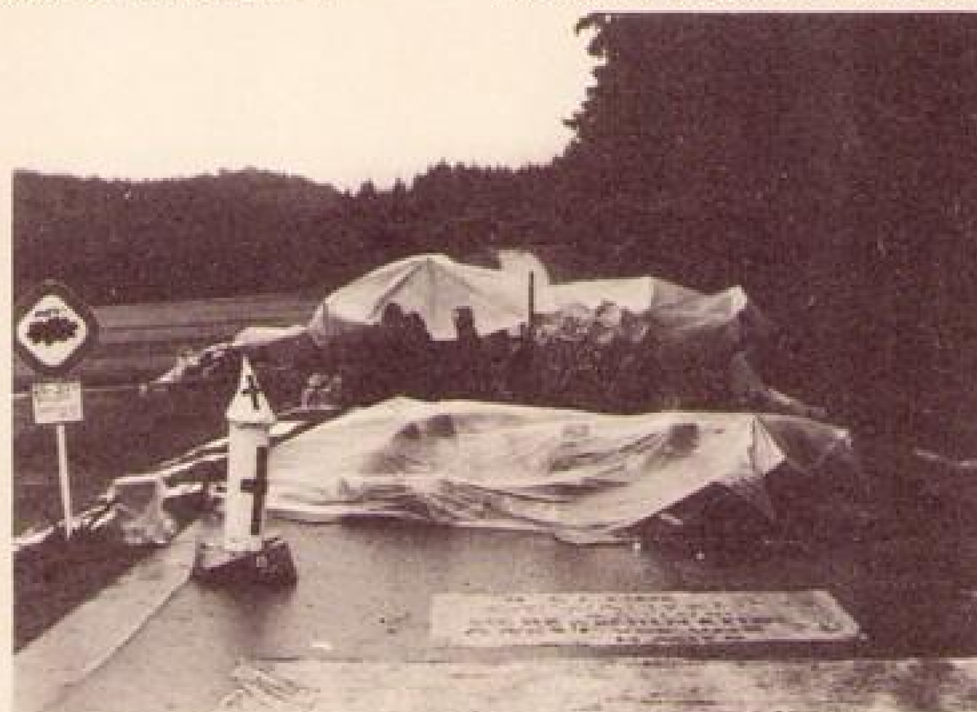
G.: Wir wußten nicht von Anfang an ganz genau was auf uns zukommt. Man konnte ja mit allem Möglichen rechnen. Man konnte mit Knüppeleinsatz, mit Hunden und weiß Gott was allem rechnen und von daher war dann Nötigung das Mindeste.

A.: Wir haben in unseren Bezugsgruppen bewußt darüber diskutiert, was für Risiken wir eingehen, zu welchen Anzeigen es kommen kann. Nötigung wurde akzeptiert, aber Widerstand gegen die Staatsgewalt wollten wir uns nicht einhandeln... Meine Begründung war, daß dies auch in keinem Verhältnis zum Nutzen der Aktion steht, weil man da unter Umständen gleich vorbestraft sein kann. Deshalb lassen wir uns auch einfach wegtragen und haken uns nicht unter, weil das schon als Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen werden kann.

Ihr sitzt hier unmittelbar vor der Zufahrt zum Atomwaffenlager und im Hintergrund stehen die bewaffneten Wachen? Habt ihr zu ihnen Kontakt aufnehmen können?

A.: Die dürfen nicht mit uns reden. Die Gespräche drehen sich meist um banale Sachen. Man kriegt aber schon mal raus, wann die nächste Räumung ist.

Habt ihr Kontakt zu Soldaten aus der Kaserne hier?


Die blockierte Zufahrtsstraße.

A.: Ja, und zwar gibt es hier so ein Soldatenheim. Da gehen ziemlich oft Leute von uns hin, um mit den Rekruten zu reden. Mit manchen kann man gut reden. Es haben uns auch schon welche besucht. Gestern hatten sie Vereidigung und da haben wir eine Mahnwache gemacht.

Ist das von der ganzen Aktion her geplant, in Kontakt mit den Soldaten zu kommen?

A.: Ja, denn eine der wichtigsten Aufgaben hier ist es, Feindzilder abzubauen, also sowohl mit den Polizisten als auch den Soldaten zu reden und denen klar zu machen, daß wir gewaltfrei bleiben werden und sie das dann auch tun sollen.

Ihr habt euch also zur Aufgabe gestellt, Feindbilder abzubauen. Glaubt ihr, daß die Friedensbewegung im Kampf gegen Aufrüstung und Militarisierung ohne klare Feindbilder auskommt?

G.: Für mich persönlich ist das so, daß ich nicht bestimmte Menschen zum Feind habe, sondern die Gesellschaft, unsere Wirtschaftsform, die diesen Militärapparat nötig hat.

In diesem System verfügen aber einige Wenige über die Macht, Kriege vorzubereiten, wenn sie nicht gestoppt werden. Ist es nicht richtig, diese Leute als unsere Feinde zu sehen?

G.: Das sind in jedem Fall für mich Marionetten. Sie tragen jeder für sich dazu bei, erachten es auch als notwendig, so zu handeln. Sie finden das alles richtig und können das auch entsprechend verteidigen. Sie stehen hinter ihrer Politik und glauben auch nicht, daß das falsch ist. Daß das so ist, liegt am System, ist systembedingt.

Eine Friedensbewegung kann aber doch nicht erfolgreich sein, wenn sie die Feinde des Friedens nicht klar benennt?

G.: Für mich sind das erstmal Ansprechpartner.

Ansprechpartner heißt, daß sich diese Leute überzeugen lassen?

G.: Für mich stellt sich das so dar: Ich muß mit bestimmten Leuten reden, um was zu erreichen. Wenn sie nicht gerade im Einsatz ist, rede ich genau so mit der Polizei. Mit Politikern muß ich das auch tun. Nicht, daß ich hingehe und einen bestimmten Menschen angreife.

Ist es nicht eine Illusion zu glauben, daß sich die Repräsentanten der Aufrüstungspolitik durch Argumente überzeugen ließen?

A.: Weißt du, Feindbild ist für mich etwas Unnatürliches, was künstlich aufgebaut wird. Daß es tatsächlich Feinde gibt, würde ich schon akzeptieren. Zum Beispiel Kapitalisten und bestimmte Politiker. Das sind ganz einfach unsere Feinde. Feindbilder sind was künstlich Aufgebautes um berechtigte Aggressionen abzulenken gegen unschuldige Leute. Die Türken sind z. B. ein solches Feindbild.

Würdest du Ronald Reagan, F.J. Strauß oder Leonid Breschnew als deine Ansprechpartner ansehen?

G.: Wichtigster Gesprächspartner ist für mich die Bevölkerung. Mit ihr zusammen müssen wir das erreichen. Die anderen machen uns was vor, und wenn wir mit ihnen reden wird es dazu kommen, daß sie uns hintergehen, uns betrügen oder unsere Argumente für sich umdrehen.

Ja, ist es jetzt falsch wenn wir sagen, daß diese Leute Feinde des Friedens sind?

G.: Frieden ist natürlich ein sehr allgemeiner Begriff. Diese Leute sind auf jeden Fall nicht fähig zu Frieden, wie wir ihn verstehen, oder wie sie angeben, ihn zu verstehen. Zum Beispiel der Unternehmer, der Waffen produziert, ist ja nicht unbedingt der Schuldige für den Krieg, sondern das zu produzieren ist einfach notwendig für ihn. Er hat sich das sicher nicht mal überlegt, weil er einfach hineingeboren ist in dieses System. Von daher findet er das, was er macht richtig. Ich will ihn damit nicht entschuldigen, sondern ausdrücken, daß es am System liegt. Wenn sich das System ändert, ändert sich auch das mit dem Militarismus.

Deiner Meinung nach heißt das dann aber auch, daß die Verantwortlichen für dieses System entmachtet werden müssen?

G.: Die müßten entmachtet werden, das wäre dann auch das andere System.

Dazu gehört aber auch, daß man sagt: Die müssen weg, die dürfen nicht mehr länger an der Macht sein? Also Feindbild und Gewalt?

G.: Auf welche Weise sie entmachtet werden, das wird sich dann finden. Das entscheidet die Bevölkerung. Am wenigsten bin ich halt für „Ex".

Was ist das?

G.: Im Krankenhaus sagt man „Ex" für Leute, die tot sind. Der Grad des Widerstandes wird sich daran messen, wie vorher die Herrschenden regiert haben.

Was hat dich bei dieser Aktion am meisten beeindruckt?

G.: Mich hat überzeugt, daß der gewaltfreie Widerstand eine sehr militante Ausdrucksform haben kann. Das sieht man daran, wie militant die Öffentlichkeit diesen Widerstand hier schon empfindet. Noch weiter gehen zu wollen oder zu gehen, wäre wohl falsch. Damit könnten wir die Öffentlichkeit jetzt nicht erreichen.

Was fandet ihr schlecht?

A.: Das System, wie hier Entscheidungen getroffen werden, ist sehr langwierig. Man kann Sachen kaum vorbereiten. Morgen hätte z. B. eine Demo stattfinden können mit der Bevölkerung. Das hat aber bis heute gebraucht, um zu entscheiden, daß die Bevölkerung eingeladen werden soll, und jetzt ist natürlich keine Zeit mehr die Leute einzuladen, eine Anzeige in die Zeitung zu setzen.

G.: Das liegt aber nicht am Bezugsgruppensystem, sondern daran, daß wir das noch nicht können, daß wir das erst lernen müssen. Wir sind es gewohnt, in Diskussionen Mehrheitsentscheidungen zu fällen. Dann ordnen sich die Leute ganz einfach unter. Hier werden die Leute gefragt, ob sie sich auch unterordnen können, wenn eine bestimmte Entscheidung getroffen wird.

Vielen Dank. Wir wünschen euch noch viel Erfolg und vor allem noch ein besseres Wetter.



Hat der dritte Weltkrieg schon begonnen?

Mit diesem Titel ist das zentrale Flugblatt der KPD zu den diesjährigen Antikriegstagsaktivitäten — die sich ja wohl, örtlich unterschiedlich, über den ganzen September verteilen werden — versehen.

Darin wird vor allem der Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau dargestellt und die aktuelle Kriegsgefahr behandelt. Der Überfall Israels auf den Libanon nicht als eine ferne Unruhe, sondern als einer jener Augenblicke, die zur Verschärfung und Steigerung einer weiteren Kriegsgefahr führen, ist zweiter Mittelpunkt.

Die Bonner Verwicklungen, sei es über die NATO, sei es direkt mit der Israel-Hilfe in finanzieller und politischer Hinsicht, machen die Bundesrepublik auch dieses Mal, wie schon beim britischen Überfall auf die Malvinen, zu einem Staat, der keineswegs eine neutrale Rolle spielt, sondern im Kriegsgeschehen Partei ergreift.

Neues vom „Einzeltäter"

Licht ins Dunkel um das Oktoberfest-Massaker bringen!

Im letzten „Roten Morgen" hatten wir darüber berichtet, daß mit dem Frankfurter Stefan Wagner ein erster Komplize des „Einzeltäters" Gundolf Köhler von der Wehrsportgruppe Hoffmann, der die Bombe auf dem Münchener Oktoberfest vor zwei Jahren gelegt hatte, namhaft gemacht werden konnte. Wagner ist tot und steht für weitere Aussagen nicht mehr zur Verfügung. Aber immer deutlicher wird, wie ungeheuerlich das Verhalten der Generalbundesanwaltschaft und ihres Chefs Rebmann war, der Köhler entgegen aller Anzeichen zum „Alleintäter" deklarierte und sogar Faschisten ein Alibi bescheinigte, die nie jemand hinsichtlich ihrer Tatbeteiligung befragt hatte.

In dem folgenden Beitrag geht es wiederum um das Münchener Attentat. Von welcher Bedeutung die hier aufgeführten Fakten sind, ist noch nicht voll absehbar. Aber es gilt, auf der Spur zu bleiben. Es gilt, die an einer Verschleierung der Hintergründe des Attentats interessierten Kräfte daran zu hindern, den Mantel des Vergessens über die blutigste faschistische Gewalttat seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zu decken.

Da wäre zunächst eine Zeitungsmeldung aus der „Welt" vom 14./15. August. Sie ist überschrieben: „Zweifel an der Alleintäterschaft Köhlers". In ihr wird ein Argument behandelt, das mit zur Stützung der Einzeltäter-These herangezogen wurde: Eine Untersuchung durch das Landeskriminalamt im Keller des Elternhauses Köhlers in Donaueschingen soll Materialspuren zutage gebracht haben, die den Materialspuren entsprechen, die die Polizei am Tatort in München festgestellt hat. Ein neues Gutachten, das von Köhlers Familie in Auftrag gegeben wurde, widerspricht dem: es besagt, daß das LKA-Gutachten nicht nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen erstellt worden sei. Inzwischen, so die zitierte Zeitung, hätten auch Polizeiexperten Zweifel an dem ursprünglichen Untersuchungsergebnis geäußert. **Die Vermutung liege nahe, daß die Bombe woanders gefertigt wurde und Köhler doch Komplizen gehabt habe.**

In dieser Angelegenheit muß eine schnelle und eingehende Stellungnahme der Behörden erfolgen. Die Untersuchungen müssen weitergeführt werden!

Nun aber zu einem anderen, sehr interessanten Fall. Es geht um einen vor kurzem zu Ende gegangenen Prozeß gegen einen Düsseldorfer Neonazi namens Dissberger. Was er mit dem Anschlag zu tun hat? — Das eben ist noch nicht bis ins letzte klar. Und Dissberger hat einen fixen Rechtsanwalt, der eifrig auf der Suche nach „Beleidigungen" gegen seinen Mandanten ist, die er dann strafrechtlich zu verfolgen trachtet.

Der Fall Dissberger

Deshalb lassen wir in diesem Fall zuerst einmal die Staatsschutzbehörden sprechen. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1980 heißt es unter dem Stichwort „Münchener Bombenanschlag und Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)" abschließend:

„Am 7. Oktober 1980 beschlagnahmte die Polizei bei einem Düsseldorfer eine Kiste mit etwa 150 Schuß Munition. Sie war von einem 26jährigen Kaufmann aus Düsseldorf nach dem Münchener Oktoberfest-Anschlag (26. September) bei ihm abgestellt worden. Der Besitzer hatte die Auslagerung angezeigt, weil sich der Kaufmann, der einen Handel mit ausgemusterten militärischen Ausrüstungsgegenständen und militärischen Fachbüchern betreibt, ihm gegenüber enger Kontakte zur verbotenen WSG gerühmt hatte. Bei der anschließenden Durchsuchung mehrerer Wohnungen im Raum Düsseldorf fand die Polizei weitere Munition unterschiedlichen Kalibers, Magazine für Schnellfeuerwaffen, Sprengmittel und militärische Fachliteratur. **Bei dem Kaufmann sichergestellte Unterlagen weisen eindeutig auf Verbindungen zur WSG hin.**"

Soweit also der Verfassungsschutz.

Uber den Verlauf des Verfahrens gegen Dissberger, in dem es erst im Juni/Juli dieses Jahres zum Prozeß vor einem Düsseldorfer Schöffengericht kam, hieß es dann in einem WAZ-Artikel vom 8. Juni unter anderem:

„Von einem (...) Zeugen, dem Düsseldorfer Gerd Sch. (Gerd Scherwinski, bei dem Dissberger seine Waffen unterstellte — RM), hatte die Polizei erfahren, daß Dissberger der rechtsgerichteten Wiking-Jugend angehörte und möglicherweise Kontakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann habe.

Diese Vermutungen bestätigten sich gestern allerdings noch nicht. Verteidiger Dr. Hinze drängte darauf, jegliche politischen Aspekte aus diesem Prozeß herauszuhalten. **Eine Düsseldorfer Strafkammer hatte bereits das Verfahren an das Schöffengericht weitergeleitet, da sich ihrer Ansicht nach keine Anhaltspunkte für politische Hintergründe bei den Ermittlungen ergeben hatten und eine mögliche Strafe nicht über die Kompetenzen eines Schöffengerichts hinausgehen werde.**"

Und so, wie es besagte Strafkammer wünschte, lief es dann auch. — Aber halt mal. „Keine Anhaltspunkte für politische Hintergründe"? Das ist mal wieder ein Ruhmesblatt für die westdeutsche Justiz!

Um das zu verdeutlichen, muß man etwas weiter zurückgreifen.

Zunächst: Wie kam es eigentlich zu den Hausdurchsuchungen bei Dissberger? Daß einer Neonazi ist, reicht ja bekanntlich für ein polizeiliches Eingreifen bei uns nicht aus.

Nun, Dissberger ist Waffenhändler. Im September 1980 fielen Postangestellten in Düsseldorf und Pforzheim aus beschädigten Paketen Handgranaten entgegen. Diese enthielten zum Teil noch hochexplosiven Sprengstoff. Die Polizei wurde sofort informiert, ließ sich aber noch mehr als einen Monat Zeit, bevor sie beim Absender die Hausdurchsuchung durchführte. Von Maßnahmen gegen die als Empfänger vorgesehenen Personen wurde nichts bekannt.

Bei Dissberger fand man ein riesiges Waffenarsenal. Darunter Zeitungsmeldungen zufolge (z.B. „Rheinische Post" vom 10.10.81) auch Bundeswehr-Munition, die nicht frei verkäuflich ist. Daraus ergibt sich der Verdacht auf Diebstahl und/oder Hehlerei, sowie die Möglichkeit von Verbindungen zu Waffenbeschaffern in der Bundeswehr. Diesem Verdacht ist offenbar jedoch keine staatliche Stelle nachgegangen.

Besonders interessant aber ist ein anderer Fund: sieben Granatwerfergranaten, ein Teil davon scharf.

Beim Oktoberfest-Anschlag wurde eine Granatwerfergranate verwendet...

Interessant außerdem: Eine bei Dissberger gefundene Einladung. Nach Schloß Ermreuth zur Wehrsportübung am Wochenende. Unterzeichner: Karl-Heinz Hoffmann persönlich...

Hoffmanns Telefonnummer fand sich auch in einem Notizbuch Dissbergers.

Keine Anhaltspunkte für politische Hintergründe? So wenig Anhaltspunkte, wie es nach dem Wies'n-Attentat für eine Beteiligung der Hoffmann-Truppe gab, der der zufällig selbst getötete Attentäter angehörte...

Also gab es keine Schritte mehr, die ja nicht vorhandenen politischen Hintergründe aufzuklären.

So kam es dann jetzt zum Prozeß vor dem Schöffengericht. Das Urteil: ein Jahr Gefängnis wegen Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz. Weil er zwei Pistolen besaß und wegen 750 Gramm Zellulosetreibstoff-Ladungspulver, mindestens einem Zünder mit hochexplosivem TNT, sowie den Resten von Sprengstoff in den Granatenhülsen. **Die Haftstrafe wurde für vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt.**

Dissberger ist also ein freier Mann. Sein beim Gewerbeaufsichtsamt angemeldeter „Versand-Handel für militärische Fachbücher und Ausrüstungsgegenstände" bleibt unbehelligt.



Antifaschistische Demonstration in Düsseldorf. Gegen die faschistischen Banden und Parteien muß noch viel mehr Druck gemacht werden. Wer sich hier auf den Staat verläßt, ist absolut verlassen.

Die Düsseldorfer Antifaschisten und nicht nur sie, werden sich weiter um diesen Herrn zu kümmern haben.

Ebenso wohl um seinen Anwalt Rolf Hinze aus dem Büro Hinze, Runkel, Schmidt und Scholzen in der Düsseldorfer Kleverstr. 80. Hinze trat im Prozeß, dem er, wie schon erwähnt, jeglichen politischen Charakter nehmen wollte, als „Waffenexperte" auf, der sich in solchen Verfahren auskenne. Er handelte sich allerdings einen Tadel von der Richterin ein, die sich darüber mokierte, wie ein Waffenexperte wohl dazu komme, von funktionstüchtigen Pistolen zu behaupten, sie seien keine Waffen im Sinne des Waffengesetzes.

Und die Düsseldorfer Antifaschisten kümmern sich auch darum. Besonders die, die das antifaschistische Nachrichtenblatt „Alarm" herausgeben. Sie haben die meisten Informationen zusammengetragen auf die sich dieser Artikel stützt. (Kontakt: BiBaBuZe-Buchladen, Konkordiastr. 81, 4000 Düsseldorf 1.)

Der Fall Dissberger unterstreicht noch einmal deutlich — ganz abgesehen von der lächerlichen Strafe — die Leichtfertigkeit der Strafverfolgungsbehörden beim Umgang mit den Neonazi-Verbrechern. Es gibt einen Einblick in die Methoden, mit denen eine Aufklärung des Oktoberfest-Attentats verhindert werden soll. Er beweist die Notwendigkeit für alle Antifaschisten, selbst aktiv zu werden und kein Vertrauen in die Gutwilligkeit des Staates zu setzen.

Wehrsportgruppe „Germania"

HANNOVER. — In Seelze bei Hannover gibt es eine von Neonazis geführte Wehrsportgruppe. Und das bereits seit über zehn Jahren. Sie ist sozusagen „polizeibekannt" — eine sehr enge Verbundenheit scheint zwischen dem Anführer der WSG und führenden Polizisten des Staatsschutzes zu bestehen.

In diesen Tagen gab es einen Prozeß egen den WSG-Führer, der weitere Einblicke in die militante Nazi-Szene und ihr Verhältnis zu den Staatsorganen gab.

Es war ein Prozeß in zweiter Instanz wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz — die Truppe machte ihre Übungen in Uniform. Zu ihrer Kampfbekleidung gehört auch ein Barett mit Totenkopf-Abzeichen, so eine, wie es die Hitler-SS trug. Aber diese Einzelheit interessierte das Gericht eigentlich gar nicht.

Bevor wir weiter auf diesen Prozeß eingehen, ein Blick auf die Geschichte dieser WSG:

Sie wurde vor etwa zwölf Jahren von Gymnasiasten gegründet. Ihr Führer ist ein gewisser Jörg Haushälter. Dieser stand erstmals 1979 wegen Einbruchs und Körperverletzung vor Gericht, erhielt aber nur eine geringe Geldstrafe.

Im Oktober 1980 wurde Haushälters Truppe von einem Landwirt angezeigt, der von ihr bedroht wurde. Aber die Ermittlungen wurden eingestellt — wegen „Geringfügigkeit".

Unter Beobachtung durch die Staatsschutz-Abteilung der Kripo Hannover steht die WSG Germania seit 1976. Zu Maßnahmen gegen sie kam es nie, wohl aber zu einer Reihe persönlicher Gespräche zwischen Staatsschutz-Hauptkommissar Karl-Heinz Seim und Haushälter. Daß das für Haushälter eher eine Ermutigung war, liegt auf der Hand. So hatte die WSG auch nichts zu befürchten, als sich die Polizei aufgrund von mehreren Beschwerden aus der Bevölkerung zur Aufnahme von „Untersuchungen" gezwungen sah. Diese Untersuchungen leitete Seim, und ihm reichte die Zusicherung Haushälters, die WSG sei unpolitisch und widme sich nur dem Ideal der „Manneszucht".

Daß es hier nicht um Politik, schon gar nicht um faschistische Politik, gegangen sei, wollte auch Hauptkommissar Horst-Werner Körner der Öffentlichkeit weismachen. Nach einer Vernehmung Haushälters in dem Verfahren wegen verbotenen Uniformtragens erklärte er: „Ich habe keine Anhaltspunkte für Neonazismus bei ihm gefunden. Er hängt nur dem Wehrsport an." Die Polizei gab Haushälter auch gute Tips. So etwa den, die Odalsrune — Erkennungszeichen zahlreicher terroristischer Nazi-Banden — gegen eine andere auszutauschen. Der SS-Totenkopf schien den Staatsschutz-Beamten einen ähnlichen Tip nicht wert.

Damit kommen wir zum Prozeß zurück, denn die folgende Darstellungen wurden im Rahmen der Verhandlungen gemacht.

Hausleiter präsentierte sich selbstbewußt als Leiter einer „unpolitischen" Gruppe, die eben aufgrund ihres Charakters wegen des Uniformtragens nicht zu belangen sei — denn es sei eben keine politisch motivierte Uniformierung gewesen. Auch einige der Gruppenmitglieder erschienen als Zeugen vor Gericht. So wurde aktenkundig, daß in der WSG über die Jahre hinweg immer wieder 13- und 14jährige Jungen herangezogen wurden und in seinem Sinne ausgebildet.

Woher er denn seine Uniformen bezogen habe, wollte das Gericht wissen. Haushälter: „Dafür gibt es doch Spezialgeschäfte." — „Wen rüsten solche Geschäfte aus?" — „Solche Gruppen wie uns." (Man vergleiche den oben geschilderten Fall des Herrn Dissberger, der einen solchen Handel betreibt!)

Mitglieder der WSG Germania sind auf Fotos zu sehen, die dem Gericht vorlagen: Sie zeigen einen Überfall von NPD-Schlägern auf antifaschistische Demonstranten. „Zufall", meinte Haushälter. Damit habe man nichts zu tun. Schließlich habe er selbst ein Mitgliedsbuch der Jungen Union.

Daß Haushälter eine Wand seines Zimmers mit einem Hakenkreuz verziert hat, war für das Gericht nicht von Interesse. Ebensowenig wie der besagte Totenkopf. Und auch der Hinweis eines Beamten, der mit Haushälter zusammen eine Zeitlang beim Bundesgrenzschutz beschäftigt war, der WSG-Führer sei ihm durch nazistische Äußerungen aufgefallen und habe ein NSDAP-Abzeichen unter dem Revers getragen, fand keine große Beachtung. Dann allerdings machte Haushälter einen Fehler. Seine Gruppe, so sagte er aus, sei der Wehrsportgruppe Hoffmann „artverwandt". Und die auch noch als unpolitisch durchgehen zu lassen, dazu hatte das Gericht denn doch nicht die Stirn. Es kam zu dem Schluß, es gebe doch eine politische Motivation für das Uniformtragen. Das Urteil: 1050 Mark Geldstrafe. Die Bestätigung eines Urteils der ersten Instanz.

Eigentlich ist das nur der Verweis: Macht ruhig weiter, aber doch bitte nicht so auffällig uniformiert. Daß eure Ziele der einer verbotenen Nazi-Bande „artverwandt" sind — Gott, wen kümmert das? Die Staatsanwaltschaft bestätigte, daß es gegen Haushälter und seine WSG wegen anderer Delikte keine Anklage geben werde.

Atomkraftgegner sollen Polizeieinsatz bezahlen

Gorleben. — Die Kosten für die polizeiliche Räumung des Bohrplatzes 1004 bei Gorleben am 4. Juni 1980 sollen zum Teil auf Besetzer abgewälzt werden, deren Personalien die Polizei festgestellt hatte. Davon betroffen sind 41 Personen. Der ihnen auferlegte „Kostenanteil" an den angeblich 2,5 Millionen Mark Gesamtkosten beträgt je 1000 DM — er ergibt sich nach Angaben des Sprechers der Bezirksregierung Lüneburg, Kuchar, aus der Teilung von 2,5 Millionen durch 2500 anwesende Besetzer. Jeder habe also nur seinen eigenen Anteil zu tragen, verkündete Kuchar und tat so, als sei dies eine geradezu menschenfreundliche Maßnahme.

In Wahrheit ist dies nicht anderes als eine Abschreckungsmaßnahme. Man soll sich vor jeder Demonstration überlegen müssen, ob es dabei eventuell zum Eingreifen von Polizisten kommen kann, die man dann auch noch bezahlen müßte. Dabei war der Protest der Besetzer noch absolut friedlich. Kuchar wies darauf hin, daß es auch noch weitergehende Möglichkeiten gegen die Besetzer gegeben hätte: „Nach den Regeln über die gesamtschuldnerische Haftung wäre es an sich möglich, den Gesamtbetrag der Kosten von jedem einzelnen Bohrplatzbesetzer zu fordern". Und das steht auch als Drohung weiterhin im Raum. Kuchar hatte dabei sicher nicht zuletzt die Protestaktionen am ersten September-Wochenende im Auge, zu denen 20000 Menschen in Gorleben erwartet werden, obwohl er diesen Verdacht selbst weit von sich wies.

Die von den Kostenbescheiden Betroffenen müssen bis Ende August Stellung nehmen, die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg bemüht sich um gemeinsame Absprache und gemeinsames Vorgehen. Fest steht: Der Widerstand gegen das Atomprogramm muß weitergehen, in Gorleben und anderswo. Und das Recht auf Demonstration und Widerstand muß in allen Bereichen verteidigt und durchgesetzt werden.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Verwundert

Liebe Genossen,

ich muß mich ja sehr wundern. Offenbar weiß bei euch die eine Hand nicht, was die andere tut; ich hatte in einem Brief an euch den Begriff Neofaschismus kritisiert, und ihr gabt mir in eurer Antwort an mich recht in meiner Kritik und bezeichnet die Verwendung des Begriffs als Ausrutscher in einem Artikel.

Als ich nun aus dem Urlaub zurückgekommen bin, habe ich die daliegenden Nummern des „Roten Morgen" durchgelesen und siehe da, der Begriff Neofaschismus oder ähnliche tauchten in verschiedenen anderen Artikeln wieder auf. Wie ihr euch vorstellen könnt, bin ich jetzt am Grübeln.

Vielen Dank für euren Antwortbrief, der so prompt da war, ich habe mich sehr darüber gefreut. Inhaltlich bin ich damit einverstanden, auf den Artikel über Richard Wagner im „Roten Morgen" bin ich gespannt.

Ein Leser aus Berlin

Jüdisches Volk?

Liebe Genossen,

im folgenden habe ich zwei Anfragen:

Gründung des Staates Israel: Im RM 27/82 zitiert ihr die Position des sowjetischen Vertreters in der UNO (damals der heutige Außenminister Gromyko).

Dieser führte aus, daß „kein westeuropäisches Land imstande gewesen ist, die elemtaren **Rechte des jüdischen Volkes** zu verteidigen..."

Aus der damaligen Situation der Juden, die in ganz Europa von den Hitler-Faschisten verfolgt und ermordet wurden, scheinen auch mir die Ausführungen und Zitate des Artikels verständlich. Insofern auch nichts gegen die Kompromißbereitschaft der Sowjetunion. Trotzdem ist es eine wesentliche Frage, **ob man überhaupt von der Existenz des jüdischen Volkes sprechen kann. Spricht man davon, muß man auch das Recht auf ein eigenes staatliches Territorium bejahen.** Als Marxisten sollten wir jedoch nicht von der Existenz eines jüdischen Volkes im Sinne des Begriffes Nation sprechen.

Im RM 12/78, auch damals ging es um zionistische Überfälle auf den Libanon, hattet ihr ausdrücklich begründet, warum man nicht von einem jüdischen Volk oder der jüdischen Rasse sprechen kann. Außer dem jüdischen Glauben gibt es faktisch keine Gemeinsamkeit der deutschen, russischen, polnischen... Juden. Die Gründung eines jüdischen Staates war nie gerechtfertigt und schon gar nicht auf dem Rücken anderer Völker.

Ein Lebensrecht der Juden in Palästina zu bejahen, darf nicht bedeuten, im Nachhinein das Recht auf einen eigenen Staat zu rechtfertigen.

Bitte nehmt nochmals dazu Stellung, warum ihr die Position von 1978 heute nicht mehr in der damaligen Eindeutigkeit vertretet.

Zum AEG-Artikel: Dieser Artikel ist sehr gut, und es würde sich lohnen, die Artikelserie in einem gesonderten RM-Flugblatt abzudrukken, wie das schon früher bei wichtigen Artikeln gemacht wurde. Wir könnten den Artikel dann auch besser einsetzen. Ansonsten müßte er von uns kopiert und zusammengeheftet werden.

Ein Leser aus Tübingen

Debattiert oder nicht?

Betrifft den Artikel im „Roten Morgen" Nr. 32 „Der antijüdische Teufelspakt".

Liebe Genossen,

im besagten Artikel schreibt ihr, in der vierten Spalte links unten, die Lage der deutschen Juden sei beim 18. Zionistischen Kongreß nicht auf der Tagesordnung gewesen.

Dem widerspricht, was im Buch „Die Zionisten und Nazi-Deutschland" von Faris Yahya (vom Palestine Research Centre) auf Seite 18 steht. Ich bitte euch das zu kontrollieren und gegebenenfalls zu berichtigen.

Ein Leser aus Berlin

Die Redaktion dazu:

Das stimmt. Der Artikel von uns muß tatsächlich insoweit korrigiert werden, als die Lage der Juden auf der Tagesordnung stand. Politisch beurteilt allerdings, sieht das so aus, daß diese Behandlung gar nichts einbrachte, denn jegliche Boykottmaßnahme (um die es damals ging) wurde rundweg abgelehnt.

Bilder von der Palästina-Libanon- Solidaritätsdemonstration in Frankfurt



Der Block der KPD auf der Demonstration, der von einem Transparent der KJD angeführt wurde.



Die Unterstützung der USA und der BRD für Israels Aggression wurde immer wieder kritisiert.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Gescheiterter Kurzarbeits-Überfall

Leserbericht aus Tübingen

Das Ziel der Geschäftsleitung bei Zanker, die Kollegen einfach nach Hause zu schicken, Kurzarbeit anzumelden und so den Betrieb auf kaltem Weg zu schließen, ist erstmal gescheitert.

Am Dienstag wurden die Kollegen brutal unter Druck gesetzt. „Wenn ihr gegen Kurzarbeit seid, bekommt ihr gar kein Geld im August", ließen Agenten der Geschäftsleitung (so ein Mitglied des Aktionskomitees) in der Belegschaft verbreiten. Nach langen Auseinandersetzungen im Betriebsrat und auf Druck des Zanker-Aktionskomitees verweigerte der Betriebsrat die Zustimmung zur Kurzarbeit.

Kurzarbeit käme einer Betriebsschließung gleich und würde zudem noch das zu erwartende zukünftige Arbeitslosengeld der Kollegen zusammenschrumpfen lassen.

Die August-Löhne werden wahrscheinlich nicht ausbezahlt, noch immer aber kann es sich diese Woche die Firma Zanker leisten, in der Zeitschrift „Stern" eine Annonce für 30000 Mark abzudrucken.

Übrigens hatte die Firma bei Anmeldung der Kurzarbeit noch keine Stellungnahme des Betriebsrates. Daraufhin verlangte das Arbeitsamt von der Verwaltungsstelle der IGM eine Zustimmung, völlig hirnverbrannt, weil die dafür niemals zuständig sein kann, ebenso wurde von der örtlichen IGM verlangt, sie solle den Tarifvertrag außer Kraft setzen.

Jetzt kommt es darauf an, daß der Kampf um jeden Arbeitsplatz offensiv geführt wird. Die IGM verspricht den Kollegen zwar Rückendeckung für eine eventuelle Betriebsbesetzung, tut aber nichts dafür. Das Aktionskomitee ist die einzig organisierte Kraft, die die Kollegen für konsequente Maßnahmen mobilisiert.

Außerhalb des Betriebs sorgt das Bürgerkomitee für Solidarität mit der Zanker-Belegschaft: Stände, Aufkleber, Diskussionen vor dem Betrieb und Organisierung der Bürgerversammlung am Dienstag. Zu dieser Bürgerversammlung haben IGM, Aktionskomitee Zanker und Bürgeriniative eingeladen.

Und was tut die IGM?

Liebe Genossen,

gestern wurde bei Zanker gestreikt. Nach der Eröffnung des Vergleichsverfahrens sind die August-Löhne in Gefahr. Ob es zu größeren Kampfaktionen kommen kann, ist ungewiß. Heute wurden die meisten Kollegen bis Dienstag heimgeschickt, es wurde Kurzarbeit erklärt (siehe auch nebenstehenden — späteren — Leserbrief, RM) obwohl von einer Zustimmung des Betriebsrates nichts bekannt ist.

Heute haben mehrere Kollegen eine Besetzung des Betriebes gefordert, 40 Kollegen gingen trotz Aufforderung nicht nach Hause. Die örtliche IGM-Verwaltung sprach im Juli vom „Paukenschlag nach dem Sommerloch" — dieser blieb bis heute aus. Noch am Montag hüllten sich die örtlichen Funktionäre in Schweigen, so daß sogar die Freunde von der DKP leise Kritik wagten.

Gestern aber stellt sich Steinkühler (bei der Betriebsversammlung) hin und schimpft, man hätte früher kämpfen sollen. Da soll er sich doch selbst an die Nase fassen! Tatsache ist, daß die IGM bis heute keine klaren Aussagen hat, wie der Kampf zu führen ist. Auch Vorschläge von Vertrauensleuten, eine große AEG-Demonstration zu organisieren, werden nicht aufgenommen. Das ist Verrat — da kann Steinkühler noch so radikal reden.

Ohne eine starke, kämpferische IGM im Rücken ist auch das betriebliche Aktionskomitee hilflos, obwohl von den Mitgliedern des Komitees die besten Anstöße für einen konsequenten Kampf gekommen waren.

Ein Leser aus Tübingen

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Betriebsversammlung Brunnenstraße

Leserbericht aus Berlin

Heute, am 18. August, war in der Brunnenstraße Betriebsversammlung. 2500 Arbeiter und Angestellte versammelten sich auf dem Fabrikhof. Eigentlich sollte Herr Dürr kommen, aber der hatte es dann doch vorgezogen, im sicheren Frankfurt zu bleiben. Dafür schickte er Herrn Dr. Stelter aus dem Vorstand des Anlagenbereichs. Der sieht zwar sonst nicht schlecht aus, aber auf der Betriebsversammlung war das anders. Er drosch die alten abgestandenen Sätze, daß die AEG ab 1984 wieder in der Gewinnzone arbeitet. Daß man sich von einigen unrentablen Produktionen wird trennen müssen, aber daß die AEG dann wieder ein ganz gesunder Betrieb sei. Und im übrigen könne er nichts genaues über die Zukunft der AEG-Brunnenstraße sagen, weil ihm das Betriebsverfassungsgesetz das verbiete. Dazu muß man wissen, daß in der Brunnenstraße mit insgesamt 2300 Beschäftigten dichtgemacht werden soll.

Das hat den Kollegen nun gar nicht gefallen und sie ließen ihrem Unmut freien Lauf. Auch am Mikrofon. Da kamen dann solche Sprüche wie: „Wem kann man denn hier noch trauen?" oder: „Hier wird viel erzählt, aber nichts gesagt" oder, daß es ja das Gesetz auch verböte, daß Bilanzen frisiert werden, um höhere Vorstandsgelder zu beziehen, wie es bei Olympia passiert ist. Wer hat sich denn da ans Gesetz gehalten?

Als dann der Herr Dr. Stelter zu seiner Abschlußrede ansetzte und auf Verständnis mimte, nahm ihm das keiner mehr ab. Nur der Unmut nahm zu, so daß er beinahe das Handtuch geworfen hätte.

Zum Abschluß noch eine gute Sache: Beiligender Brief an Bundeskanzler Schmidt wurde auf der Betriebsversammlung verlesen und unter lebhaftem Beifall verabschiedet. Der Brief ging noch am selben Tag per Fernschreiber an den Bundeskanzler ab.

Mit revolutionären Grüßen
Ein Genosse der
AEG Brunnenstraße

Den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland,
Herrn Helmut Schmidt

Betr.: Arbeitsplatzvernichtung bei AEG

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Die auf der Betriebsversammlung der AEG-Brunnenstraße am 18.8. anwesenden Beschäftigten von AEG-Telefunken sind beunruhigt und voller Sorge um ihre Arbeitsplätze.

Mit jedem Tag mehren sich die Anzeichen eines drohenden Konkurses.

Ein schlüssiges Konzept zur Sanierung und Gesundung des Konzerns existiert nicht.

Die verantwortlichen Herren im Vorstand wollen oder können ein solches Konzept nicht vorlegen. Solch eine Führung können wir nicht gebrauchen.

Die Bundesregierung kann sich nicht länger aus der Verantwortung stehlen. Wir fordern die Bundesregierung auf, den AEG-Konzern in irgendeiner Art und Weise zu übernehmen und die für die Krise des Konzerns Verantwortlichen von ihren Posten zu entfernen.

AEG-Telefunken
Betriebsrat
Betriebsstätte Brunnenstraße,
beauftragt durch die Betriebsversammlung

RM-Erzählwettbewerb

Er geht noch weiter, unser Erzählwettbewerb zum Pressefest! Wer hat noch etwas zu erzählen? Wer hat noch Lust, dabei eventuell eine Spiegelreflexkamera zu gewinnen? Oder einen Kassettenrecorder? Oder ein Buch? Schreiben, schreiben, schreiben! Doch Eile ist geboten: Am 1. September ist offizieller Einsendeschluß. Wir werden uns allerdings bemühen, auch später eingegangene Zuschriften bei der Preisverleihung zu berücksichtigen, können bei diesen jedoch für nichts mehr garantieren. Aber schließlich: Schreiben für den „Roten Morgen" lohnt sich immer. Jeder hat doch sehen können, daß die Beiträge im Rahmen des Wettbewerbs eine Bereicherung für unsere Zeitung sind.

Die Erzählung, die wir diesmal abdrucken, ist wieder einmal besonders „bombig"...


RM-Erzählwettbewerb

DIE BOMBENDROHUNG

oder: Gut verdient!


Höhepunkt der Terroristenhysterie im „Deutschen Herbst" 1977

Es war das Jahr vor den sogenannten Stammheimer Selbstmorden, das Jahr der Terroristenhysterie — und es war Sommer. Wir saßen im Schreibsaal und klapperten auf den Maschinen. Die brütende Hitze machte uns schon am Vormittag zu schaffen. Noch zwei Stunden bis Mittag, wir freuten uns auf ein Eis.

Bis zur Pause brauchten wir nicht mehr zu warten. Gegen 10.00 Uhr kam der Abteilungsleiter und forderte uns auf, das Bürogebäude „umgehend und ohne Überhastung" zu verlassen. Terroristen hätten angerufen und mitgeteilt, eine Bombe sei im Haus, sie würde, falls nicht geräumt wird, um 11.00 Uhr gezündet. Um 15.00 Uhr sollten wir uns wieder einfinden.

„Umgehend" verließen wir das Büro, aber mit „ohne Überhastung" war nichts. Jeder begab sich eiligst zum Treppen-Ausgang, immerhin saßen wir in der siebten Etage. Obwohl extra die Aufforderung ergangen war, die Fahrstühle in Gefahrensituationen nicht zu benutzen, mißachteten dies viele Kollegen. Insbesondere die Vorgesetzten, sie wollten als erste aus dem Haus. Ihnen, die sonst bei jeder Gelegenheit die Überlegenheit in Person hervorkehrten, war nun das Herz in die Hosen gerutscht. Ich werde ein Bild nie vergessen: In den schon voll gestopften Fahrstuhl zwängte sich noch, aufgeregt, mit schweißnassem, hochrotem Kopf und schlotternden Knien der Personalleiter, aufatmend, als endlich die Tür des Fahrstuhls zugeht und dieser sich nach unten in Bewegung setzt.

Wir, das heißt ca. 250 Kollegen, strömten fast alle in die nahe gelegene Fußgängerzone. Imbißstuben, Gaststätten und ein Eiscafe hatten bei der Hitze Stühle und Tische draußen aufgestellt. Wir aßen und tranken, spielten Skat, klönten oder taten andere Dinge. Einige Kollegen benutzten die Zeit zum Einkaufen. Wenige Übereifrige hatten sich Taschenrechner und Akten mitgenommen, und am Nebentisch diktierte doch tatsächlich ein besonders Emsiger — oder war es ein Wichtigtuer? — seine Korrespondenz. Der schlotternde Personalleiter hatte sich in die inneren Gefilde einer Gaststätte zurückgezogen.

So saßen wir da nun bis in den Nachmittag gemütlich in der Sonner. Wir hatten ab 15.30 Uhr gleitende Arbeitszeit und nur wenige Kollegen gingen wieder in den Betrieb zurück. Der Tag war für uns gelaufen.

Natürlich war am nächsten Tag die Bombendrohung das Gesprächsthema Nummer 1. Gefunden hatte man bei der Durchsuchung des Gebäudes nichts. Es gab keine Bombe. Aber solange dies noch nicht feststand, konnte es sich die Geschäftsleitung auch nicht erlauben, die Arbeiter und Angestellten in den Räumen zu lassen.

Bald war der Vorfall vergessen. Doch cirka 14 Tage später wurde erneut Bombenalarm gegeben. Wieder saßen wir den ganzen Tag in der Sonne und ließen uns bei hochsommerlichen Temperaturen Eis und Getränke schmecken. Die Abteilungsleiter durften sogar pro Person 3 Mark abrechnen. Auch bei der zweiten Bombendrohung wurde wieder keine Bombe gefunden. Dafür gab es ein Rundschreiben an alle Mitarbeiter mit Maßnahmen, die „sofort und bei weiteren Bombendrohungen" zu beachten waren: Es mußte künftig stets beim Pförtner der Betriebsausweis vorgelegt werden, Besucher kamen nur noch mit einem Laufzettel in den Betrieb, bestimmte Eingänge waren nur zu festgesetzten Zeiten geöffnet. Die Tiefgarage wurde durch einen Garagenwärter besetzt, die Telefonzentrale mit einem Aufnahmegerät ausgerüstet, der Wortlaut der telefonischen Bombendrohung sollte schriftlich festgehalten werden. In jeder Etage wurde ein Sicherheitsbeauftragter benannt, der im Falle eines Falles Anweisungen und Informationen erhielt und weitergeben sollte. Da hieß es in dem Rundschreiben: „Sofern Sie an Ihrem Arbeitsplatz, in den Gängen, im Treppenhaus und in der Toilette einen Ihnen unbekannten Gegenstand entdecken, ist einer der Sicherheitsbeauftragten der Etage bzw. die Foyerbewachung zu unterrichten." Mir wurde die „Ehre" des Sicherheitsbeauftragten zuteil, aber leider konnte ich in meinem „Amt" nicht mehr tätig werden.

Als ich am Morgen nach dem Rundschreiben im Schreibsaal erschien, empfingen mich meine Kollegen mit: „Deine Aufgabe als Sicherheitsbeauftragte kannst du vergessen, und auch das Rundschreiben." Auf meine erstaunte Frage: „Den Terroristen haben sie schon. Der Gastwirt X. Er soll einen guten Schnitt gemacht haben."

MUSIK AUF'M PRESSEFEST

15 Jahre ROTER MORGEN — Zeitung der KPD

Samstag, 25. 9. 82, 19.00 Uhr
„Laßt Euch nicht BRDigen!"
Rock — Songs — Rocktheater — Blues

ROCK-THEATER **NACHTSCHICHT**
KOTTEN-BLUES-BAND
Rock aus HH **ELBE 1** — Bruno **ECK**

Sonntag, 26. 9. 82, 15.00 Uhr
LIEDER ZUR LAGE
Werner Worschech
Schmetterlinge aus Wien

25./26.9. DORTMUND-LÜTGENDORTMUND
Großzelt auf dem Marienbornplatz
Eintritt je DM 6,-; Doppelkarte für beide Veranstaltungen DM 10,-

AUS DEM PROGRAMM



Werner Worschech

Auf dem Abschlußkonzert am Sonntag spielt auch Werner Worschech.

Liedersänger und -macher aus Bottrop. Begann im Zuge der Studentenbewegung 1967/68 zu singen. Die eigenen Lieder setzten sich von der Tendenz her schon mit dem Ruhrgebiet auseinander. Durch mit ihm befreundete Arbeiterschriftsteller stieß er Ende 1976 auf Texte des Bergarbeiters, Streikführers und Arbeiterdichters Heinrich Kämpchen (1847 - 1912), die ihn wegen ihrer Lebendigkeit und Aktualität (Streik, Aussperrung) dazu bewegten, sie zu vertonen. Nach intensiven Recherchen der Sozialgeschichte des Ruhrgebiets machte er die LP „Kohlengräberland".

Werner Worschech singt nicht nur Altes, überhaupt singt er nicht nur. Er engagiert sich. Bei den Hausbesetzungen der alten Leute in Gelsenkirchen. Bei der versuchten Entlassung der RGO-Betriebsräte bei Hoesch. In diesen Kämpfen entstehen neue Lieder. Immer volksnah, immer ausgerichtet auf die arbeitenden Menschen.



Pegasos — das sind Tassos Xenoudakis und Jannis Kakaniaris, ein Gesangsduo aus Griechenland. Mit griechischer Folklore, Tanzliedern, Rembetiko-Musik auf der Bouzouki und politische Liedern, viele aus der Zeit der Generalsdiktatur, viele von Mikis Theodorakis, aber auch neuere.

Pegasos tritt am Sonntag auf der Freilichtbühne auf. Das ganze Programm bis zum frühen Nachmittag steht am Sonntag im Zeichen des Widerstandes gegen Ausländerfeindlichkeit, der Solidarität zwischen Deutschen und ausländischen Arbeitern und Mitbürgern. Die große Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit ist eingebettet in ein kulturelles Programm. Wir bemühen uns, Freunde vieler Nationalitäten zur Mitgestaltung des Festprogramms zu gewinnen. Zum Kulturprogramm trägt auch eine achtköpfige türkische Saz-Gruppe bei (orientalische Instrumente).

Auf der Freilichtbühne gibt es an beiden Tagen Programm. Dabei geht es oft kabarettistisch her: Mit der *Hobelbühne* aus Frankfurt. Mit *Blinkfüer* aus Hamburg. Mit dem *Zeitzünder* aus Köln. Die *Kölner Straßenmusiker* treten auf. Und viele Einzelinterpreten. Da gibt es was zu sehen und zu hören. Bei uns auf dem Pressefest, auf dem Volksfest der KPD.



Zwei Tage — und eine Nacht

Zwei Tage Pressefest, zwei Tage volles Programm — die will man doch beide mitnehmen, wenn's irgendwie geht. Stellt sich die Frage: Wo verbringt man die Nacht dazwischen? Besonders für Besucher aus größeren Entfernungen. Wir bieten Übernachtungsmöglichkeiten an; für erprobte Camper auf einem Luftmatrazenlager, für andere und besonders für die reifere Jugend in Privatquartieren im Raum Dortmund. Weil auch dies geplant sein will, bitten wir um möglichst frühzeitige Mitteilung. Wer die Möglichkeit hat, der nutze private Kontakte. Wer aber noch einen Schlafplatz benötigt — das gilt auch für die Genossen der KPD — der möge bitte den hier abgedruckten Abschnitt ausfüllen und an den Festausschuß (Redaktion RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30) einsenden.

Ich/Wir brauche(n) ☐☐☐ Schlafplatz/plätze

Name ....

Anschrift ....

Bitte nicht auf Luftmatratzen ☐ Luftmatratze geht auch ☐

Dürfen die Arbeiter streiken? In einem Land, das sozialistisch zu sein behauptet? Dürfen sie es in einem wahrhaft sozialistischen Land? Welche Rolle spielt eigentlich die Arbeiterbewegung bei den verschiedenen politischen Zielvorstellungen der Linken — diese und andere Fragen sind gestellt und werden immer wieder gestellt, wenn es um die polnischen Ereignisse geht.

Als die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei vor vier Jahren ihren Parteitag abhielt, wurde der damalige erste Sekretär, Edward Gierek, von seinen Parteigenossen und allen Delegationen der osteuropäischen Bruderparteien, einschließlich der SED, lautstark gefeiert. Nach den Streiks 1970 an die Parteiführung gekommen, von den erneuten Streiks 1976 belehrt, habe er eine völlig neue, absolut fortschrittliche Methode der gesellschaftlichen politischen Arbeit ersonnen: die demokratische Konsultation. Nichts ging in seinem Lande ohne die Arbeiter, stets würde alles mit ihnen besprochen und geklärt, das sei der Inhalt seines neuen Kurses.

Daß er die Mitsprache der Arbeiter nach 30 Jahren angeblichem Sozialismus als Neuerung feiern durfte, ist schlimm genug — für ihn und seine internationalen Fans, die sich beeilten zu versichern, seine Erfahrungen studieren zu wollen. Dazu aber kam es nicht mehr: Die August-Streiks 1980 führten zu seinem beschleunigten Abgang.

Und die polnischen Arbeiter machten sehr deutlich, daß sie eben bislang gar nichts gefragt worden waren. Nicht, was ihre Arbeitsverhältnisse betraf und auch nicht die Einkommen und Renten, nicht, was die Wirtschaftspolitik insgesamt anbelangte und schon gar nicht, was die nationale Ausverkaufspolitik Polens nach Ost und West betraf.

Die polnischen Arbeiter — mancher mag meinen, das sei eine Verallgemeinerung, eine unzulässige gar. Aber die Mitgliederzahl der Solidarność bewies eindeutig: Das waren **die** polnischen Arbeiter, das war die polnische Arbeiterklasse. Sie kümmerten sich nicht sehr um die Debatten, ob dies oder jenes dem Sozialismus zuträglich oder schädlich wäre, ob dies oder jenes sozialistisch sei oder nicht. Sie kümmerten sich darum, daß sie — endlich — ihr Arbeitsleben, ihr Leben überhaupt verbessert sehen wollten, statt ständig Rationierungen, Teuerungen und Rationalisierungen über sich ergehen zu lassen. Für die meisten von ihnen war das System, das ihnen eine ganze Generation lang als sozialistisch angepriesen wurde, ein System, in dem sie ausgebeutet und unterdrückt wurden. Das war für sie die Frage und nicht theoretische Debatten über dies und jenes.

Zur Entwicklung und Lage in Polen

„Zwei Jahre danach... und noch lange nicht vorbei"

Vor zwei Jahren, in der zweiten Augusthälfte 1980, war es eine Sensation: Die polnischen Arbeiter streikten. Von Nordpolen ausgehend, erfaßte diese Bewegung fast das ganze Land. Seitdem ist Polen, ist die Gewerkschaft Solidarność weltweit ein Thema, das im Zentrum der politischen Debatten steht, nehmen Vertreter aller politischen Richtungen Stellung zur polnischen Entwicklung. Dabei fehlt es weder an Versuchen, die polnischen Arbeiter für den „freien Westen" zu reklamieren, noch an Kampagnen zu ihrer Diffamierung als Konterrevolutionäre. Diese Debatte ist auch durch die Verkündung des Kriegsrechts im Dezember letzten Jahres nicht beendet: Denn es ist überdeutlich, daß dies nicht das Ende der Solidarność-Bewegung war, dies haben die Aktionen der letzten Tage erneut bewiesen.

Der Papst und der CIA

Aber die Machenschaften des Vatikan, des CIA gar, Reagans Kampagne — zeigt dies nicht eben doch, daß dies alles das Werk der Reaktion ist? Mit Sicherheit ist es so, daß damals (und bis heute) Westagenten in die Startlöcher gingen, nach Polen geschickt wurden und vieles andere mehr, um dies im Sinne des Westimperialismus zu beeinflussen. Aber ist dies ein Argument? Wäre dies nicht ein Argument dafür, überhaupt jede politische Aktion zu unterlassen, weil es immer jemand geben kann, dem das ins Konzept paßt, der versucht, eine Aktion für seine eigenen, fremden Ziele auszuschlachten?

Und haben denn die CIA-Aktivitäten vielleicht die Solidarność-Aktionen geprägt? Doch wohl zumindest weit weniger als die wenige Wochen vor der großen Streikwelle durchgeführten Aktionen ultrareaktionärer polnischer Chauvinisten, die von Gierek geduldet worden waren.

Und die katholische Kirche, der Vatikan? Einmal die Frage, beiseite gelassen, was denn in den langen Jahren getan wurde, um den ungeheuer starken Einfluß der katholischen Kirche in Polen zu vermindern. Es bleibt noch einiges anzuführen. Daß es auch da, wie heute in vielen anderen Ländern, Priester und Priester gibt, die, wie beispielsweise in Lateinamerika — wenn auch nicht so kraß — unterschiedliche politische Positionen vertreten. Und: daß es die Kirche war, die sich der Sorgen der Arbeiter — die in den Parteireden längst der Vergangenheit angehörten — annahm, zu welchem Zweck auch immer. Und ihnen die Möglichkeit der Organisation bot, den Vorbereitungsprozeß deckte.

Eine kapitalistische Gewerkschaft?

Prokapitalistisch sei Solidarność und eigentlich eher Partei als Gewerkschaft. So lautet die Regelpropaganda in den scheinsozialistischen Staaten Osteuropas und in der Presse der revisionistischen Parteien aller Länder.

Aber weshalb? Das damals im August 1980 verkündete Forderungsprogramm war geprägt von der tatsächlichen Situation, auch wenn sie manchem nicht gefallen mag. Und jeder, der die Forderungen damals las, konnte feststellen, daß es nahezu ausschließlich ganz normale wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter waren. Ergänzt durch solche nach Streikfreiheit und Amnestie. Und: mehr Öffentlichkeit für die Kirche, an der sich alle Gegenpropaganda aufhängt, ohne zu gewichten, Hintergründe mitzubetrachten.

Um diese Forderung schlossen sich rund zehn Millionen polnische Arbeiter zusammen und bildeten so die größte Gewerkschaft Europas. Fünf von sechs polnischen Arbeitern waren Mitglied. Weil sie besser leben wollten, unter besseren Bedingungen arbeiten, weil sie Meinungs- und Organisationsfreiheit wollten.

Was daran soll falsch sein? Gaben doch die vorher bestehenden staatlichen Gewerkschaften nach dem absoluten Aderlaß selbst zu, ihre Aufgaben als Gewerkschaften nicht erfüllt zu haben.

Das auf dem ersten Kongreß verabschiedete Wirtschaftsprogramm, das solche Elemente enthielt wie Dezentralisierung, Mitbestimmung und ähnliches, wurde dann — von allen Seiten — als die Forderung nach Einführung eines kapitalistischen Systems gewertet, das endgültig den Charakter der Solidarność entlarven würde.



Streikversammlung auf der Lenin-Werft — dies war zu Beginn das Zentrum der polnischen Streikbewegung vor zwei Jahren.

Einmal abgesehen davon, daß fast genau dieselben Reformen, wie sie hier gefordert wurden, zur selben Zeit in Ungarn durchgeführt worden und von der „Prawda" beispielsweise als richtungsweisend gefeiert wurden. Weil sie eben von oben kamen, nicht von einer Bewegung, ungefährlich.

Was ist an solchen Forderungen dran? Die bürokratische angebliche Planwirtschaft war doch für die polnischen Menschen (wie es auch hier bei uns jeder weiß, der Verwandte oder Bekannte in der DDR hat) mit Versorgungsmängeln, Rationierungskarten und privilegierten Westgeldbesitzern verbunden. Da liegt es erst einmal nahe, nach anderen Formen zu suchen, auch wenn man als Kommunist meint und weiß, daß dies kein dauerhaft gangbarer Weg ist — die allermeisten der polnischen Arbeiter sind keine Kommunisten. Was man ihnen mit ebensoviel oder ebensowenig Berechtigung zum Vorwurf machen kann, wie etwa den Arbeitern in der Bundesrepublik. Ein Vorwurf wäre dies lediglich für die Machthaber, die sich Kommunisten nennen.

Und Forderungen nach der Wahl der Betriebsdirektoren durch die Belegschaft, nach neuen Formen betrieblicher Mitbestimmung — sind die denn vielleicht falsch? Ist es unsozialistisch, seinen Direktor zu wählen und dann eben auch abzuwählen? Das kann niemand im Ernst behaupten, der wirklich für die Arbeiterklasse eintritt.

Mit Sicherheit bestehen in der polnischen Arbeiterbewegung bürgerliche Vorstellungen — aber ist dies ein Grund, eine solche Arbeitergewerkschaft als Feind zu bekämpfen, wie es die Herrschenden in Polen tun, die doch selbst bürgerliche Politik betreiben? Der Kampf gilt ja auch nicht solchen Vorstellungen, sondern allein der Tatsache, daß die Arbeiter von sich aus, ungefragt und ohne Erlaubnis zum Handeln geschritten sind.

Für wahre Kommunisten wäre dies ein Grund, mitzuarbeiten, sich dafür einzusetzen, die Kampfbereitschaft gegen die herrschenden neuen Ausbeuter in die richtige Richtung zu lenken. Wobei die Richtung Verbesserung des Lebens und Vergrößerung der politischen Rechte der Arbeiter ja nicht die falsche ist.

Und auch im Kampf gegen den Luxus der Parteibonzen kann man als Kommunist nichts Falsches finden, gegen die Leute in ihren Millionärsvillen, mit täglichem Westtrip zum Einkaufen und wie sich diese neue Klasse sonst noch ihr Leben — auf Kosten der Arbeiter — versüßt.

Streikrecht — wozu eigentlich?

Sollen die Arbeiter also das Streikrecht haben? Natürlich: Jaruzelski und Breschnew sind dagegen. Denn sie wissen nur zu genau, daß dieses Recht gegen sie und ihre Interessen benutzt werden würde. Gegen die neue herrschende bürgerliche Klasse, die sich sozialistisch tarnt.



Bergarbeiter in Kattowice nach der Verkündung des Kriegsrechts: Hier war der Widerstand am stärksten.

Ja, die Arbeiter brauchen das Streikrecht. Überall. Denn: Wer sagt, daß sich nicht auch in einem sozialistischen Land, einem wirklich sozialistischen, Bürokraten an die Spitze — beispielsweise eines Betriebes — setzen können, und ihre Position für sich ausnutzen? Dann muß, wenn es zu einer Kraftprobe kommt, selbstverständlich das Recht zum Kampf da sein. Eben damit es nicht „wieder so läuft wie immer", wovor soviele Arbeiter heute zu Recht Furcht haben.

Dagegen können nur Leute sein, die andere politische und wirtschaftliche Interessen haben als die Arbeiter. Oder solche, deren Haltung zu den Arbeitern in Wirklichkeit von Furcht vor einer eigenständig handelnden Klasse geprägt ist.

Dagegen ist natürlich auch die internationale Reaktion — die westdeutschen Banken beispielsweise waren gar nicht glücklich über die Arbeiterforderungen in Polen, weil sie ihre Geschäfte mit den polnischen Machthabern störten. Und daß Reagan und Strauß und Co. alles ausnützen, was auf der anderen Seite geschieht, ist auch für die Zukunft vorzustellen. Die Angst, hier mit falschen Leuten in eine Front zu geraten allerdings, ist unbegründet. Denn wer freie Gewerkschaften in Polen fordert, der muß sie auch in der Türkei und vielen anderen Staaten fordern, und da hört es bei den Kameraden von Rechtsaußen schon lange auf mit ihren gewerkschaftlichen Frühlingsgefühlen. Ihr Spiel ist durchaus zu durchkreuzen, ohne deshalb gleich andererseits Partner Jaruzelskis zu werden.

Man muß sich, wenn man die Lage in Polen betrachtet außerdem noch folgende „Kleinigkeit" vor Augen halten:

Es ist zum ersten Mal nach Jahrzehnten in Europa, daß es in einem Land eine so starke, so massive Arbeiterbewegung gibt. Daran herummäkeln ist leicht, finden läßt sich vieles, vergessen darf man es nicht.

Es ist der Verwirrungspolitik der Revisionisten, der Herrschenden in Polen und den anderen Staaten des Warschauer Paktes (die sich sehr beeilt haben, in der Zwischenzeit die ungeheuer große Rolle, die die Gewerkschaften bei ihnen spielen würden, herauszustreichen, hervorzuheben, zu loben usw. und die sich zu immer neuen Wirtschaftsreformen aller möglichen Art und stets voller Versprechungen aufschwingen) zuzuschreiben, wenn dies viele fortschrittliche Menschen nicht sehen oder keine Konsequenzen daraus ziehen, aus Angst, in die Ecke der Reaktion gestellt zu werden.

Die Reaktion — sind das etwa die zehn Millionen Arbeiter, die für ihre berechtigten Forderungen kämpfen? Oder sind das nicht diejenigen, die auf solche Forderungen mit Militärdiktaturen antworten, wie in so vielen anderen kapitalistischen Staaten auch? So und nicht anders muß man doch die Frage stellen.

Die jüngsten Demonstrationen haben gezeigt, daß diese Bewegung nach wie vor existiert, sich nicht vor den Karren jener spannen läßt, die leere Versprechungen machen, die Formel von der Normalisierung (selbstverständlich mit neuen Gewerkschaften — nur eben keinen, die die Interessen der Arbeiter gegen die der Bonzen verteidigen) tagaus, tagein im Mund führen, während sie ihre Militärdiktatur aufrecht erhalten und zu höchstens kosmetischen Veränderungen bereit sind.

Und: Es sind keine Zeichen einer „Normalisierung" zu erkennen. Nicht auszuschließen ist sie in dem Sinne, daß es nicht mehr so sehr „in der Luft liegt" daß etwas passiert. Bestimmt wird es keine Normalisierung geben in dem Sinne, daß die polnischen Arbeiter plötzlich reumütig werden und bekennen, einen Fehler gemacht zu haben, als sie gegen das sozialistisch getarnte Ausbeutersystem in den Kampf traten. Bestimmt nicht in dem Sinne, daß der größte und weitestgehende Kampf einer europäischen Arbeiterschaft in Vergessenheit geraten würde oder spurlos versickern.

Die Solidarität all jener, die für Sozialismus, für die Arbeiter eintreten, muß den kämpfenden polnischen Arbeitern gehören, da gibt es keinen anderen Weg — Solidarität mit Solidarność gegen das Militärregime der Pseudokommunisten.

Aufruf

Arbeiter, Werktätige,

Die faschistische Militärdiktatur ist jetzt zwei Jahre an der Macht. Diese waren die dunkelsten Jahre in der Geschichte unserer Arbeiterklasse und Völker. Das sind die blutigen zwei Jahre der faschistischen Junta:

- über 170000 Verhaftete und Inhaftierte
- mehr als 100 Revolutionäre und Demokraten wurden durch Folter ermordet
- über 700 Menschen wurden bei Operationen ermordet
- insgesamt 16 Menschen wurden hingerichtet
- gegen 4600 Angeklagte wird die Todesstrafe beantragt
- mehr als 100 Personen sind zum Tode verurteilt worden
- die Massaker gegen die kurdische Nation haben ihren Höhepunkt erreicht
- alle fortschrittlichen, revolutionären Gewerkschaften und Massenorganisationen wurden verboten
- das Streik- und Tarifrecht der Arbeiterklasse wurde aufgehoben
- Verteuerung, Arbeitslosigkeit und Inflation haben ihren Höhepunkt erreicht

Beteiligen wir uns an der Demonstration und Kundgebung am 11. September in Frankfurt

- um die unterschiedliche Art des revolutionär-demokratischen Kampfes unserer Arbeiterklasse und Völker in der Türkei und Türkei-Kurdistan zum Sturz der faschistischen Militär-Diktatur und zur Errichtung einer eigenen demokratischen Macht des Volkes zu unterstützten,
- um gegen die von der volksfeindlichen und reaktionären Militärjunta aufgezwungenen Betrügereien wie „Verfassung", „Parlament" und „Demokratie" zu protestieren
- um das nationale Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation — einschließlich ihres Rechts, einen eigenen Staat zu gründen — zu verteidigen,
- um gegen jegliche politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die dazu dient, die Militärjunta am Leben zu erhalten, durch die Imperialisten, vor allem die USA, die BRD und deren Angriffspakt NATO, zu protestieren,
- um gegen die kriegstreiberische Politik der faschistischen Generalsbande im Nahen Osten als Teil der Kriegstreiber des Imperialismus im internationalen Maßstab, als Handlanger der USA bei der Bedrohung, Erpressung und Expansion zur Verstärkung ihrer Positionen in der Region zu protestieren,
- um die Einheit und den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Arbeiter in der BRD gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte, die gefährlich anwachsende Ausländerfeindlichkeit, die Beschränkung des Asylrechts, die Angriffe seitens der neonazistischen und reaktionären Kräfte und gegen die massive Kriegsvorbereitung zu verteidigen.

— Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur!
— Es wird Rechenschaft gefordert werden für die Hinrichtungen, Folter und Massaker!
— Schluß mit der Unterdrückung und den Massakern gegen die kurdische Nation!
— Freiheit für alle antifaschistischen Inhaftierten und Generalamnestie!
— Freiheit für DISK und die verbotenen revolutionär-demokratischen Gewerkschaften und Massenorganisationen!
— Nein zu den Schnellen Eingreiftruppen der NATO und USA!
— Nein zur aufgezwungenen Verfassung der Junta!
— Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!
— Nieder mit der Ausländerfeindlichkeit!
— Es lebe der Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes und die internationale Solidarität der türkischen, kurdischen und anderer Revolutionäre, die diesen unterstützen!

Demonstration: 11. September, Samstag, 10.30 Uhr, Frankfurt — Paulsplatz

Ala Rizgari, ATIF, BIRKOM (Birlik Yolu, Cephe, Devrimci Isci, Devrimci Savas, Emekci, Iscinin Sesi, Kivilcim, Serxwebun), DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KOCKAK, KOMKAR, Kürt Halk Evleri, Proleter Dayanisma, Tekosin Sempatizanlari, Türkei-Komitees, BWK, Arbeiterbund, Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, KPD, *Volksfront*, KB, Alternative Türkeihilfe
Die Unterstützer: DIDF, Gercek.

Zwei Jahre nach dem Putsch den Entwurf für eine neue Verfassung veröffentlicht

Militärregime auf immer in der Türkei?

Der Entwurf einer neuen Verfassung in der Türkei war schon lange vor seiner Veröffentlichung heftig kritisiert worden. Es werde nur einen Mantel geben, der die Umrisse der Militärdiktatur verhüllen soll, die Zusammensetzung der Versammlung, die diesen Entwurf ausarbeiten solle, zeige schon, daß dies eine durch und durch reaktionäre Pseudoverfassung sein werde. Lediglich die westeuropäischen Hintermänner der türkischen Generale, allen voran die Bonner Parteien, fingen eine breite Schaudebatte über den Weg der Demokratisierung an, um von ihrer Unterstützung für die Untaten, die immer deutlicher wurde, abzulenken. Aber der jetzt veröffentlichte Entwurf zeigt in aller Deutlichkeit, daß die bereits vorher geäußerten Kritiken mehr als berechtigt waren: Eine Hülle für die Diktatur, eine durchsichtige dazu.

Durchgängig ist in dem Entwurt die Absicht zu erkennen, das Volk möglichst weit weg von allen politischen Entscheidungen zu halten. So werden die gesamten politischen Geschäfte von einem einzigen Mann kontrolliert: dem — lediglich vom Parlament gewählten — Staatspräsidenten.

Dieser Mann kann Regierungen absetzen und Gesetze verhindern, andere hingegen mit bloßen 25 Prozent der Stimmen im Parlament verabschieden lassen und so weiter und so fort. Es sind alle Sicherungen eingebaut, so daß selbst beim Aufkommen einer immanenten Opposition, einer verfassungstreuen Opposition, nichts Unvorhergesehenes passieren kann.

Und dahinter steht ein noch erlauchteres Gremium: Der nationale Sicherheitsrat. Er entscheidet und berät — bindend — die Regierung bei Fragen der „Einheit und Sicherheit der Nation". Mit anderen Worten: Evren und Co. wollen sich auf jeden Fall das letzte Wort sichern.

Abgesichert werden soll durch diesen Entwurf die Einführung der kürzlich bekanntgegebenen Sonderpolizei für soziale Angelegenheiten, deren Aufgabe es unter anderem ist, Kundgebungen zu zerstreuen, Betriebe bei Streiks zu sichern und andere „soziale Wohltaten" mehr.

Der Entwurf ist voll von zahllosen Verboten. Verboten ist dabei nicht nur alles, was den türkischen faschistischen Generalen nicht ins Konzept paßt, sondern auch alles, was so zur „Ausstattung" einer parlamentarischen Demokratie, wie sie sonst so gerne von der NATO gepredigt wird, gehört.

Es ist beispielsweise unter Strafe gestellt, die „Einheit der Nation" zu gefährden — eine Drohung an die nichttürkischen Völker des Landes (die es laut Evren und Co. nicht gibt), wie die Kurden vor allem, nicht auf ihrer eigenen Existenz als Volk zu bestehen.

Es ist beispielsweise vorgesehen, daß Streiks (die unter bestimmten Bedingungen, sehr engen natürlich, wieder erlaubt werden sollen), die länger dauern, von den zuständigen staatlichen Behörden entschieden werden. Der Durchsetzung solcher Entscheidungen soll dann wohl auch die bereits erwähnte Sonderpolizei dienen.

Den Gewerkschaften wird es grundsätzlich verboten, sich politisch zu betätigen, ja, überhaupt Beziehungen zu politischen Parteien zu haben. Was das für Gewerkschaften nur sein können, ist leicht auszurechnen. Wenn man sich vorstellt, zu was allem der DGB sich heute beispielsweise nicht äußern dürfte, wenn eine solche Bestimmung auch hier in der Bundesrepublik gelten würde (obwohl hier die gewerkschaftlichen Rechte in manchen Bereichen geringer sind als in anderen bürgerlichen Staaten). Beispielsweise: zum Staatshaushalt, der ja eine politische Frage ist, zu Steuern, Wirtschaftsprogrammen, zu Nazi-Verbrechen einst und heute und so weiter und so weiter...

Gerade in diesen Tagen konnte man sehen, daß selbst eine solche Gewerkschaft wie Türk-Is (von der viele Funktionäre den Putsch begrüßten) den faschistischen Generalen noch zu sehr Gewerkschaft ist — Funktionäre der Türk-Is zugehörigen Textilarbeitergewerkschaft wurden bei einer Versammlung kurzerhand verhaftet.

Der Verfassungsentwurf ist so durchsichtig, daß selbst eine Reihe derjenigen, die ihn im Auftrag der NATO-Militärs ausarbeiteten, inzwischen schon bekundete, sie wollten einige Änderungen. Noch nicht einmal auf dem Papier sollen da einfachste demokratische Rechte zugestanden werden.

Bezeichnenderweise gab es auch aus Westeuropa fast nur Kritik an diesem Entwurf: Die CDU ausgerechnet, einmal mehr, war die Partei, die forderte, man müssen den „Jungs aus Ankara" eben mal einen Vertrauensvorschuß gewähren und mehr Geld hinschicken. Das mit der Demokratie wird sich schon richten — und vielen in der CDU jedenfalls mag ja dieser Entwurf auch sehr gut gefallen.

Die Haltung der demokratischen Opposition in der Türkei ist klar: Diese angeblich demokratische Verfassung muß abgelehnt werden. Die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei ruft zum Boykott der Abstimmung über diesen Verfassungsentwurf auf.

Kurz vor dem zweiten Jahrestag des faschistischen Putsches in der Türkei, der von der NATO mitgeplant und bezahlt wurde, woran vor allem Bonn einen erklecklichen Teil trug, ist dieser Verfassungsentwurf für alle demokratisch gesinnten Menschen erst recht ein Grund, sich an der geplanten Demonstration (siehe nebenstehenden Aufruf) zu beteiligen.

Friedensstifter Habib?

Was geschieht nach dem PLO-Abzug?

Die Kämpfer der PLO ziehen also aus Beirut ab. Sie werden auf verschiedene arabische Staaten verteilt. Die Presse und alle anderen Medien sind des Lobes voll über den US-„Unterhändler" Habib. Aber: Was ist das für eine Lösung, wem dient sie, und wie kam sie wirklich zustande?

Eine grundsätzliche Lösung der Probleme im Nahen Osten ist dies alles keinesfalls. Diese Probleme entstanden dadurch, daß das Volk Palästinas vertrieben wurde. Wohlgemerkt: vertrieben. Ohne ähnliche Vorgeschichte, ohne ähnliche, international beschlossene Maßnahmen wie das etwa in Deutschland der Fall war, so wie es hier die Berufsvertriebenen von sich behaupten. Sondern: vertrieben entgegen eben solchen internationalen Beschlüssen. Das heißt: Die Forderung nach einem Staat Palästina wird bleiben.

Sie wird ebenso bleiben, wie die PLO, die sich gerade in diesen Tagen mehr denn je als die Organisation aller Klassen und Schichten des palästinensischen Volkes bewiesen hat. Sie mag militärisch einen Rückschlag erlitten haben — vernichtet wurde sie keinesfalls. Bisher ging sie stets politisch und moralisch gestärkt aus solchen Kämpfen hervor und gerade dieses Mal wird dies im besonderen Maße der Fall sein.

Aber: Die PLO-Kämpfer, ihre Führung, sollen sich aus dem Libanon zurückziehen. Das ist die Regelung, die der Friedensstifter Habib gefunden hat. Was anderes als die letzte Forderung Israels ist dies? Eine Forderung auf die Begin und Co. eingeschwenkt waren, nachdem sie erleben mußten, daß sie ihr ursprüngliches Ziel, die PLO zu vernichten, nicht erreichen konnten.

Und vor lauter Verhandeln über den Abzug der PLO hat der US-amerikanische Friedensengel wohl vergessen, das Thema „Israelischer Abzug aus dem Libanon" zu behandeln? Zumindest ist nirgends mehr davon die Rede in Zeitungen und Fernsehen. Wie lange die israelischen Truppen den Nachbarstaat besetzt halten, das soll ihrem Willen überlassen werden. So dient diese Übereinkunft auch einem zweiten Ziel der Zionisten: der vielbeschworenen „Neuordnung im Libanon". Sprich: Der Errichtung einer Regierung des Bandenchefs Gemayel, sei es durch ihn selbst oder einen Strohmann. Diese Möglichkeit bleibt zumindest offen.

Das Abkommen bedeutet auch einen Teilrückzug Syriens. Aber andererseits läßt es die Möglichkeit einer faktischen Zerstückelung des Libanon in „Interessenssphären" offen — mit anderen Worten: Es wird ein neuer Krisenherd geschaffen. Denn weder werden sich die moslemische und drusische Bevölkerung — die große Mehrheit — mit einem Gemayel, einem Schlächter als Staatschef abfinden, noch werden ausländische Truppen in verschiedenen Zonen eine gültige, dauerhafte oder gar gerechte Lösung schaffen können.

Das palästinensische Volk wird sich weiter gegen seine Vertreibung, für einen eigenen Staat einsetzen. Das libanesische Volk wird sich gegen die geplante, ihm aufgezwungene Herrschaft Gemayels zur Wehr setzen. Denn die Propagandalüge, die Libanesen würden die PLO mit ihrem sogenannten „Staat im Staate" als Feind ansehen, gilt ja nur für einen minimalen Teil: für die Banden Gemayels. Die anderen Kräfte sind entweder mit den Palästinensern verbunden — oder zumindest eben gegen Gemayel und ansonsten neutral.

Die politischen Positionen der PLO haben sich ohne Zweifel verbessert, da so große Teile der Weltöffentlichkeit wie nie zuvor erlebt haben, daß das Märchen vom kleinen aufrechten Israel, das sich heldenhaft wehrt, eben gerade das ist: ein Märchen. Die Wirklichkeit einer blutigen Aggression, sinnloser Bombardements konnte selbst von der üblichen Berichterstattung westdeutscher Medien nicht völlig verdeckt werden.

Die militärischen Positionen Israels erscheinen dagegen zunächst gestärkt — eben durch dieses Abkommen. Israelische Truppen haben es in der Hand, neben der libanesischen Neuordnung auch noch einen Pufferstaat zu schaffen, lebensfähiger als das Gebilde, das bisher vom selbsternannten Major Haddad an der Südgrenze regiert wurde. Oder auch eine weitere Annektion einzuleiten.

Sie haben außerdem bessere Ausgangspositionen, den syrischen Einfluß im Libanon zu begrenzen, Syrien selbst in gewohnter Manier „zu bestrafen".

Das gesamte Wirken Habibs ging stets von einem aus: Von den Tatsachen, die durch den israelischen Überfall geschaffen worden waren. Mit keinem Wort wurde dieser erneute völkerrechtswidrige Akt auch nur angesprochen. Mit keinem Wort wurde davon gesprochen, daß Israel einen Nachbarstaat überfallen hat, der — um nur ein Beispiel zu nennen — Anspruch auf Entschädigung durch Israels Staatskassen hat. So hat der amerikanische Friedensengel den israelischen Feldzug abgesegnet.

Und wie sollte er auch nicht! Täglich fließen 20 Millionen Mark aus den USA nach Israel. Geld, ohne das auch dieser Eroberungsfeldzug niemals hätte stattfinden können. Die israelischen Waffen stammen aus den USA oder sind in Lizenz gebaut. Die amerikanische Regierung, das ist inzwischen von verschiedenen Seiten — sogar vom Ex-Präsidenten Carter — bestätigt worden, wußte sehr wohl und sehr genau von den Überfallplänen Begins und Scharons. Und natürlich: Auch in der Bundesrepublik, nach den USA zweite Stütze Israels in allem, was es tut, wird der erfolgreiche Unterhändler Habib gefeiert. Von allen Bonner Parteien.

Was dabei noch herausgekommen ist, ist ein gewachsener Einfluß der USA. Politisch ist man dabei erfolgreich gewesen, sich als ausgleichende Kraft zusammen mit den „gemäßigten Arabern" darzustellen. Ägypten, der US-Alliierte, kam wieder ins arabische Kräftespiel zurück. Der jordanische König wurde in seinem Ansehen etwas aufgemöbelt. Und auch militärisch: Nun stehen wieder amerikanische Soldaten im Libanon und keiner weiß, ob, wann und wie sie wieder abziehen werden. Oder ob diese Truppen nicht noch ausgebaut werden.

Seltsamer „Kampf" gegen Wirtschaftskriminalität

Wie eine Kronzeugin vom Gericht bestraft wurde

Vor einigen Monaten machte im Ruhrgebiet der sogenannte St.-Georg-Skandal Schlagzeilen. Es ging dabei um das privat betriebene Sozialwerk St. Georg, das heute noch 30 Heime betreibt, in denen etwa 2500 zumeist geistig behinderte Menschen untergebracht sind. Die Tätigkeit der St. Georg-Bosse zielte jedoch weniger auf eine richtige Betreuung der Patienten ab, als vielmehr auf die Versorgung der eigenen Bankkonten.





Wegen der Aufdeckung eines Wirtschaftsverbrechens wurde Hannelore Ochs (links) entlassen. Ihr ehemaliger Chef Hennemeyer (rechts) hat sich als Leiter des Sozialwerks St. Georg illegal bereichert.

Als der Skandal platzte, wurde offenbar, daß es diese Herren unter anderem verstanden hatten, durch Schmieren von hohen Beamten rund 25 Millionen Mark unzulässig kassierte Steuergelder einzustekken. Seitdem sitzen Johannes Hennemeyer, der Chef des Unternehmens, seine „rechte Hand" Richard Stasch und der Gelsenkirchener Kämmereidirektor Josef Wolters in U-Haft. Die Bochumer Staatsanwaltschaft ermittelt in 27 Verfahren wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Veruntreuung, Steuerhinterziehung und Bestechung.

Daß diese Verfahren angestrengt wurden, ist allerdings nicht das Verdienst staatlicher Fahnder im Rahmen des angeblich verstärkten Kampfes gegen die Wirtschaftskriminalität, von dem jetzt in Bonn so häufig die Rede ist. Das Verdienst, die Praktiken der Hennemeyer und Co. aufgedeckt zu haben, gebührt vielmehr Hannelore Ochs, einer ehemaligen Angestellten des Sozialwerks. Ihr war im Verlauf ihrer Tätigkeit vieles in diesem Unternehmen immer merkwürdiger vorgekommen. Da wurden etwa pro Jahr 500000 Mark für die Kleidung der Heiminsassen abgerechnet, die dann aber ganz offenbar in anderen Kanälen versickerten. Da wurden mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe Pflegesätze ausgehandelt, die viel zu hoch waren. Und als sich Frau Ochs ihren Chefs gegenüber darüber wunderte, sagten die, „das sei ein Kuhhandel, das ginge schon klar."

Als sich solche Dinge immer mehr häuften, entschloß sich Hannelore Ochs, einen Brief an den Vereins-Vorstand zu schreiben, „weil ich endlich Ordnung haben wollte." Jedes der sieben Vorstandsmitglieder erhielt eine Kopie dieses Schreibens, in dem die Angestellte ihre Beobachtungen mitteilte. Eine dieser Kopien wurde der Presse zugespielt, und damit war der St. Georg-Skandal öffentlich geworden. Hannelore Ochs ist jetzt die „Kronzeugin" der Staatsanwaltschaft in den erwähnten Verfahren.

Wie die zu erwartenden Prozesse gegen die Wirtschaftsgangster und die korrupten Beamten auch ausgehen mögen, ein Verlierer bei der juristischen Aufarbeitung des Skandals steht jetzt schon fest — und das ist Frau Ochs selbst. Denn sie wurde vom Sozialwerk St. Georg, unmittelbar nachdem die kriminellen Vorgänge publik geworden waren, fristlos gekündigt. Diese unverschämte Maßnahme hielt das Arbeitsgericht in Gelsenkirchen, das Frau Ochs angerufen hatte, zwar für unzulässig.

Letzte Woche jedoch entschied das Landesarbeitsgericht in Hamm: Die fristlose Kündigung ist berechtigt, weil Frau Ochs mit ihren Enthüllungen einen „Vertrauensbruch" begangen habe. Revision wurde nicht zugelassen. Die 53jährige Angestellte steht nun ohne Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz auf der Straße. Da sie noch einen Kredit an St. Georg abbezahlen muß und noch andere Belastungen hat, verfügt sie nun gerade noch über 500 Mark monatlich zum Leben. „Was bleibt", sagt Hannelore Ochs, „ist Verbitterung."

Und die ist wahrlich mehr als berechtigt. Ausgerechnet diejenige, die durch ihre Zivilcourage die krimimellen Praktiken bei St. Georg aufgedeckt hat, wird nun dafür von der bürgerlichen Klassenjustiz abgestraft. Und das schändliche Urteil von Hamm berührt ja nicht nur diesen Einzelfall. Dieser Richterspruch stellt doch geradezu eine Drohung für jeden dar, der Kenntnisse über kriminelle Umtriebe in seinem Betrieb hat und darüber nicht schweigen will. Eine bessere Unterstützung als dieses Urteil hätten sich die Wirtschaftsverbrecher gar nicht wünschen können.

Lummers Eigentor



Lummer bei seinem Auftritt im Westberliner Olympia-Stadion.

Heinrich Lummer, der kleine Rechtsaußen des Westberliner CDU-Senats, hält sich schon seit langem für einen perfekten Selbstdarsteller. Als er in der Frontstadt noch die Oppositionsbank drücken mußte, konnte er allerdings nur kleine Brötchen backen. So machte Heinrich Lummer beispielsweise dadurch von sich reden, daß er Carters grandiose Idee mit dem Olympia-Boykott flugs aufgriff und eine eigene Initiative für den Boykott von russischem Wodka startete.

Erst als Innensenator und Befehlshaber der Polizei kam Lummer ganz groß heraus. Unvergeßlich bleibt sein Auftritt in einem gerade von Besetzern geräumten Haus, wo er in Napoleon-Haltung als siegreicher Feldherr für die Presse-Fotografen posierte. Daß zur gleichen Zeit ein Jugendlicher von der Polizei in den Tod getrieben wurde, störte den Westentaschen-Napoleon wenig. Für die demokratische Öffentlichkeit jedoch war dieser Mann spätestens seit jenem Tag gestorben.

Gerade das wird wohl für ihn der Anlaß gewesen sein, es mal wieder mit einer Selbstdarstellung im großen Stil zu versuchen. Als Opfer für seinen Auftritt suchte er sich geschickt eine Gruppe aus, die allgemein als „unpolitisch" gilt — die Fußball-Fans. Die Besucher des Auftaktspiels in der neuen Bundesliga-Saison — Hertha BSC gegen Borussia Dortmund — wurden also Zeugen eines denkwürdigen Schauspiels. Unmittelbar vor Spielbeginn schwebte ein britischer Militärhubschrauber ins Stadion ein und landete genau in der Mitte des Spielfeldes. Heraus schlüpfte Heinrich Lummer, den Ball für den Anstoß unter die Achsel geklemmt.

Aber nicht — wie erhofft — lauter Jubel, nicht einmal freundlicher Beifall schlug dem Senator entgegen. Die Hertha-Frösche empfingen Heinrich Lummer mit gellenden Pfiffen. Und der Auftritt endete damit, daß Westberlins „starker Mann" von Hertha-Funktionären umringt und eilig in Sicherheit gebracht werden mußte.

Heinrich Lummer wird sich wohl bei seinem Einsatz auf dem Fußball-Platz etwas gedacht haben. Wahrscheinlich wollte er zur Abwechslung einmal nicht den Napoleon, sondern den Glücksgott spielen. Aber nicht einmal das ist ihm gelungen — Hertha verlor das Heimspiel gegen die Borussen.



Vor zwei Jahren protestierte eine Gruppe von Sinti mit einem Hungerstreik im ehemaligen KZ Dachau gegen die Diskriminierung durch westdeutsche Behörden.

Rassismus in der BRD

„Euch Zigeuner kriegen wir aus Deutschland schon raus"

Die Sinti (Zigeuner) waren während der Nazi-Diktatur als „Untermenschen" ebenso Objekt der faschistischen Ausrottungsstrategie wie die Juden Unzählige Familien wurden in den Vernichtungslagern umgebracht. Die Überlebenden des Nazi-Terrors haben sich immer wieder darüber beklagt, daß die Diskriminierung ihres Volkes in diesem Land mit dem Jahr 1945 keineswegs beendet war. Solche Vorwürfe sind von den Organen des Bonner Staates stets entrüstet bestritten worden. Die folgenden Meldungen über Vorfälle, die sich alle in diesem Monat ereigneten, sprechen da eine andere Sprache.

***

Wolf Leschmann, der Vorsitzende des Bremer Sinti-Vereins, hat öffentlich gegen eine „niederträchtige und skandalöse" Praxis der Behörden in Bremen protestiert. Es geht dabei um die Entschädigungsrente, die mehrere Sinti in der Hansestadt für während ihrer KZ-Haft entstandene schwere gesundheitliche Schäden bekommen. Ihnen ist durch eine neue Regelung die Sozialhilfe drastisch gekürzt oder ganz gestrichen worden. Nach dieser Regelung nämlich wird die Entschädigungsrente neuerdings auf die Sozialhilfe angerechnet.

Wie Leschmann sagte, bedeutete das „nicht nur eine erhebliche Einschränkung ihrer finanziellen Mittel, sondern auch Hohn auf die moralische Wiedergutmachung für die erlittene KZ-Haft während des Nazi-Regimes." Und tatsächlich handelt es sich hier um eine Ausnahmeregelung, von der gezielt die Sinti-Opfer der faschistischen Diktatur betroffen sind. Für andere Bezieher von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, beispielsweise Kriegerwitwen, gilt nämlich nach wie vor, daß diese Leistungen nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden.

***

Die Anwälte von sechs in Braunschweig lebenden Sintis haben Strafanzeige gegen zwei Polizeibeamte der Stadt gestellt, Sie beziehen sich damit auf einen Vorfall, der sich an einem der heißen Sommerabende folgendermaßen abgespielt hat: Die beiden Polizisten tauchten gegen 20.00 Uhr vor einem Reihenhaus auf, in dessen Garten eine Sinti-Familie den Geburtstag der Hausfrau feierte. Es ging angeblich um ruhestörenden Lärm (die Anwälte legten später eine Liste von Erklärungen vor, mit denen Nachbarn bekundeten, sie hätten sich an dem fraglichen Abend nicht belästigt gefühlt).

Es entwickelte sich zwischen den Beamten und den Sintis ein Streit darüber, ob die Lautstärke des eingestellten Kassettenrecorders zulässig sei oder nicht. Bei diesem Streit beschädigten die Polizisten mutwillig ein anderes Tonbandgerät. Als der Familienvater das Gerät schützen wollte, sprühte ihm einer der Beamten aus kürzester Entfernung die chemische Keule ins Gesicht und rief dabei: „Euch Zigeuner kriegen wir aus Deutschland schon raus!"

Auch der Bruder, der dem zu Boden gestürzten Familienvater, Alfred L., helfen wollte und drei Kinder wurden mit der Keule „behandelt". Dabei fielen wiederholt Bemerkungen wie „dreckige Zigeuner". Alfred L. selbst, der schwer kriegsbeschädigt ist, wurde barfuß und nur mit einer Turnhose bekleidet, ins Revier geschleppt. Die Beamten hatten ihm ausdrücklich untersagt, sich etwas anzuziehen. Nachts um 3.00 Uhr wurde er dann einfach auf die Straße gesetzt.

Ob die Anwälte mit ihrer Strafanzeige Erfolg haben, ist mehr als fraglich. Denn inzwischen sind die mißhandelten Sintis selbst angezeigt worden: wegen ruhestörenden Lärms, Beleidigung, Sachbeschädigung, Widerstand und versuchter schwerer Körperverletzung.

***

In Göttingen waren es gleich 65 Polizisten, die zu einem Einsatz gegen Sintis ausrückten. Sie umstellten einen Lagerplatz und durchsuchten alle dort abgestellten Autos, Wohnwagen und Zelte. Eine richterliche Anordnung dafür lag nicht vor. Die Aktion wurde mit „Gefahr im Verzug" begründet — im Raum Göttingen hätten sich die Wohnungseinbrüche vermehrt. Ein Diebeslager, das mußte die Polizei selbst einräumen, wurde auf dem Platz nicht entdeckt. Die einzige Ausbeute des Einsatzes war ein Kofferradio, von dem die Betroffenen allerdings nachdrücklich bestreiten, daß es gestohlen sei.

Die Bewohner des Lagers, anwesend waren fast nur Frauen und Kinder, wurden mit gezückten Pistolen zusammengetrieben. Die Polizisten zerrten sogar eine Frau, die tags zuvor eine Fehlgeburt erlitten hatte, aus dem Bett. Als einige der Sintis, frühere KZ-Opfer, empört sagten, sie fühlten sich an ihren Abtransport ins KZ erinnert, kam von den Polizisten die Antwort, da gehörten sie schließlich auch hin.

***

In Mannheim hat die Direktion des örtlichen Klinikums alle Chefärzte angewiesen, „Zigeuner und ihre Kinder" nur noch in Notfällen zu behandeln. In der Anweisung heißt es ausdrücklich: „Bei der Beurteilung, ob ein Notfall vorliegt, ist ein strenger Maßstab anzulegen." Eine Aufnahme von Zigeunern ins Klinikum sei jedoch auch dann erst nach der Regelung der Kostenfrage möglich. Es ginge nicht an, daß die Finanzabteilung erst dann informiert würde, wenn „sie bereits im Bett liegen".

Nachdem diese Anweisung bekannt geworden war und berechtigte Empörung ausgelöst hatte, gab der stellvertretende Klinikleiter Klaus Walter zu, sie sei „zu hart formuliert". Inhaltlich aber, so Walter, sei sie „völlig richtig". Überdies habe man nichts anderes getan als das, was das Land Baden-Württemberg bereits 1981 mit wohlklingenderen Worten zur Papier gebracht habe. Und außerdem enthalte die umstrittene Anweisung mehr oder weniger nur Zitate aus einem Entscheid, den das baden-württembergische Verwaltungsgericht in einem ähnlichen Fall getroffen habe.

***

So reicht also das Band von der gezielten Diskriminierung der Sintis gegenüber anderen Mitbürger über rassistischen Polizeiterror bis hin zum Ausschluß aus der Gesundheitsversorgung, bis zu einer Praxis, die fatal an das erinnert, was in diesem Land unter dem Stichwort „unwertes Leben" schon einmal abgelaufen ist.

Goethe-Preis für Ernst Jünger

„Ich hasse die Demokratie wie die Pest“

Späte Auszeichnung für einen Wegbereiter Hitlers


Gesinnungsfreunde Jünger (rechts), Filbinger bei der Verleihung des Schiller-Preises 1974.

Ende dieses Monats soll der 87jährige Schriftsteller Ernst Jünger mit dem Frankfurter Goethe-Preis, dem wohl bedeutendsten Kulturpreis der Bundesrepublik, ausgezeichnet werden. Gegen diese Absicht hat die Parlamentsfraktion der Grünen im Frankfurter Römer energischen Protest eingelegt. Die SPD-Fraktion hat sich dem angeschlossen, ungeachtet der Tatsache, daß die Ehrung für Jünger auch in der Sozialdemokratie prominente Fürsprecher hat.

So gehört dem Kuratorium, das die Preisvergabe einstimmig beschlossen hat, auch der als besonders progressiv geltende Frankfurter Kulturdezernent Hoffmann (SPD) an, und auch Peter Glotz, der flinke Bundesgeschäftsführer dieser Partei, hat sichinzwischen für Jünger stark geml cht.

Worum geht es beim Streit um den diesjährigen Goethe-Preisträger? Ernst Jünger ist in den 20er Jahren als Autor einer Reihe von Büchern über den ersten Weltkrieg zu zweifelhaftem Ruhm gelangt. Kennzeichnend für diese Werke (die Titel tragen wie „In Stahlgewittern“ oder „Der Kampf als inneres Erlebnis“) ist die Tatsache, daß Jünger den imperialistischen Weltkrieg nicht — wie das reaktionäre Autoren der älteren Generation getan haben — verharmlost und auch nicht versucht, ihn mit plumper Demagogie politisch zu rechtfertigen.

Jünger schildert die Schrekken der Materialschlachten durchaus minutiös ab. Aber gerade in diesen Schrecken liegt für ihn eine rauschhafte Befreiung von den Normen des bürgerlichen Alltagslebens; der Krieg wird nicht nur zum Ort der Bewährung und Selbstverwirklichung, er wird auch gefeiert als die „klirrende Wiedergeburt des Barbarentums“, die alle in Jahrhunderten der menschlichen Entwicklung aufgebauten Werte hinwegfegt und in der sich die Maxime verwirklichen läßt: „Leben heißt töten.“

Ein weiteres Merkmal der Jüngerschen Killer-Philosophie ist die Ästhetisierung des Krieges: In der entfesselten Barbarei drückt sich „Schönheit“ aus; die Materialschlacht wird zum totalen, höchsten Genuß bewirkenden Kunstwerk. So heißt es etwa in „Feuer und Blut“: „Darum laßt uns trinken, und uns in dem, was das Schicksal will, auch noch unseren eigenen, persönlichen Willen sehen. Kameraden erzählt, daß ihr Kerle gewesen seid, da und dort, wo immer wir uns getroffen haben... Und laßt das Bild der großen Schlacht aus dem Rausch aufschießen wie eine blutrote Orchidee, mit goldenen Feuerstreifen geflammt. Das ist ein Kunstwerk, wie es Männern Freude macht. Das müssen wir schon gestalten, das ist für unsere Künstler kein Stoff.“

An all diesen starken Erlebnissen kann jedoch nicht die Masse der Kämpfenden teilnehmen. Sie sind einer kleinen Elite vorbehalten, die „vorurteilslos“ genug ist, im Blutrausch das oberste Lebensprinzip zu sehen und die damit zur Führung berufen ist. Im Verlauf des Krieges, sagt Jünger in den „Stahlgewittern“, sei ihm „immer klarer geworden, daß aller Erfolg der Tat des einzelnen entspringt, während die Masse der Mitläufer nur Stoß- und Feuerkraft darstellt.“

Die Gesellschaft als Frontkompanie

Die hier skizzierten Auffassungen hat der jetzige Goethe-Preisträger Jünger in den 20er Jahren mit einer ganz bewußten politischen Stoßrichtung vorgetragen: Der Blutrausch des Fronterlebnisses sollte zur seelischen Grundlage einer Erneuerung Deutschlands werden — unter der Führung einer Killer-Elite vom Jüngerschen Schlage selbstverständlich. Und Ziel dieser Erneuerung sollte nicht zuletzt die Revanche sein, die Neuauflage des imperialistischen Weltkrieges. Es muß wohl nicht erst erwähnt werden, daß dieser Prophet des Krieges in der Weimarer Republik keine Heimat fand. „Ich hasse die Demokratie wie die Pest“, bekannte er. „Mir kann es gar nicht eisern, diktatorisch und absolut genug zugehen.“

Mit diesem Bekenntnis will Jünger aber nicht — wie breite Teile der Reaktion es in den ersten Jahren der Nachkriegszeit taten — die Rückkehr zur eisernen Ordnung, zu den gesicherten Verhältnissen des Vorkriegs predigen. Seine Demagogie ist viel „moderner“ — und damit auch gefährlicher. Sie geht nämlich von der Krise des Kapitalismus und des Bürgertums aus, polemisiert gegen die erstarrte Welt der Bourgeoisie und predigt statt der Rückkehr zum Kaiserreich die „Revolution“. Gemeint ist damit natürlich nicht eine soziale Umwälzung, gemeint ist vielmehr die „Revolution“ des Faschismus.

Als Ziel dieses „revolutionären Nationalismus“ definiert Jünger schon 1926: „(...) strengste Bindung, Ordnung und Unterordnung, durch Gesellschaft, Blut und Boden bedingt. Er will nicht den Sozialismus der Ansprüche, sondern den der Pflichten (...). Der Vater dieses Nationalismus ist der Krieg.“ Wie man sieht, stand der Goethe-Preisträger sowohl dem Inhalt seiner Anschauungen nach wie auch in der besonderen Phraseologie schon damals auf dem gleichen Boden des „Nationalsozialismus“ wie der Parteigründer Adolf Hitler.

In seinen Büchern „Die totale Mobilmachung“ und „Der Arbeiter“ hat Jünger diese faschistischen Anschauungen dann dadurch weiter vertieft, daß er ein Bild der von ihm angestrebten gesellschaftlichen Ordnung entwarf. Und er stellte sich die künftige ideale Gesellschaft als eine ins Gigantische übertragene Frontkompanie vor. An die Stelle des Gesellschaftsvertrags soll die Heeresordnung treten, an die Stelle von Verhandlungen zwischen Teilen der Gesellschaft die „Befehlsordnung“, der „Krämer“ soll durch den Krieger ersetzt werden usw. Das gesamte soziale Wesen soll also in einen permanenten Kriegszustand versetzt werden, wobei der einzelne nur ein gesichtsloses Teilchen im einheitlichen kommandierten und total durchmilitarisierten Apparat des Staates ist.

Er hat sie im Gegenteil nahezu ausnahmslos in die von ihm selbst betreute Gesamtausgabe seiner Werke aufgenommen. Bezeichnend ist, was er in diesem Zusammenhang noch in seinem letzte Woche erschienenen „Spiegel“-Interview über einen Einwand des Schriftstellers Alfred Andersch sagte. Der hatte gefragt: „Warum nehmen Sie eine braune Kampfschrift wie die ‚Totale Mobilmachung‘ aus dem Jahre 1930 in die Gesamtausgabe auf?“ Jüngers Reaktion: „Ich sagte: Andersch, das ist einer der wichtigsten Essays, die ich überhaupt geschrieben habe.“

Und in dem gleichen Interview auf den Vorwurf, er habe doch viele seiner Leser zum Faschismus hingeführt: „Da müssen wir anfangen, richtig zu differenzieren: Zu wieviel Prozent haben die Nationalsozialisten auch recht gehabt. Heute wird das alles annulliert...“ Wo — bitte schön — ist da die Läuterung? Was der Preisträger hier vorbringt ist doch nicht nur eine Rechtfertigung seiner eigenen Rolle bei der Vorbereitung des Faschismus („ideologisches Kriegsverbrechertum“ hat Johannes R. Becher das einmal genannt), es ist auch eine kaum verhüllte Rechtfertigung des Faschismus selbst.


Jünger als Offizier im zweiten Weltkrieg.

Aber auch für die verachteten Massen hält Jünger einen Trost bereit. „Das tiefste Glück des Menschen“, so heißt es im „Arbeiter“, „besteht darin, geopfert zu werden.“ Und dieses tiefste Glück wurde dann ja auch Millionen zuteil, als Jüngers faschistische Visionen nicht mehr Traum, sondern eine furchtbare Wirklichkeit waren.

Immer noch: Rechtfertigung des Faschismus

Das ist nun also unser neuer Goethe-Preistäger, für den sich Christ- und Sozialdemokraten, liberale Schriftsteller und Publizisten gleichermaßen in die Bresche werfen, der nach langen Jahren der Vergessenheit jetzt in den bürgerlichen Medien wieder als „Autor von europäischem Format“ abgefeiert wird. Nun beteuern die Verteidiger dieses Ideologen des Faschismus zwar, nicht diesen hier dargestellten Jünger wollten sie ehren, sondern den späteren, „geläuterten“ Jünger. Dazu jedoch ist zunächst zweierlei zu sagen. Erstens wird der Goethe-Preis nicht für irgendein spätes Buch verliehen, sondern ausdrücklich für das **Gesamtwerk.** Zweitens hat sich der angeblich geläuterte Autor niemals auch nur von einer einzigen seiner frühen faschistischen Machwerke distanziert.

Die innere Wandlung Ernst Jüngers zum „großen Humanisten“, die nach der Ansicht seiner Verteidiger in den 30er Jahren eingetreten sein soll, hat es in Wahrheit nie gegeben. Gewiß, er hatte seine Differenzen mit der Nazi-Partei — übrigens schon 1929 — aber was besagt das? Man muß sich schon mal auf den Inhalt dieser Differenzen einlassen. Und da wird deutlich, daß Jünger vor der „Machtergreifung“ ganz einfach deshalb gegen Hitler aufgetreten ist, weil der ihm mittlerweile zu schlapp war. Er verdächtigte den Chef der NSDAP (der inzwischen eine Allianz mit den traditionellen Konservativen eingegangen war) nämlich, er würde „einen nationalbürgerlichen Staat im Sinne der westlichen Zivilisation“ anstreben.

Später, nach seiner „Läuterung“, hat Jünger dann rückblickend auf diese Differenzen geschrieben: „Die Münchener Schule, die flachste, hat dann reüssiert; sie tat es am billigsten“. Dieser Satz trifft die Sache wohl am besten. Jünger sieht die verschiedenen Strömungen des Faschismus verniedlichend als „Schule“; und nicht seine, sondern die Münchener (gemeint sind Hitler und sein Anhang) hat sich schließlich durchgesetzt. An ihr hat Jünger vor allem zu kritisieren, daß sie „die flachste“ war. Es war die Gewöhnlichkeit, die Vulgarität der Nazis, die Jünger abstieß, nicht der Inhalt ihrer Politik.

Deshalb zog er sich nach 1933 aus dem öffentlichen Leben auf die elitäre Position eines Beobachters zurück, eine Position, die er so kennzeichnete: „Ich habe mir einen erhöhten Standort ausgesucht, von dem aus ich beobachte, wie sich die Wanzen gegenseitig auffressen.“ Das hinderte ihn natürlich nicht daran, seine faschistischen Kriegsbücher dem Nazi-Regime zur Mobilisierung für einen neuen Krieg zu überlassen. Denn diesen Revanchekrieg wollte er ja nach wie vor — und in dem erwähnten „Spiegel“-Interview hat er das auch jetzt noch als richtig verteidigt.

Die Position des „erhöhten Standorts“, des hochmütig distanzierten Betrachters drückt sich auch in Jüngers während der Nazi-Diktatur geschriebenem Roman „Auf den Marmorklippen“ aus, der vom bürgerlichen Kulturbetrieb der Nachkriegs-BRD zum bedeutenden Werk der Widerstandsliteratur hochgejubelt wurde. In diesem im Nirgendwo angesiedelten Roman beobachten zwei Brüder aus elitärer Zurückgezogenheit den Kampf räuberischer Horden. So wie Jüngers literarisches Ich in den frühen Kriegsbüchern als Aktivist des Kampfes rauschhafte Befriedigung fand, so zieht es nun Genuß aus der Betrachtung des kriegerischen Geschehens und aus der beständigen Gefahr, die aus diesem Geschehen erwächst.

Mit Widerstand jedoch hat das nicht das geringste zu tun. Jüngers „Marmoklippen“ sind vielmehr der genaue Gegenpol zu jenem militanten bürgerlichen Humanismus, der zur damaligen Zeit etwa das Werk der Brüder Mann kennzeichnete. Nach der Zerschlagung der Nazi-Diktatur und der Restauration der Macht des deutschen Imperialismus war es eben Jünger, der wieder einmal „im Trend“ lag, der zum repräsentativen Dichter hochgeputscht wurde, während die großen Autoren des Exils in offiziell verordnete Vergessenheit fielen.

Preisverleihung — ein politisches Signal

Jüngers Wandlung, auf die sich heute die Preisverleiher berufen, bestand darin, daß er nun die besondere Form des Hitler-Faschismus „kritisierte“ — sieht man sich diese Kritik jedoch einmal näher an, dann schauen doch allzu deutlich die alten Anschauungen wieder hervor. Der Faschismus nämlich wird als ein „fürchterlicher Pöbelaufstand“ gedeutet, und die Schuld an seinem Aufkommen wird der Demokratie und dem Liberalismus zugeschoben, die ihm durch das Einebnen der naturnotwendigen Hierachien den Weg geebnet hätten.

Also immer noch die Haltung eines Mannes, der früher einmal offen heraus gesagt hatte, er hasse die Demokratie wie die Pest und der nun — den aktuellen Bedingungen angepaßt — ausgerechnet eine solche Position als Antifaschismus verkaufen will. Natürlich hält Jünger auch weiterhin an seinem ultrareaktionären Elitedenken fest — nur schildert er die zur Macht berufene Führungsschicht in seinen Nachkriegswerken nicht mehr als faschistischen Kriegerbund, sondern verleiht ihr die unverfänglicheren Züge eines von den geschichtlichen Bedingungen losgelösten Feudaladels.

Auch das Führerprinzip wird entsprechend abgewandelt, so etwa im „Waldgang“, wo es heißt: „Trotzdem verlieren die Völker nie die Hoffnung auf einen Dietrich, einen neuen Augustus — auf einen Fürsten, dessen Auftrag sich durch eine Konstellation am Himmel ankündigt.“ Aus dem Adolf, den einst die „Vorsehung“ dem deutschen Volk bescherte, ist auf diese Weise ein ganz „harmloser“ Dietrich geworden.

Was Ernst Jünger von anderen „geläuterten“ Faschisten unterscheidet, ist die geradezu verblüffende Konsequenz, mit der er nach wie vor zu erkennen gibt, daß er außerhalb der verachteten bürgerlichen Demokratie steht. Keinem der Interviewer in den letzten Wochen ist es gelungen, ihm das Bekenntnis zur FDGO zu entlocken, das ja heute auch einem NPD-Funktionär flott von den Lippen geht. Entweder hat sich Jünger bei solchen Gelegenheiten in allgemeine Plattheiten geflüchtet, oder er hat — wie gegenüber dem „Spiegel“ — solche Bekenntnisse geliefert: „Meine Frau und ich: Wir sind loyale Bundesbürger, aber keine begeisterten, für uns ist das Deutsche Reich die Realität.“

Wenn heute einem solchen Mann, der nach eigenem Bekenntnis in der „Realität“ des Deutschen Reiches weiterlebt, der in seinen Lesern die Hoffnung auf das Wiedererscheinen eines „Dietrich“ lebendig hält, eine Auszeichnung wie der Goethe-Preis verliehen wird, dann ist das kein literarischer Skandal. Es ist ein politisches Signal, dessen Bedeutung man nicht unterschätzen sollte.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 34, 27 Ağustos 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

AEG'deki kriz dalgası devam ediyor

AEG'de işyerlerinin yok edilmesi önlenmeli!

Partimiz, KPD Merkez Komitesi yaptığı bir açıklamada, AEG tekelindeki işyerlerinin korunması için işçileri kararlı mücadele sürdürmeye çağırmaktadır. AEG patronlarının işletmeyi tasfiye talebinde bulunmalarının ardından ne kadar işyerini yok etmek istemeleri giderek daha da gün ışığına çıkıyor. Bu durumda işyerlerimizi korumak için kararlı direnişe geçmekten başka seçeneğimiz yoktur.

AEG patronları, Gelsenkirchen Küppersbusch Tübingen Zanker ve Bretten Neff işletmesinde binlerce işyerini yok etmeyi amaçlıyorlar: AEG stratejisinin bir bölümünü bu işletmelerin yok edilmesi oluşturmasına rağmen, sendika yöneticileri işçileri mücadeleden alıkoymaya çalışıyorlar.

Öte yandan işveren de, şu veya bu tekelin işletmeyi satın alacağı, ya da eyalet hükümetinin garanti vereceği vs. masallarını anlatarak işçilerin işyerinin kapatılmasına karşı direnişe geçmelerini engellemeye çabalamakta.

Peki bu gerçekler ışığında keskin laflar eden İG Metall yönetimi ne yapıyor? Hemen hemen hiç bir şey! Tübingen Zanker işçileri işyerlerini korumak için işletmeyi işgal etmek istemelerine ya da Bretten Neff işletmesinde çıraklar görkemli bir eylem düzenlemelerine rağmen İG Metall Bölge Yönetimi bu mücadeleyi örgütlü bir güce dönüştürmek ve işçileri işyerlerinin korunması için direnişe geçirmek için hiç bir adım atmamakta, sorunu bir iki göstermelik önlemle geçiştirmektedir.

Batı Berlin'de AEG'nin Brunnenstrasse'deki işletmesinde 2300 işçinin işine son vereceği haberi duyulmasına rağmen, İG Metall Yönetimi, Baden-Württemberg'te olduğu gibi pratik mücadele yerine kafasını "hukuki yollar" üzerine yormaktadır. Ayrıca bugün firmaya karşı sürdürülecek dava ya da benzeri eylemler güncel değildir. Ki, bu davalar da başarı kaydedilmesi söz konusu olsa bile, bunlar başlayıncaya dek aradan hayli zaman geçecek ve bu süre içinde de her şey son aşamasına varmış olacaktır.

Bu nedenle şimdi sorunu, AEG işçilerini kendi kaderleri ile başbaşa bırakarak, artık bir şey yapılamaz deyip gevelemek, onları yılgınlığa itmek değil, aksine işyerlerinin en azından belli bir seviyeye kadar korunması için işçi direnişini örgütlemek oluşturmaktadır.

Gerçi işyerlerindeki mücadeleyi desteklemek için çeşitli eylem komiteleri kuruldu, ama bunlarında eylemleri durgunluk gösteriyor. Tabii ki mücadelenin daha da kızışmaması işçilerin mücadele etmek istememelerinden değil, İG Metall'ın direnişi örgütlemek ve işçileri örgütlü bir mücadeleye seferber etmek istememesinde yatmaktadır.

KPD Merkez Komitesi'nin çağrısında vurgulandığı gibi, bugün işyerlerimizi korumada eylem, grev, işyeri işgalleri şimdilik elimizde olan tek silahtır. Ayrıca bu durumda "büyük bir merkezi AEG yürüyüşünün" düzenleneceği üzerine söylenti yaymakta pek fayda sağlayamaz.

(„Stoppt den Kahlschlag bei AEG")

"Kızıl Şafak"ın 15. yayın yılını doldurmasından ötürü düzenlenen Basın Şenliği'nin afişi

İsrail saldırısı protesto edildi. **21 Ağustos tarihinde Frankfurt'ta düzenlenen bir yürüyüşle İsrail siyonistlerinin Lübnan'a saldırısı protesto edildi. Şimdiye değin Federal Almanya ve Batı Berlin'de İsrail'in saldırısına karşı Filistin ve Lübnan halkıyla dayanışma için düzenlenmiş eylemlerin en büyüğü olan bu yürüyüşe 5 bine yakın insan katıldı. Yürüyüşün bitiminde yapılan mitingte FKÖ'nün Bonn Temsilcisi Abdallah Frangi'nin yanı sıra İsrailli muhalefetten de temsilcileri konuştular. Tüm eylem boyunca İsrail siyonistleri, onu maddi, askeri ve siyasi olarak destekleyen ABD ve Federal Almanya hükümetleri de teşhir edildi. Yürüyüşte KPD ve Gençlik Örgütü KJD (Almanya Komünist Gençliği) de bir blok oluşturdular.**

Katil Gemayel cumhurbaşkanlığına seçildi

Lübnan'da yeni düzen mi?

İsrail, Lübnan'dan defol!

ABD özel temsilcisi Habib'in İsrail siyonistlerinin isteklerine uygun olarak hazırladığı plana göre FKÖ savaşçılarının Batı Beyrut'tan çekilmesi sürerken, Lübnan'da Cumhurbaşkanlığı seçimi yapıldı. İsrail'in top namlusu altında Kaetep çetesinin başbuğu Beschir Gemayel bu "seçimi" kazandı. Seçim ve Gemayel'in seçilmesi (?!) tamda Sharon ve Begin'in isteğine göre hazırlanmıştı!

Gemayel herhangi birisi değildir. Nitekim burjuva basını bile onun Lübnan yönetimini ele geçirmesinin korkunç katliamların sonucunda gerçekleştiğini gizleyememekte.

Batı Alman radyo ekipleri tüm haber ajanslarında seçimin ne kadar sevinçli bir şekilde karşılandığı (?!) haberini yayarken, Lübnan halkının çoğunluğunu oluşturan müslüman ve dürzi örgütlerinin temsilcileri sözü alarak Gemayel'e haddini bildirdiler. Çünkü onlar önce Gemayel'in hiristiyan rakiplerine yapılanların şimdi hiristiyan olmayan grupların başına geleceğini biliyorlar. Ve hele hele İsrail saldırgan birliklerinin ülkede olduğu bir ortamda nelerin olabileceği çok açık.

İsrail siyonistlerinin Lübnan'daki yeni düzende ulaşmak istedikleri hedeflerden biri Gemayel'i Cumhurbaşkanlığı seviyesine yükseltmekti. Böylece bu hedefe ulaşıldığına göre, Gemayel Sharon'un desteğini alarak Lübnan'ı yeni bir kanlı katliamın içine itmek istiyor. Bunu önlemek için İsrail'in Lübnan'dan çıkması talebi sürekli yinelenmelidir!

(„Neuordnung in Libanon?")

Neonazilerin yabancılara saldırıları artıyor

Tüm faşist örgütler dağıtılmalı ve faaliyetleri yasaklanmalıdır!

Batı Alman devletinin izlediği yabancı düşmanı politikadan cesaret alanNeonazi örgüt ve çeteleri yabancı, özellikle de Türkiyeli işçi ve emekçilere karşı saldırılarını artırıyorlar. Faşistlerin saldırısı karşısında susan, hiç bir şey olmamışmış gibi meseleyi geçiştirmeye çalışan Bonn Hükümeti'nin ve eyalet yönetimlerinin tavırları onları yeni saldırılara teşvik etmekte ve saldırı halkasını her geçen gün genişletmelerine hizmet etmektedir.

Hitlerin artığı Neonazi örgütleri uzun zamandan beri yabancı işçi ve emekçilere karşı yoğun bir kampanya sürdürmekteler. Bu grupların yabancılara karşı çıkardıkları bildirilere, yayınlara ve duvarlara yazdıkları yazılara karşı Batı Alman makamları sessizliğini sürdürünce — daha doğru faşist örgütleri teşvik edince — onlar bu durumdan cesaret alarak şimdiye değin yabancılara karşı kusmaya çalıştıkları panzehirlerini, şimdi fiili saldırılara da dönüştürdüler.

Bir çok şehirde yabancıların ev ve dükkanlarına saldıran Neonazi çeteleri, sokak ortasında, yolda, parkta dolaşan ve yabaancıya benzeyen herkese tekmek tokat girişmekte, onları provoke etmekteler. Artık geçmişte Yahudilere yapılan saldırılar, onlar hakkında yapılan adi espiriler, onları dükkanlarına almama bugün yabancılara yapılmaya çalışılıyor.

Neonaziler şimdiye değin düzenledikleri saldırı halkasına, bu hafta pazartesi günü gece sabaha karşı Batı Berlin Kreuzberg'te bir Türk lokantasına saldırarak bir yenisini daha eklediler. Lokantaya giren 50 Neonazi, ellerindeki gaz bombalarını içerdekilerin üzerine atmış ve beraberinde getirdikleri bir av tüfeği ile tavana ateş etmişlerdir. Lokantada bulunanların direnmesi üzerine kaçan faşistlerden sadece iki tanesi yakalanmıştır ki, bunlardan biri de Batı Almanya'dan Berlin'e gitmiştir.

Faşist örgüt ve çetelerin fiili saldırıları karşısında Batı Alman devletinin sessiz kalması, onları cezalandırmaması bize bir kez daha yerli ve yabancıların, artan yabancı düşmanlığına karşı ortak mücadele sürdürmelerinin ve toplumsal yaşamın her alanında çeşitli faaliyetleri yoğunlaştırmalarının gerektiğini göstermektedir.

(„Neonazistische Angriffe auf ausländische Kollegen nehmen zu")

KŞ-Dizisi
AEG'nin iflası
3. Bölüm

AEG, tekelci kapitalistlere göre çoktan onarıma hazırdı. Tekelin onarıma hazır olması, bir taraftan tekelci kapitalistlerin devlet kasasından yardım almak için işlerine yararken, öte yandan ise büyük bankaların da işine geliyordu. Çünkü böylece onlarda tekelin "onarımı" için kredi verebileceklerdi. Bankalar verdikleri bu krediyi vergiden indirme hakkına sahipler. Son yıllarda büyük bankalar bu yolla az vergi ödediler. Ayrıca, bankalar herhangi bir tekele verdikleri kredinin faizini de geri almaktalar. Şayet kredi verdikleri herhangi bir tekel krizin içine düşerse, o zaman büyük bankalar devletin kefaletlik yapmasını istemekteler.

AEG'nin durumunda olduğu gibi, böylece büyük bankalar tekelin gerçek sahibi olmaktalar ve sözde iflas ettiğine dair rakamlar veren tekelin kârları faiz şeklinde bankaların kasasına akmakta ve tekel resmi olarak iflas içine girdiğinden ötürü de böylece bankalar kredilerinin zarar gördüğünü ileri sürerek vergi ödemektende kurtulmaktalar.

Bu yolla bankalar son bir buçuk yıl içinde "hasta" AEG tekelinin sırtından milyarlarca Mark vurdular. Öte yandan tabii ki bu para için vergi ödemediler. Herhangi bir tekelin iflası durumunda devlet tekel için garanti vermektedir. İşte bu yolla devlet kasası çarçur edilmektedir. Bu konuda partimizin programında şöyle yazılı: *"Askerileştirilmenin yoğun bir tarzda hızlandırılması, emekçi kitlelerin acımasızca soyulup soğana çevrilmesi ve devlet kasasının yağmalanması, tekelci devlet kapitalizmin diğer bir temel belirtisidir." (S. 13)*

Bugün AEG tekelinin içinde bulunduğu durumu mali sermayenin çeşitli kesimleri kendilerine yarayacak bir biçimde kullanmak istemekteler. Bir takım göstermelik "yardımlarla" 100yıllık bir geçmişi olan Almanya'nın ikinci büyük elektrik tekeli AEG çökertilmek isteniyor.

AEG tekelinin krizine değinen kapitalist dergisi Wirtschaftswoche (WiWo) şöyle yazmakta: "Gerçek sorunlar ve poker oyunu giderek daha da kızışmaktadır. Böylece bundan ötürü de eninde sonunda tüm AEG sorun kompleksinde şimdiki anatominin parçalara bölünmesi ve ardından ise kısmi tasfiyeye gidilmesi ile çözüme varılacaktır ki, bu da işyerlerinin yoğun bir biçimde yok edilmesinin göze alınmasını da beraberinde getirir."

Bunun açık ifadesi, AEG tekelindeki işyerlerinin yoğun bir şekilde yok edilmesinin tamamen karar altına alındığı demektir.

Kapitalist derginin yazarı devamla "Üçüncü ve şimdilik atılması gereken adım, tekelin hasta bölümlerinin ayrıştırılması olacaktır (...) demekte.

Aynı derginin kalemşörü ayrıca önemli bir noktaya daha değinmekte: "Sendikalar sorunun bu aşamaya varacağını anladılar, bunun içindir ki, son haftalarda ümitsiz bir şekilde yardım çığlıkları attılar. Ne varki artık çığlık atmanın bir faydası yoktur."

Bunu şimdi sendika yöneticileri ve tüm AEG işletmeleri işçi temsilciliği başkanı da anladı. Ama onlar asla bundan şimdi sınıf mücadelesi silahına sarılmanın gerektiği sonucu değil, aksine eski talepleri tekrarlama sonucunu çıkardılar.

Onlar yardım çığlıkları atarak, işçilerin protesto eylemlerinin sınıf mücadeleci bir konuma varmasını, tekelin satımına karşı mücadele adımlarının atılmasını, işyerlerinin kararlı bir biçimde savunulmasını önlemeye çalıştılar. Zaten onlardan başka şeyde beklenemezdi. Nitekim tekelci kapitalistlerin Loderer ya da Rubke gibi "sosyal ortaklarına" başka ne için ihtiyaçları olabilir ki?

AEG-Telefunken niçin bu aşamaya geldi?

KŞ-dizisinin 2. bölümünde, AEG'nin hâlâ kâr getirdiğine ve bu kârın faiz olarak bankaların kasasına girdiğine değinmiştik. Ayrıca AEG üzerine çevrilen çeşitli planları ele almış ve bu planların kimler tarafından çevrildiğini ortaya koymuştuk.

Şimdi yazımızın son bölümünde tekeller arasındaki rekabeti ele alacağız ve devletle tekel arasındaki ilişkisi üzerinde duracağız.

AEG çökmekle karşı karşıya

Fedeeral Almanya tarihinde ilk olarak 100 binin üzerinde işçi çalıştıran ve senelik satış muameleleri 10 milyar Mark olan dev bir tekel çökmekle karşı karşıya. Bu noktaya nasıl gelindi? Niçin bu büyüklükte bir tekel iflasın eşiğine sürüklendi? Şimdiye değin Federal Almanya gibi ekonomik olarak güçlü olan bir ülkede dev tekelin çökeceği düşünülemiyordu.

AEG tekelinin bugün iflasın eşiğinde olmasının kaba nedenini kuşkusuz genel olarak batının tüm kapitalist ülkelerinde özel olarak ise Batı Almanya'da giderek derinleşen kriz oluşturmaktadır. 1974 yılında krizin giderek derinleşmeye başlaması sonucunda ekonomik büyüme geriledi, firmalar iflas etti. Bu, AEG tekelinin içinde bulunduğu duruma da etki yaptı. Ancak AEG tekeli daha 1966/67 yılında başgösteren kriz döneminden bugüne değin aşamadığı büyük bir darbeyi yedi. Tekellerin ve finans kapitalin çeşitli gruplarının eşitsiz gelişmesinin bir ürünü olarak, örneğin AEG'nin rakipleri olan Siemens ve Bosch bu krizden AEG kadar etkilenmemiştiler. Kuşkusuz ki bunun için tekelin yapısı da dahil belli nedenler vardır. Ve AEG tekeli iflasın eşiğine sürüklenen tek büyük tekel olarak istisnayı oluşturmayacaktır. Bunlara değinmeden önce Batı Almanya'da son yirmi yıllık dönem içinde ekonomik krizin AEG tekelinin işlerliğine ne gibi bir etki yaptığını ele alalım.

1965 yılında AEG'nin öz sermaye payı yüzde 32,5 civarındaydı. Bu, AEG'nin ulaştığı en yüksek paydı. Federal Almanya'nın kuruluşundan bu yana olan ilk büyük ekonomik krizin olduğu 1967 yılında bu pay yüzde 27,8'e düşmüştü. 1973 yılında henüz yüzde 22,7 olurken, AEG'de aniden krizin başgöstermeye başladığı 1974 yılında ise özel sermaye payı yüzde 12,8'e düşmüştü. Aynı dönemde AEG'deki öz sermaye ile yabancı sermaye arasındaki oran ise şöyleydi: 1965 yılında 0,86 milyar Mark öz sermayeye karşı 1,7 milyar Mark yabancı sermaye vardı. 1974 yılında ise öz sermaye 0,98 milyar Mark olurken, yabancı sermaye 6,68 milyar Mark'a yükseltilmişti. Böylece 1980 'de ekonomik krizin yeniden şiddetlenmesi ile birlikte AEG'nin öz sermaye payı en düşük noktası olan yüzde 10,7'ye düşmüştü.

Kendisiyle karşılaştırılabilecek büyük tekellere karşın, bugün orta dereceli bir işletme gibi krize yatkın olan borçlu AEG tekeli krizinin Federal Almanya'da ekonomik gelişmenin barometresinin giderek düştüğü bir dönemde şiddetlendiği görülmektedir. AEG'nin Federal Almanya'nın ikinci güçlü büyük bankası olan Dresdner Bank ile birlikte çalışması bile onu ekonomik krizin etkisinden koruyamaz. İşte bunlar bile Batı Almanya'da kapitalist krizin ne denli derinleşmeye yüz tuttuğunun bir göstergesidir.

AEG'nin krize yatkın olmasının diğer bir nedeni de, AEG tekelinin ürettiği ihtiyaç maddeleri (elektrikli ev aletleri ve radyo, televizyon vb. cihazlar) payında da yatmaktadır.

Ekonomik krizin ilk planda özellikle ihtiyaç maddeleri bölümünde (ev aletleri, radyo vb cihazlar) piyasanın durgunlaşmasına yol açtığı bilinen bir gerçektir. Böylesi bir durumda ücretlerin düşürülmesi, sosyal hakların kısıtlanması, milyonlardan oluşan işsizler ordusunun varlığı kitlelerin alım gücünün tesirli bir biçimde gerilemesine etki yapmaktadır. Kitlelerin alım gücünün düşmesi durumunda, sermayelerinin büyük bölümünü ihtiyaç maddelerinin üretimi için yatırmış olan işletmelerin sorunları, sermayelerini ağırlıklı olarak diğer bölümlere, örneğin silah sanayiisine yatırmış olan işverenlerinkinden daha büyüktür.

AEG'nin 1981 yılındaki toplam satış muameleleri 14,8 milyar Mark tutuyordu. Sadece ev aletleri sektörününün satış muameleleri payı 3,1 milyar Mark dolayındaydı. Ayrıca toplam satış muamelelerine 1,7 milyar Mark tutan Telefunken satış muameleleri de dahildir. Bu, ki bölümün satış muameleleri 4,8 milyar Mark'ı tutmakta, yani AEG'nin toplam satış muamelelerinin aşağı yukarı üçte birini oluşturmaktadır.

AEG'nin en önemli Alman rakipleri olan Bosch ve Siemens, ev aletleri bölümünü ortak bir firmada, yani Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH olarak birleştirdiler. Bu işletmenin toplam satış muameleleri 1981 yılında yuvarlak olarak 2,6 milyar Mark dolayındaydı. Bu rakamı Siemens ve Bosch'un toplam satış muameleleri ile karşılaştıralım. Ayrıca ek olarakta iki ortağın satış muamelelerinin toplamı ile denkleştirelim. Sonuncusu ile bir karşılaştırma yaptığımızda, AEG'nin baş rakiplerine karşın ihtiyaç aletleri dalına ne kadar ağırlık verdiği daha açık bir şekilde görülmektedir: Bosch'un 1981 yılındaki satış muameleleri 12,9 milyar Mark dolayındaydı. Buna karşılık Siemens'in aynı yıl içindeki satış muamaleleri ise 34,6 milyar Mark civarındaydı. İki büyük tekelin satış muamelelerinin toplamı 47,5 milyar Mark tutmaktadır. Siemens'in ve Bosch'un ev aletleri sektörünün satış muameleleri payı toplam satış muamelelerinin sadece yüzde 5'inin biraz üzerindedir. Buna karşılık aynı t[illegible] satış muameleleri payı ise AEG'nin toplam satış muamelelerinde yüzde 20'yi geçmektedir.

Bir örnekte uluslararası alanda verelim: Britanya dev elektrik tröstü General Electric Company (GEC)'in yıllık satış muameleleri 21,3 milyar Mark tutarken, "ihtiyaç maddeleri" (ev aletleri, eğlence elektroniği, örneğin radyo, televizyon vb. , ve diğer ihtiyaç maddeleri) satış muameleleri 1,19 milyar Mark tutuyordu.

Burada ev aletlerinin kâr getirmediğini hiç bir şekilde kastetmiyoruz. Ancak gerçek olan şu ki, bugün 1970'lerin sonuna kadar büyüme gösteren bu dalda durgunluk mevcuttur. Bunun içindir ki, AEG geçen yıl içinde bu daldaki satış muamelelerinde gerçek olarak yüzde 5 (nominal yüzde 1) zarar etti. Aynı şekilde bugün iflasın eşiğinde olan Bauknecht şirketi de ev aletleri sektöründeki satış muamelelerinde zarar etti. Buna karşılık Bosch-Siemens ise geçen yıla göre satış muamelelerini nominal olarak yüzde 9,7 yükselttiler. Bu da gerçek olarak yaklaşık yüzde 4 artıştır. Ayrıca Bosch-Siemens'in AEG ve Bauknecht'in piyasadaki paylarını kendi ellerine geçirebildiklerinin bir göstergesidir.

Kuşkusuz ki, Bosch-Siemens'in AEG'ye karşın elektrikli ev aletleri piyasasında ilerleyişi, iki büyük tekelin toplam olarak sahip olduğu güce bağlıdır.

Bugün ev aletleri sektöründe kapitalist aşırı üretim krizi yaşanıyor. Federal Almanya'nın yüzde 95 evi bir buzdolabına, yüzde 88'i bir çamaşır makinasına, yüzde 70'i bir elektrik ocağına, sahiptir. Sadece yüzde 22 evde bir bulaşık yıkama makinası bulunmasına rağmen, bu mal için talep giderek azalıyor. Bu da kitlelerin alım gücünün ağırlıklı bir biçimde düştüğünün göstergelerinden sadece bir tanesidir.

Görüldüğü gibi bugün elektrik sanayiisi gibi bir endüstri dalında ihtiyaç aletleri sektörründeki yatırımlarını azaltan, özellikle silahlanma ve atom santralleri sektörüne yatırımlarını yoğunlaştıran ve işlerinin büyük bir bölümünde devlet siparişlerini yerine getiren işletmeler rekabet edebilecek düzeydeler. Bu durum aynı şekilde bugünkü tekelci kapitalizmde toplumsal üretim ile kişisel mal edinme çelişkisinin giderek daha da kızıştığını yansıtmaktadır.

Kapitalist üretimin amacını emekçi kitlelerin ihtiyaçlarının karşılanması sorunu oluşturmamaktadır. Onun sorununu hangi malın kâr getirdiği oluşturmaktadır. Bunun içindir ki, savaş üretimi muazzam bir şekilde genişletmektedir. Tekelci sermayenin gelişmesinde yıkıcı itilim yönü giderek büyüyor.



Bir çok AEG işletmesinde işyerlerinin yok edilmesi planına karşı direniş sürüyor.

Tekeller arası rekabet

Şayet AEG-Telefunken tekelinin çöküşünü ortaya koymak istiyorsak, o zaman özellikle de AEG ile Siemens arasındaki ilişki üzerinde de durmak zorundayız. Geçmişte bu iki elektrik tröstü arasında süren rekabet belirli dönemlerde şu veya bu şekilde kızışırken, ikinci dünya savaşının ardından daha da keskileşerek yeni bir seviyeye ulaştı.

AEG kuruluşundan beri can düşmanı Siemens'i Almanya'da elektrik sanayiisi dalında ikinci dereceye düşürmek için çabaladı. Ki, belirli bir süre için bunu başardı. Bu da geçen yüzyılın son 10 yılında söz konusuydu. Ancak Siemens AEG'ye göre kazançlıydı ve ikinci dünya savaşının ardından Siemens AEG'den çok ilerdeydi. Bunun içinde uzun sürede Federal Almanya'da iki ya da üç büyük elektrik tröstünün ayakta kalması söz konusu olamazdı. Ve bundan ötürü de AEG 1945'ten sonra Siemens'i geçmek için ümitsiz bir şekilde çaba sarf etti. Bunun sonucunda da sürekli maddi olarak içe girdi.

Tabii ki bu sorunun sadece bir yanıdır. Bir tekel "ayağını yorganına göre uzatmasa" dahi belirli haklar ve mevziler elde edebiliyorsa, bunu yapabilir. Ancak AEG bunu başaramadı. Sonuçta kazançlı çıkan Siemens oldu. Gerçi AEG 50'li ve 60'lı yıllarda bir çok firmayı eline geçirdiyse de ve çalışmalarını genişletebildiyse de buna rağmen Siemens ve onunla işbirliği yapan Deutsche Bank'ın AEG'den daha güçlü bir siyasi etkinlik kurması, Siemens'in diğer tekellere karşın devlet cihazını daha geniş bir biçimde kendi hizmetine koyabilmesinde yatmaktadır.

Siemens'in yardımcısı devlet

KPD, programının 5. bölümünde devletin tekellerle olan ilişkisi hakkında şöyle yazıyor:

"Federal Almanya ve Batı Berlin'deki devlet burjuva diktatörlüğünün bir cihazıdır. Tekelci kapitalizm sistemine uygun olarakta devlet tekellere tabii kılınmıştır.

Tekelci burjuvazi şahıs olarakta devlet cihazı ile içiçe geçmiştir. Sadece dolaylı olarak parlamento milletvekillerine ve devlet görevlilerine maddi bağışlarda bulunarak ve yüksek mevki vererek değil, aksine tekel birlikleri bakanlık bürokrasisinden tut taki devlet müsteşarlığı ve başbakanlık mevkilerine değin atamalara doğrudan etki yapmakta ve bunlara kendi adamlarını atamaktalar. Sürekli olarak büyük tekellerin şef katlarında yüksek memurlar yerlerini değiştirmekteler" (S. 52-53)

Tekeller ve tekel birlikleri arasındaki rekabet çatışması, aynı şekilde devlet üzerinde en güçlü etkiyi kurmak uğruna rekabette ve devletin tekelci kapitalizmin söz konusu gruplarının özgül çıkarlarına tabii kılanmasında da görülmektedir.

Siemens, AEG gibi rakiplerine karşın bu imtiyazlı mevziye sahip olmasaydı, o zaman Siemens'in devlet siparişlerini alması ve devlet cihazının ve hükümetin yardımını görmesi nasıl açıklanabilirdi?

Siemens'e;

★ Federal Postane siparişlerinin yüzde 30'u,

★ Federal Demiryollarındaki tüm sinyal hatlarının yüzde 80'i verildi,

★ ve ayrıca 1980 yılında Siemens satış muamelelerinde silah siparişlerinin payı yüzde 8 dolayındaydı.

Siemens siparişlerin yerine getirilmesi için gerekli tekniki planı ve uygun maddi şartları teklif etmemesine rağmen, siparişlerin hepsine sahipti. Böylece Siemens'in satış muamelelerinin küçünsenmez bir bölümü "siyasi olarak teminat altına alınmıştı" ve "serbest piyasada" rakibe karşı mücadelede ele geçirilmesi ya da savunulması gerekli değildi. Ve bunlar AEG'nin paylarının oldukça üzerindedir.

Devamı sayfa 3'te

baştarafı 2. sayfada

İsteksiz ayrılma

Burada bir de AEG'nin atom enerjisi işinden niçin ayrıldığını ele alalım. Diğer bir çok tekniki gelişmede olduğu gibi AEG bu teknik dalında da başı çekiyordu. Yazımızın birinci bölümünde de belirttiğimiz gibi AEG 1958 yılında Kahl am Main'de su kaynatan reaktör ile çalışan ilk Alman deneme atom enerji fabrikasını yaptı. Başlangıçta sadece AEG'ye ait olan Kraftwerkunion'a (KWU) 60'lı yılların sonunda Siemens'de ortak oldu. Ve 1976 yılında Siemens KWU'yu tamamen kendi eline geçirdi. Böylece AEG en fazla kâr sağlayan tekel işlerinden biri olan atom enerjisi işinden ayrılmıştı.

AEG gerçekten kendi isteğiyle mi KWU'dan ayrılmıştı, yoksa daha ziyade atılmıştı mı? Şurası bilinen bir gerçektir ki, hiç bir kapitalist kâr sağlayan bir işten kendiliğinden vaz geçmez.

Ayrıca burada bir noktaya değinmekte yarar vardır. Tüm enerji fabrikaları topluluğunda devletin de büyük hisseleri vardır. Bunun dışında tüm önemli enerji işletmelerinin denetleme kurullarında Siemens yanlısı şahıslar yer almaktadır.

Devletin ne kadar sadık bir şekilde Siemens'in hizmetinde bulunduğunu gösteren diğer bir nokta da, merkezi Münih'te bulunan tröstün yurtdışındaki ticarette üstünlüğüdür. Siemens fabrikaları ve acentaları ile birlikte 128 ülkede temsil ediliyor.

Şurası açıktır ki, bir tröstün yurtdışındaki ticarette üstünlük sağlayabilmesi, diplomatların, devletin ve hükümetin maddi ve siyasi önlemlerle ne derece onun yanında yer aldığına da bağlıdır.

Artık bu sloganlar her işletmenin iflas etmesinde, kapatılmasında, toptan çıkışlara gidilmesinde gerçek nedenlerin maskelenmesi için atılan ve alışıla gelmiş sloganlardır.

Tüm bunların gerçek nedeni, varlığından bugüne değin sürekli krizlere, firmaların iflasına ve kitlesel işsizliğe yol açan kapitalist sistemin kendisinde aranmalıdır. Yukarıda sıraladıklarımızın gerçek nedenini sermaye gruplarının kendi aralarında her gün süren rekabet mücadelesi, pazarlar ve kâr için çatışmalar oluşturmaktadır. Bunların nedenleri Batı Alman ve Batı Avrupa elektrik tekelleri için pazarın artık daralmış olmasında, bir çok tekelin bir pastayı bölüşmek istemesinde yatmaktadır. Bugün Siemens'in değil de, AEG'nin krizden etkilenmesinin nedeni burada hüküm süren özel şartlara bağlıdır. Ancak AEG bir bütün olarak sahneden silinmiş olsa dahi elektrik piyasasasındaki çatışmalar devam edecektir. Uluslararası tekeller olan Philips, Thomson-Brand, GEC ve UTC Batı Alman pazarındaki mevzilerini güçlendirmek için defalarca girişimde bulundular. AEG kadar krizden etkilenmemiş olan bu tröstler "gelecek rekabet çatışmasına" hazırlanmaktalar — onlar ucuz üretim yapabilmek için işyerlerini rasyonalleştirmekte, binlerce işçiyi sokağa atmaktalar.

Böylece büyük bir işletmede işyerinin güvenilir olduğu yönünde sık sık beslenen umutlar sadece AEG'deki gelişmelerin ışığında değil, aynı şekilde diğer tekellerdeki çıkışlarla da çürütülmüş olmaktadır.

Bugün tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleştirilmesi, krizin çalışan insanların üzerine yıktığı yüklerin kapitalistlerin hesabına hafifletilmesi için bir yoldur.



2.7.1982 tarihli "Süddeutsche Zeitung" Siemens'in 1981/82 mali yılında yurtdışındaki ticaretin gelişmesine değinerek şöyle yazıyor: "Siparişlerde de yurt dışının ağırlığı giderek artıyor. 27,7 (27,2) milyar Mark, yani artı yüzde 2 toplam siparişte; yurtdışındaki siparişler yüzde 2 artarak 16,6 (13,5) milyar Mark'a yükselirken, yurtiçindeki siparişlerde yüzde 18 azalarak 11,1 (13,5) milyar Mark'a düştü." İşte Siemens'in AEG'ye göre krizden ağır bir şekilde etkilenmemesinin nedeninden biri budur.

Şirin gösterme çabaları

Son olarak bir önemli noktaya daha değinelim. AEG'nin krizi, sahiplerinin ya da idarecilerinin kabiliyetsiz olduğu, ticaretten anlamadıkları ya da diğer kapitalistlerden ayrı özellikleri olduğu noktasında aranmamalıdır. Nitekim "hatalı karar veren idarecilerin ceremesini işçiler çekmekteler" gibi sloganlar işletmelerde krizin başgöstermesinin gerçek nedenlerini örtbas etmeye ve kapitalist sistemi şirin göstermeye hizmet etmektedir.

Ancak kitlesel işsizlik tehlikesi bir bütün olarak bu sistemin, kapitalizmin ortadan kaldırılması ile bertaraf edilebilir.

Bankaların ve sanayiinin devletleştirildiği, kapitalistlerin mal varlığına karşılıksız olarak el konulduğu gerçek sosyalist bir sistemde bu tehlike kesin olarak ortadan kalkar. Sosyalizmde kâr için değil, ihtiyaca göre mal üretilmektedir. Bunun içinde sosyalizm kriz diye bir şey tanımamakta. Sosyalizmin ana şiarını ihtiyaca göre üretim oluşturduğundan dolayı bugün kapitalist sistemde kâr için üretilen bir çok şey lüks eşya olmaktadır. Günümüzde binlerce işçinin işten atılmasına yol açan rasyonalleştirme, ihtiyaca göre planlı bir şekilde üretim yapan gerçek sosyalist bir sistemde kitlelerin iş saatinin kısıtlanmasına ve çalışma koşullarının hafifletilmesine hizmet etmektedir. İşte bunlar bugün partimiz KPD'nin gerçekleştirilmesi uğruna savaştığı hedeflerdir. Tüm işçi sınıfının ve çalışan insanların gerçek kurtuluşu ancak sosyalizm ile mümkündür. Ancak sosyalizmde insanın insan tarafından sömürülmesi son bulur. Sosyalizmin ne kadar gerekli olduğunu AEG'deki gelişmeler tüm açıklığıyla gözler önüne sermektedir.

BİTTİ

Devlet bütçesinde milyarlarca açık

"Sosyal haklar" yeniden mi kısıtlanacak?

Bir taraftan sendika saflarında Federal Hükümetin sosyal olmayan bütçe tasarruf kararlarına karşı mücadele önlemlerine başvurulması talepleri yükselirken, öte yandan ise Bonn'daki her üç partiden politikacılar bu yıl içinde hükümetin bütçe planında öngördüğü tasarrufların sınırını aşan yeni kısıtlamalara gidilmesi yönünde açıklamalarını yoğunlaştırmaktalar.

Bugün bu kampanyanın öncülüğünü Strauss ve şürekasının yanında FDP'nin yönetici grubu yapıyor. Zaten başka türlü olması da düşünülemezdi. Onlar, yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfının ve emekçi halkının sosyal haklarına

destekledi ve bütçedeki açıklığın yeniden kredi çekerek değil, sosyal haklarda daha yoğun bir kısıtlama yaparak kapatılması gerektiğinin altını çizdi. Onun yanı sıra Genscher de aynı taleplere değindi. Ancak o daha da ileri giderek, şayet SPD "sosyal



Şimdi DGB sendikaları sosyal hakların kısıtlanmasına karşı mücadeleci eylemler örgütlemelidirler.

yeni saldırılar düzenlenmesi gerektiğini, hükümetin bütçe tasarruf planındaki bazı kararların yetersiz ve geçersiz olduğu ile gerekçelendirmeye çalışıyorlar. İşsiz sayısının artmasını, vergi gelirleri vb. gibi ekonomik faktörleri hükümet oldukça iyimser bir biçimde değerlendirmişti. Sonuç: Daha şimdiden bile 1983 yılı bütçesinde 6-10 milyar Mark arasında açığın olacağı tahmin ediliyor.

CDU/CSU partileri, Federal Hükümet'ten bütçe planını derhal geri çekmesini ve eylül ayı içinde Federal Parlamento'da yapılacak görüşmeye yeni "gerçek" bir planla gelmesini talep ediyorlar. Ayrıca milyarlık açığın nasıl kapatılacağı konusunda da Birlik Partilerinin görüşü açık: Sosyal hakları daha da kısıtlamak. Başbakan olma özlemi ile yaşayan CDU Başkanı Helmut Kohl bir taraftan alçakca sendikaların hükümetin bütçe tasarruf planına yönelttikleri eleştirilerin "haklı" olduğunu söylerken, öte yandan ise partisi sermayenin çıkarı için sosyal haklardaki yeni kısıtlama planını belirlemiş durumdadır. F. J. Strauss'un yakın arkadaşlarından biri olan Baden-Württemberg Eyalet Başkanı Spaeth buna ilişkin geçen hafta bir kez daha tüm sosyal hakların genel olarak yüzde 5 kısıtlanması talebini ileri sürdü.

Aynı talepleri Federal Ekonomi Bakanı Lambsdorff ve Dışişleri Bakanı Genscher de yinelediler. Başbakan Schmidt ve Maliye Bakanı Lahnstein, bütçe planının derhal değiştirilmesini öngören CDU'nun talebini reddederken, FDP'li Ekonomi Bakanı Lambsdorff CDU'nun ileri sürdüğü talepleri

haklarda" yeniden bir kısıtlamaya gidilmesini kabul etmezse, o zaman gerekirse kendilerinin "yeni bir koalisyon ortağı" arayacakları tehditini savurdu.

Ancak görüldüğü kadarıyla FDP'nin bu tehditi hiç gerekli değildi. Çünkü bugün SPD yöneticileri sadece sendikalara baskı yaparak sosyal hakların kısıtlanmasına karşı sendikal mücadele eylemlerine gidilmesini bloke etmekle meşgul değiller. Onlar, Genscher ve Lambsdorff'un istedikleri şekilde sonbaharda yeni tasarruf önlemlerinin alınması için FDP ile "uzlaşmaya" hazırlanmaktalar. Bunun içinde SPD-Federal Parlamento Grubu'nun sosyal uzmanı Glombig, Sosyal Güvenlik sisteminin tamamen reformlaştırılmasını önerdi ve emekçilerin "haklarının kısıtlanmasına" hazır olmaları gerektiğini belirtti.

Sosyal politikada yeni bir teori talep eden SPD Genel Sekreteri Glotz da aynı içerikli bir açıklamada bulundu. Glotz'un sosyal güvenlik sisteminin kaldırılması ve işçilerin "kendi kendilerine yardım etmesi" gerektiği talebinin ışığında bu sosyal politika teorisi ile nereye varılmak istendiğini pekâlâ gözönüne getirebiliriz. Şimdiye değin bu tür sesler işverenler kampında, Strauss ve Genscher'in çevresinde işitilebiliyordu.

Bu açıklamalar, SPD yönetiminin sadece sendikaların bütçe tasarruf planındaki eleştirilerini hiçe saymakla yetinmediklerini göstermekte ve onların yerli ve yabancı işçi ve emekçilerin sosyal haklarını tamamen biçmeye hazırlandıklarını da ortaya koymaktadır.

(„Neue Einschnitte ins 'soziale Netz'?")

Faşist cuntayı protesto yürüyüşüne katılalım!

Tarih: 11 Eylül, Saat 10.30
Yer: Frankfurt-Paulsplatz
Düzenleyenler: KPD ve *Volksfront'un* yanı sıra çeşitli Türkiyeli ve Alman örgütleri.

Haftanın Yorumu

Gerçekten bugüne değin ABD'den sinyaller hiçte eksik olmadı. Örneğin "Foreign Affairs" adlı dergide yapılan incelemede bir atom savaşında zaferin mümkün olduğu ve bu savaşın ABD'ye "sadece" 20 milyon insanın ölümüne malolacağı hesaplanmıştır. Bu hesaplamayı yapanların belkide meseleleri dıştan inceleyenler olduğu akla gelebilir. Ancak durum hiçte öyle değil. Nitekim ABD Savaş Bakanı Casper Weinberger'in yaptığı açıklamalarda aynı yönde.

Nihayet şimdi resmi olarak da açıklandı: Los Angeles Times adlı gazetenin geçen hafta verdiği haberde, ABD'nin Sovyetler Birliği'ne karşı bir atom savaşını sürdürme seviyesine yükseltilmesini öngören Weinberger Bakanlığının bir planının Reagan'a sunulduğu belirtilmekte. Bu planda nükleer savaşın yoğun atom saldırıları ile değil, karşı tarafın askeri ve siyasi komando merkezlerine hedefli saldırılar düzenlenerek sürdürüleceği vurgulanmakta.

"Atom savaşı sürdürülebilir"

İncelemede aylarca süren böylesi bir atom savaşının sonunda yedek malzemeleri ve halkı "henüz sağlam" olan taraf zaferle çıkabilir denmekte.

Bilindiği gibi Reagan'ın adamları "Güvenlik politikası" konularında hızlıca karar verebildiklerinden ötürü hemen bu planın bir bölümünün gerçekleştirilmesi için 18 milyar Dolar silahlanma planlamasına ayırdılar. Bununla karşı tarafın nükleer saldırılarından sonra bile çalışabilecek muhabere sistemi oluşturulmak isteniyor.

Los Angeles Times'in açıklamaları ile nihayet nükleer korkutma yalanlar dizisi boşa çıktı. Busözde geçerli olan NATO doktirini yıllar boyunca Federal Almanya'da hayatta kalmanın tek yolu olarak satıldı. Bonn'daki partiler, Almanya'ya ne kadar her çeşit atom silahı yerleştirilirse, o denli de Sovyetler Birliği bir nükleer savaşa girmekten kaçınır nakaratını sürekli tekrarlayıp durdular. Onlar barışın sürekli olarak sağlanmasının her iki paktında, yani NATO ve Varşova'nında nükleer silahlanmada eşit bir dengeye ulaşmaları ile mümkün olabileceğini yinelediler.

Yeni açığa çıkan Pentagon planı şimdi bunların hepsini silip süpürdü. Bu plan gerçek NATO doktirinin, korkutma olmadığını, aksine bir "nükleer savaşın sürdürülebilir" olduğunu gözler önüne serdi. Nitekim yeni orta menzilli füzeler, MX-roketleri vb. modern imha silahları savunma için değil, aksine ABD emperyalistlerini, atom savaşını kazanmayı garantileyecek bir seviyeye yükseltmek için, diğer süper devletin komando merkezlerinin yok edilmesine yol açacak ilk saldırıda kullanılmaları için yapıldılar.

Pentagon'un bu planı, şimdiye değin nükleer korkutma masalını anlatan politikacıları zor duruma itecektir. Bunun için onların bir kaçamak yolu bulmalarına izin verilmemelidir. Her kimki, bugün Federal Almanya'nın "Amerikan dostu ile ittifakını" sürdürmesini sağlamak istiyorsa, onun aktiv ve bilinçli bir şekilde yeni bir emperyalist paylaşım savaşını hazırlamaya koyulduğu açıkca ortaya koyulmalıdır. Ki, ABD emperyalistleri ve Batı Alman mali sermayesi de bu savaşı her hallükarda kazanacağının ve savaşı kaybedeceklerin ise Orta Avrupa halklarının olacağı hesabını yapmaktadır.

Öte yandan Pentagon tarafından geliştirilen saldırı planı, barış hareketinin şimdiye değin izlediği stratejisini de gözden geçirmesine yol açmalıdır. Çünkü bu plandan başka ne, savaş tehlikesinin silahlardan değil, emperyalistlerin çıkarlarından çıktığını daha açık bir şekilde gösterebilir ki? Ne varki 5 Haziran'da Bonn'da düzenlenen yürüyüşte olduğu gibi, barış hareketi içinde etkin olan güçler Reagan'a ve onun "ittifakına" karşı düzenlenen bir yürüyüşü genel barış çağrılarına dönüştürmeyi başarabildikleri sürece, barış hareketi bugün üçüncü bir emperyalist savaşını hazırlayanlar için büyük bir tehlikeyi oluşturmayacaktır.

(„Atomkrieg ist machbar")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.**